



# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit diesem Monat geht ein Jahr zu Ende, das geprägt war von sich geradezu überschlagenden dramatischen Ereignissen. Sogar die das erste Halbjahr 2015 medial dominierenden Themen des Ukraine-konflikts bzw. der Griechenland-EU-Krise gerieten angesichts der terroristischen Anschläge im Nahen Osten, in Afrika und in Europa und der sich zuspitzenden Flüchtlingskrise in den Hintergrund.

Diese globalen, komplex miteinander verknüpften Herausforderungen werden auch die politische Bildungsarbeit nachhaltig beschäftigen. Letztlich geht es auch um die Frage nach der Zukunft der eigenen Identität: Wie können demokratische Gesellschaften mit extremistischen Attacken und exzessiver Gewalt umgehen? Wie sieht eine funktionierende Balance zwischen Freiheit und Sicherheit aus? Wie finden unter dem Dach des Grundgesetzes unterschiedliche Weltanschauungen und Religionen ein friedliches Auskommen?

Im vorliegenden Quartalsheft der „Einsichten und Perspektiven“ greifen die Autorinnen und Autoren an ganz unterschiedlichen Ecken diese existenziellen Grundfragen auf:

Der Direktor der Bayerischen Landeszentrale, Dr. Harald Parigger, reflektiert angesichts des 60-jährigen „Geburtstags“ der Landeszentrale, wie eine engagierte, zeitgemäße politische Bildung aussehen könnte; das Länderporträt von Kristina Milz über die Türkei nimmt einen Brennpunkt der gegenwärtigen internationalen Konfliktlage in den Blick; Prof. Jochen Koubek untersucht die vor allem viele Jugendliche täglich beschäftigende Struktur von Computerspielen sowie die Bedeutung der darin vorkommenden Gewalt und Geschichtsbilder; apl. Prof. Heike Knortz erläutert einen wenig bekannten Aspekt früher bundesdeutscher Migrationsgeschichte in den 1950er Jahren – das Gastarbeiterabkommen zwischen Deutschland und Italien; die drei Beiträge der mit diesem Heft endenden gleichnamigen Serie hinterfragen „Mauern“ als Symbole von Sicherheit bzw. von Einschränkung; schließlich bricht Freya Klier, DDR-Bürgerrechtlerin der ersten Stunde und 1988 ausgewiesen aus der DDR, – unter anderem – eine Lanze für mehr zivilgesellschaftliches Engagement gegenüber fremdenfeindlichen Demonstrationen.

Sie sind gerne eingeladen, mit den Autorinnen und Autoren dieses Heftes diskursiv in Kontakt zu treten! Schreiben Sie uns unter der Mailadresse [landeszentrale@stmbw.bayern.de](mailto:landeszentrale@stmbw.bayern.de), Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Wir wünschen besinnliche Feiertage und dabei eine gute Lektüre!

Die Redaktion

**Autorinnen und Autoren dieses Heftes**

**Monika Franz** leitet das Publikationsreferat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

**Werner Karg** ist stellvertretender Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und ist dort unter anderem für die internationale Bildungszusammenarbeit zuständig.

**apl. Prof. Dr. Heike Knortz** ist außerplanmäßige Professorin für Wirtschaftsgeschichte am Institut für Ökonomie und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe.

**Prof. Dr. Jochen Koubek** hat seit 2009 die Professur für Digitale Medien an der Universität Bayreuth inne.

**Uta Löhner** leitet das Referat für Didaktik und Neue Medien der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

**Kristina Milz** ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte.

**Siegfried Münchenbach** war bis September 2013 als Referatsleiter und Dozent an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen an der Donau zuständig für die Weiterbildung von Geschichts- und Sozialkundefachkräften aller Schularten. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Akademie-Publikationen.

**Dr. Harald Parigger** ist Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

# Inhalt



- „Sozialkunde ist ein Nebenfach!“** 4  
Zum 60-jährigen Gründungstag der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
*von Harald Parigger*

- „Sie hatten die Schnauze voll von diesem toten, öden Land ...“** 10  
Ein Gespräch mit der Publizistin und Regisseurin Freya Klier über ihre Jugend in der DDR, die deutsch-sowjetische Freundschaft und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland  
*Interview von Monika Franz*



- Historische Darstellungen in Computerspielen** 16  
*von Jochen Koubek*

- Das deutsch-italienische Anwerbeabkommen vom 20. Dezember 1955** 26  
Mythos und Akt europäischer Solidarität zugleich  
*Von Heike Knortz*



- Eine Mauer für Freiheit und Sicherheit** 38  
Zur Geschichte mittelalterlicher Stadtbefestigungen  
*von Siegfried Münchenbach*

- „DDR öffnet Grenze“ – und dann?** 48  
Zeitzeugenberichte zum Mauerfall aus unterschiedlichen Generationen  
*von Uta Löhrer*

- Der Sicherheitszaun zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten** 54  
Ein Plädoyer für eine umstrittene, notwendige Maßnahme  
*von Werner Karg*



- Die Türkei 2015: Atatürks Albtraum** 58  
*Von Kristina Milz*

- Vorschau 2016** 74

- Neue Publikationen der Landeszentrale** 77



# „Sozialkunde ist ein Nebenfach!“

Zum 60-jährigen Gründungstag der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

von Harald Parigger

---

Den Beginn meiner ersten Hospitationsstunde als frischgebackener Referendar in den achtziger Jahren habe ich noch lebhaft im Gedächtnis.

Wir acht Junglehrer und Junglehrerinnen hatten uns am zweiten Schultag nach dem Ende der großen Ferien in einer zehnten Klasse versammelt und, hochmotiviert und erwartungsvoll, in der letzten Reihe Platz genommen: Gleich sollten wir unseren ersten professionellen Politikunterricht erleben.

Es waren aufregende Zeiten damals: Die US-Amerikaner hatten einen erklärten Hardliner zum Präsidenten gewählt, in Polen tobte der Kampf zwischen der Gewerkschaft „Solidarität“ und der autoritären sozialistischen Staatsführung, die Bundesregierung schränkte das Asylrecht ein, 50.000 Menschen protestierten gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers, von Teheran bis Tel Aviv, von Wien bis Heidelberg, von London bis Rom, überall gab es Anschläge von Widerstands- und Terrorgruppen, die bayerische Polizei wurde mit Reizgas ausgerüstet ... es gab also genug, worüber politisch interessierte Jugendliche kontrovers, ja, hitzig diskutieren konnten.

Das Klingelzeichen ertönte, ein paar Minuten gespannter Erwartung vergingen, dann betrat ein hochgewachsener älterer Herr gemächlich den Raum, graues Haar, grauer Anzug, blaugraue Krawatte, und begrüßte mit gemessener Freundlichkeit seine Schüler/innen, winkte auch uns wohlwollend zu, stellte seine Aktentasche auf dem Boden ab und setzte sich. Er rückte seinen Stuhl zurecht, legte die Unterarme mit gefalteten Händen auf dem Tisch ab, räusperte sich und begann:

„Sozialkunde ist ein Nebenfach!“

Ich sehe heute noch meine Kollegen und die Schüler vor mir: Alle Schultern sackten nach unten, alle Leiber entspannten, alle Köpfe senkten sich. Sozialkunde war ein Nebenfach. Na, dann!

Über den Rest der Stunde weiß ich nicht mehr viel, was ja wahrhaftig kein Wunder ist: Wenn einem so deutlich gesagt wird, dass die Materie, mit der man sich nunmehr zu beschäftigen gedenkt, eine Nebensache ist – wer würde da noch mit gespannter Aufmerksamkeit lauschen? Gut gemeint hat er's wahrscheinlich, „macht euch nicht zu viel Arbeit“ andeuten wollen, erreicht aber hat er nur, dass alle Motivation im Keim erstickt wurde.

An diesen einen lapidaren Satz, diese knappe, gleichsam unumstößliche Aussage: „Sozialkunde ist ein Nebenfach!“ muss ich heute noch oft genug denken, immer dann vor allem, wenn ich von erschütternd geringer Wahlbeteiligung höre oder lese, vom geringen Interesse junger Leute an der Politik, vom fehlenden Nachwuchs der Parteien, vom geringen politischem Überblickswissen, von mangelnder Identifikation mit den Werten des demokratischen und sozialen Rechtsstaats.

Ist es nicht tatsächlich so, dass – wenn wir einmal die wenig glückliche Fachbezeichnung „Sozialkunde“ beiseite lassen und stattdessen von „politischer Bildung“ sprechen – politische Bildung in unserer Gesellschaft nach wie vor und womöglich mehr denn je ein „Nebenfach“ ist?

Freilich, Grundwissen wird im Rahmen der Schulbildung überall vermittelt. Die Lehrer, ganz gleich, welche Fächer und welche Schulart sie wählen, erhalten während der Referendarzeit eine Grundausbildung („Grundfragen politischer Bildung“). Es gibt Sozialkundeunterricht (wenn auch nur in karger Stundenzahl) am Gymna-



Karikatur: Michael Hüter

sium, an der Realschule, an den beruflichen Schulen und an den Berufsschulen; wer ein sozialwissenschaftliches Gymnasium besucht, darf sich sogar in einem Kernfach sozialkundlich bilden. An den Mittelschulen wird politisches Grundwissen im Rahmen des Fächerverbands Geschichte-Sozialkunde-Erdkunde vermittelt, und sogar in der Grundschule haben einfache Formen der Lehre von der Politik ihren Platz, im Heimat- und Sachkundeunterricht nämlich.

Die Vermittlung staatsbürgerlichen Wissens hat also an den Schulen durchaus ihren Platz. Aber schwingt nicht schon auch in dieser Formulierung bereits wieder dieses unglückselige „Sozialkunde ist ein Nebenfach“ mit? Das ironisch verkehrte „*non vitae sed scholae discimus*“? Da wird mal mehr, mal weniger (meist eher weniger, da „Nebenfach“) theoretisches Wissen angehäufelt, abgeprüft und benotet. Aber ist es das, was wir meinen, wenn wir von „politischer Bildung“ sprechen und als deren Ziel den aufgeklärten, ebenso wertebewussten wie kritikfähigen Staatsbürger vor Augen haben? Doch bestenfalls so, wie man davon ausgeht, dass ein Schriftsteller über Grundkenntnisse in Satzlehre und Orthographie verfügt: eine notwendige Bedingung, aber längst nicht hinreichend.

Von den Menschen, die die rechtsstaatliche, demokratische und soziale Gesellschaft dauerhaft am Leben und funktionsfähig halten, die sie notfalls auch verteidigen sollen, müssen wir sehr viel mehr erwarten: Anwendung und Transfer des Wissens, Urteils- und Entschlussfähigkeit, Identifikation, Bereitschaft zur Mitgestaltung. Dafür schaffen die Heimat- und Sachkunde- oder Sozialkundestunden des Unterrichts allenfalls das Fundament.

Das bedeutet allerdings keineswegs, dass die Schule nicht der rechte Ort wäre für vertiefte politische Bildung. Als Ort des (inzwischen ganztägigen) Lernens, verstanden in seiner umfassenden Form, kann sie vielmehr weit über die bloße sozialkundliche Unterweisung hinaus idealer Trainingsplatz für künftig mündige und kundige Staatsbürgerinnen und -bürger sein.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass politische Bildung nicht als eng umgrenzter Fachunterricht, sondern als Aufgabe aller Fächer angesehen wird.

Natürlich höre ich bei diesem Satz sofort den Einwand, dies kenne man ja nun aus trüber Erfahrung, schnell sind die hässlichen Begriffe „Manipulation“ und „Indoktrination“ bei der Hand.



Karikatur: Gerhard Mester

Tatsächlich haben ja autoritäre Staaten und Gesellschaften den Unterricht immer gern benutzt, um Kinder auf Linie zu bringen: Sozialistische Geographie, nationalsozialistische Biologie, die Reihe lässt sich auf alle Fächer erweitern, sollten unverrückbare Weltbilder schaffen, wie unsinnig und widersprüchlich sie auch immer waren. Dass auch demokratische Gesellschaften durch solche Anfechtungen gefährdet sind, darf ebenfalls nicht verschwiegen werden: Die christlich-fundamentalistischen Kreationisten in den USA haben ganz ähnliche Ziele; wenn ihnen auch bislang durch die demokratische Kontrolle in Gestalt der Rechtsprechung der Zugang zum Unterricht versagt geblieben ist, gibt es doch keine Gewähr, dass dies für alle Zeit so bleibt.

Dennoch glaube ich, dass die Gleichsetzung von politischem Unterrichtsprinzip mit Indoktrination und die daraus resultierende Forderung nach reiner „Sachlichkeit“ und „Politikfreiheit“ des Unterrichts auf einem Missverständnis, ja auf einer gänzlich falschen Einschätzung beruhen.

Es geht nicht darum, Kindern und Heranwachsenden eine eigene Sichtweise aufdrängen zu wollen, sie gar nach eigenen Vorstellungen zu „formen“. Es geht auch nicht darum, jeden Fachlerninhalt mit politischen Implikationen vollzustopfen. Wir leben, das ist die entscheidende *conditio sine qua non* des hier gemeinten politischen Unterrichts, in einer Demokratie. Und unter dem Gesichtspunkt der Demokratieerziehung soll den Schüler/innen die politische Dimension jedes Fachs vor Augen geführt werden, um ihnen ein sicheres Urteil und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Hat nicht Religion überall und immer etwas mit Politik und Gesellschaft zu tun? Ist nicht Geographie im Zeitalter der

Globalisierung ein hochpolitisches Fach? Sind nicht Möglichkeiten und Grenzen der Naturwissenschaften in höchstem Maß gesellschaftspolitisch relevant? Wer das alles negieren will, scheint mir eher angepasste als fachlich aufgeklärte junge Menschen zu erziehen.

Wenn wir davon ausgehen, dass Demokratie dauerhaft nur auf der Grundlage eines allgemeinen Wertekonenses Bestand haben kann, wird auch deutlich, dass der „sachliche“, der „politikfreie“ Unterricht zu einer geradezu gefährlichen politischen Blindheit geraten kann. In der

öffentlich sehr heftig geführten Diskussion um den Schulnamen „Wernher-von-Braun-Gymnasium“ etwa wurde von einem Naturwissenschaftler die Ansicht vertreten, für Unterricht und Schule sei nur das physikalische Genie dieses Ausnahmeingenieurs von Bedeutung, alles andere, die politische Anschauung und der daraus resultierende Modus agendi (in diesem Fall z.B. die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und die billigende Inkaufnahme von deren Tod) könne unter den Tisch fallen. Nicht viel anders wird von überzeugten Wagnerianern argumentiert, was zähle, sei nur die grandiose Musik, in diesem Zusammenhang spiele doch der Antisemitismus des Meisters keine Rolle, was habe schließlich große Kunst mit Politik zu tun ... Ist der Schritt da zur positiven Einschätzung des genialen Feldherrn, dessen blutige Diktatur eben in einen anderen, jedenfalls nicht den gerade betrachteten Zusammenhang gehöre, wirklich noch groß?

Nein, ich bin der Überzeugung, wenn wir uns die politische Bildung im oben genannten Sinn als durchgehendes Unterrichtsprinzip zu eigen machen, wenn wir sagen, dass die Werte des demokratischen, sozialen Rechtsstaats, also die Achtung der Menschenrechte, die Grundsätze der gesellschaftlichen Solidarität, der Freiheit, der Gleichberechtigung und der Überprüfbarkeit staatlichen Handelns in allen Fächern eine wichtige Rolle spielen, dass wir dann einen wesentlichen Beitrag zu einer Erziehung zur Menschlichkeit und zu einer wertorientierten Lebensführung leisten. Die Sozialkunde hätte dann unter allen Fächern die Funktion eines Leitfachs der politischen Erziehung.

Angesichts der hier skizzierten Bedeutung der politischen Bildung als übergreifenden Bildungs- und Erzie-



hungsziels, indem also gleichsam die Artikel 1–20 des Grundgesetzes bei der Betrachtung und Bewertung der Fachlichkeit eine wichtige Rolle spielen, scheint mir auch hinreichend begründet zu sein, warum die kleinlichen Forderungen nach Gleichsetzung mit anderen übergeordneten Bildungszielen (aus den Bereichen Ökologie, Gesundheit, Ernährung, Wirtschaft zum Beispiel) sich erübrigen, denn sie alle lassen sich subsumieren und obendrein ethisch definieren im Rahmen der politischen Bildung.

In einer Zeit, in der einerseits mehr und mehr Religionen bzw. auch Spielarten von Religionen ihren Platz im Schulunterricht finden wollen und andererseits auch eine fortschreitende Säkularisierung zu verzeichnen ist, gewinnt eine werteorientierte politische Bildung und Erziehung eine zusätzliche Bedeutung, weil sie den einzigen herstellbaren und damit unbedingt verpflichtenden Grundkonsens herbeizuführen in der Lage ist: Auch hier liefern die Artikel 1–20 des Grundgesetzes die Voraussetzungen. Provokativ ausgedrückt: Zur Erzielung eines Grundkonsenses in unserer Gesellschaft ist der Religionsunterricht eher verzichtbar als die Erziehung zum Staatsbürger im Sinn einer werteorientierten politischen Bildung.

Die demokratische, multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft des 21. Jahrhunderts braucht den Wertekonsens als gemeinschaftliches Identifikationsangebot, sonst kann sie nicht bestehen und nicht gedeihen. Klar und unumstößlich muss deshalb sein: Die Rechtsgrundsätze der Verfassung brechen jegliche religiöse Bestimmung und stehen über allen religiösen Vorschriften; wer dem zuwiderhandelt, begeht eine Straftat.

Damit der demokratische und soziale Rechtsstaat als urteils- und handlungsweisendes Element über den Fächerunterricht hinaus Realitätsbezug und damit Überzeugungskraft entfalten kann, bedarf es jedoch eines Angebots, das die Schule im Bewusstsein der Schüler/innen als demokratischen Ort etabliert, d.h. einerseits als eine Institution, an der man demokratisches Handeln erproben und erlernen kann, andererseits als einen Lebensraum, in dem einem die Übernahme von Verantwortung, die Akzeptanz des anderen, die Unterstützung des Benachteiligten und der Einsatz für die Gemeinschaft zur Selbstverständlichkeit wird.

Dazu gehört eine Schulkultur, die nicht von einem Tag zum anderen zu etablieren ist; ist sie jedoch erst einmal geschaffen, wird sie zur Verlebendigung des Schulalltags und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls erheblich beitragen.

Die Möglichkeiten, die sich, differenziert nach Altersstufe und Reflexionsfähigkeit, zur Verwirklichung dieser demokratischen Schulkultur anbieten, wären Gegenstand einer eigenen Didaktik; sie alle setzen freilich die Bereitschaft vor-

aus, sich über den Unterricht hinaus zu engagieren bzw. ein vielfältiges Schulleben über den Unterricht hinaus nicht nur zu dulden, sondern durch Wahlkurse, Arbeitsgemeinschaften, Exkursionen und Projektgruppen zu fördern.

Sie beruhen letztlich alle darauf, dass sie demokratische Kommunikationsformen, Riten, Normen und Verhaltensweisen einführen, festigen und selbstverständlich machen. Die Bandbreite reicht von der Debattenschulung über die Einübung von Simulationstechniken und die Konzeption einer Schulverfassung und eines Schülerparlaments bis zur wirkmächtigen Teilnahme an der Bewegung „Schule ohne Rassismus“ – und vielem mehr.

Die Schule der Demokratie ist also in erster Linie die Schule – wer auch sonst? Und alle politische Erziehung nimmt in ihr ihren Anfang und findet in ihr die wichtigsten Adressaten.



Karikatur: Holger Appenzeller/Politik & Unterricht 3/4-2005

Dies gilt auch für die Arbeit der Landeszentrale, heute mehr denn je. Während es in der „Verordnung über die Errichtung einer Bayerischen Landeszentrale für Heimatdienst vom 11. November 1955“ und in der „Verordnung über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vom 9. April 1964“ übereinstimmend noch lediglich hieß: „Die Landeszentrale [...] hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage das Gedankengut der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung im Bewusstsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen“, fügt die

Fassung vom 22. Juli 2014 eine wesentliche Präzisierung hinzu: „Dabei ist es insbesondere Ziel [...], die demokratische Kompetenz zu stärken, zur Toleranz- und Werteerziehung beizutragen, politisches Bewusstsein zu fördern, zu zivilgesellschaftlichem Engagement und Teilhabe am politischen Prozess zu ermutigen und durch Aufklärungsarbeit extremistischen Haltungen [...] entgegenzuwirken.“

Die Fassung von 1955 legt nahe, worum es in dieser knappen Formulierung vor allem ging: Gerade einmal sechs Jahre jung war der demokratische Staat Bundesrepublik Deutschland, gegründet auf eine Verfassung, die wie keine zuvor staatliche Stabilität ebenso wie Demokratie und Rechtssicherheit zu garantieren in der Lage war, der jedoch die Masse der Bevölkerung eher gleichgültig oder „fremdelnd“ gegenüberstand. Wirtschaftlicher Aufbau und die Konzentration auf die Schaffung eines bescheidenen persönlichen Wohlstands dominierten das Denken, hinzu kam ein tiefes Misstrauen gegenüber jeder Form politischer Betätigung und der Wunsch, die Erinnerung an die Vergangenheit möglichst zu verdrängen. Nach zwölf Jahren brutaler totalitärer Herrschaft musste Demokratie von Grund auf neu gelernt werden: Dazu sollte die neue Landeszentrale beitragen: Werben für die Demokratie in einer desillusionierten, introvertierten Gesellschaft, nicht nur in der Schule, sondern gerade auch außerhalb, bei den Erwachsenen.

Knapp sechzig Jahre später hat sich die Situation verändert: Längst ist die Demokratie etabliert. Aufarbeitung der NS-Diktatur, Achtundsechziger-Bewegung, Überwindung der Trennung und steigender Wohlstand haben das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat enorm verbessert. Laut einer repräsentativen Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach von 2014 haben 91 Prozent aller Staatsbürger großes Vertrauen in das Grundgesetz – der Skeptizismus hat sich in Verfassungspatriotismus gewandelt.

Gleichzeitig aber haben die elektronische Kommunikationsrevolution, die geopolitische und die geökonomische Entwicklung die Gesellschaft auch in Deutschland vor enorme Herausforderungen gestellt und große Veränderungen bewirkt. Eine räumlich begrenzte Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt es ebenso wenig mehr wie eine unilaterale Machtpolitik, Kommunikation und Informationszugänge sind unbegrenzt, in jedem Dorf ist die Welt, damit sind Enge, aber auch Behütung reduziert. Der Alltag ist voll von Fremdem, nicht alles Fremde aber wird so schnell alltäglich.

Den eigenen Platz, den eigenen Weg zu definieren, wird zunehmend schwerer, traditionelle Familienstrukturen verändern sich, Halt gebende Rituale lösen sich auf oder werden zum Folkloristischen banalisiert, religiöse

Bindungen lockern sich entweder durch den säkularisierten, ökonomiebasierten Alltag oder treffen auf Konkurrenz, die scheinbar unüberwindlich ist.

Je nach Menschentyp machen solche Entwicklungen, solche Überforderungen unsicher, führen zur Individualisierung, zum Tunnelblick, zur Gleichgültigkeit oder gar, am schlimmsten, womöglich in die Fänge derer, die die Unsicherheit gerade junger Leute nutzen, um sie für ihre eigenen, zwar zutiefst inhumanen, aber mit skrupellos-wahnhaften, Idealismus und Sehnsucht gleichermaßen bedienenden Versprechungen garnierten Ziele zu gewinnen. Wer sich aber einmal das Gedankengut (wenn man es denn so nennen mag) von Hasspredigern eines unbegriffenen Islam oder von nazistischen Rassenreinheitsbeschwörern zu eigen gemacht hat, der ist nur schwer wieder für die Werte der Demokratie zu gewinnen.

Es gilt also mehr denn je, Toleranz- und Demokratieerziehung so früh wie möglich zu beginnen und so nachhaltig wie möglich zu gestalten. Denn die säkulare Demokratie ist, damit sie erhalten bleiben kann, angewiesen auf die sichere Verankerung der Werte, die sie sich selbst geschaffen hat; es mag jemand noch so sehr die sonstigen Säulen der jüdisch-christlichen Tradition beschwören, sie bröckeln doch zusehends, und das Gewölbe, das es zu tragen gilt, bedarf einer Stütze, die von allen akzeptiert werden kann und muss.

Damit sind und bleiben die Schulen der wichtigste Ort politischer Bildungsarbeit, und zwar alle Schularten in allen Altersstufen, von der Grundschule über die weiterführenden Schulen bis zu den berufsbildenden.

Freilich bedeutet das keineswegs, dass sich der Bildungsauftrag der Landeszentrale nicht auch auf die gesamte Gesellschaft erstreckte. Vielmehr sind ihre Betätigungsfelder im Verlauf ihrer nunmehr sechzigjährigen Geschichte ständig breiter und vielgestaltiger geworden. Als Vermittlerin der bayerischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere des Nationalsozialismus und der deutschen Teilung sowie als Förderin und Betreuerin der bayerischen Gedenkstätten steht sie für eine zeitgemäße und zukunftsweisende Erinnerungskultur; mit Bildungs- und Kulturprogrammen vertieft sie bilaterale Beziehungen insbesondere zu Israel und Tschechien. Ihre zahlreichen Publikationen, von der Zeitschrift bis zum umfangreichen Sammelband, vom Comic bis zum mehrbändigen wissenschaftlichen Werk, von der Wandzeitung bis zum komplexen Planspielmaterial tragen Informationen zur politischen Bildung in alle Schichten, Alters- und Bildungsgruppen der Bevölkerung. Mit Fachtagungen zu aktuellen Fragen der bayerischen, deutschen und europäischen Politik för-



dert sie den politischen Diskurs. Als Betreuerin zahlreicher Seminare trägt sie zur Kommunikation zwischen Bevölkerung und Parlament bzw. Staatsregierung bei.

Besonders liegen ihr Fragen der Inklusion und der Integration am Herzen: Sie möchte nach besten Kräften helfen, dass Gerechtigkeit und Solidarität auch bei denen, die benachteiligt sind bzw. Schutz und Zuflucht suchen, Realität wird.

bewegung garantiert: Ein hohes Maß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Verfassung, geboren aus den Trümmern des Faschismus, gefestigt durch Niederlagen und Triumphe, gereift von der erst missmutig akzeptierten, dann spöttelnd geringeschätzten („FDGO“) Notlösung zum Gegenstand eines Patriotismus ohne nationale Engstirnigkeit und ohne chauvinistische Ambitionen.

Diese Verfassung ist in der Tat „vorbildlich“ (was nicht heißt, dass sie nicht noch verbesserungsfähig wäre, beileibe nicht). Sie macht die Wertetrias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zum einigenden Band um alle weltanschaulichen, religiösen und kulturellen Unterschiede, ohne diese in ihrer friedlichen Entfaltung zu behindern.

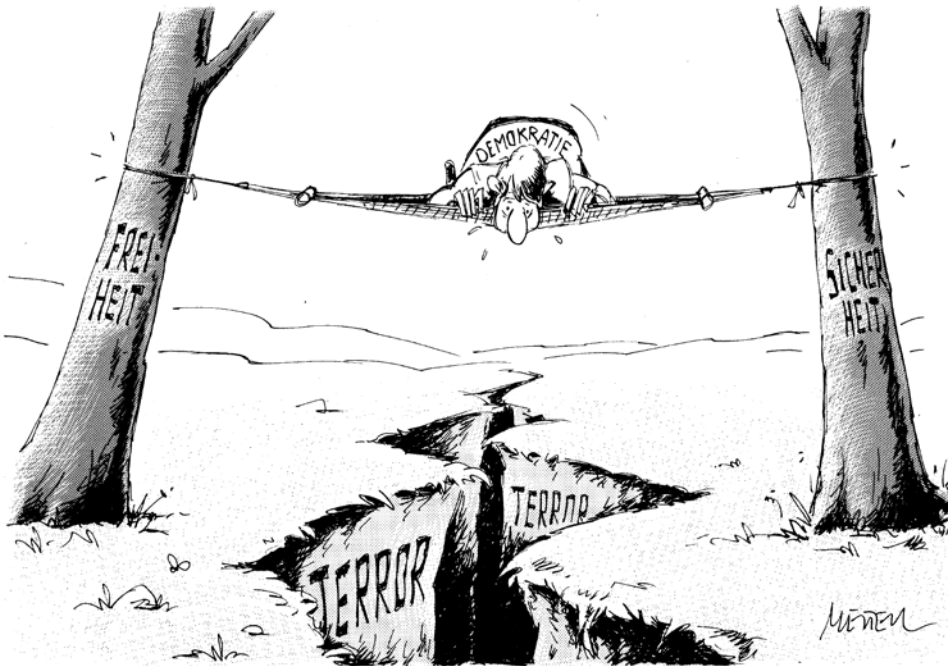
Wenn wir diesen Führungsanspruch und mit ihm die Wertetrias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bewahren wollen, müssen wir immer wieder kämpfen für die Demokratie und uns ihrer Bedrohung durch religiöse Intoleranz, durch Radika-

lismus, durch Nationalismus und Europafeindlichkeit mit aller Kraft widersetzen: durch wertorientierte politische Bildung an den Schulen, durch Nutzung unserer staatsbürgerlichen Rechte (die wir als Pflichten verstehen sollten), durch gesellschaftliches Engagement.

Denn die anonyme Sentenz „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Tyrannei auf“ hat von ihrer Brisanz nichts verloren.

Dem alten Lehrer aus den achtziger Jahren will ich deshalb noch einmal energisch widersprechen: Nein, ein Nebenfach ist die „Sozialkunde“ nicht, ganz gleich, ob man sie so oder Staatsbürgerkunde oder Politiklehre oder demokratische Ethik oder wie auch immer nennt. Sie ist ganz entschieden ein Haupt- und Kernfach, nicht nur in der Schule.

Und damit sie es bleibt, wird die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit weiter auf überparteilicher Grundlage das Gedankengut der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung fördern und festigen – ich hoffe, noch für weit länger als für die nächsten sechzig Jahre. ■



Karikatur: Gerhard Mester

In allen ihren Aktivitäten aber muss ihr Hauptanliegen mitschwingen: Die Verankerung demokratischer Werte in einer Gesellschaft, die deren als einigendes Band, als Voraussetzung, als notwendige Bedingung für ihr „Funktionieren“ als freie, friedliche, gerechte und solidarische Gemeinschaft von unterschiedlichsten Gliedern bedarf. Wie überaus wichtig, ja unverzichtbar das ist, davon legt der aktuelle Flüchtlingsansturm ebenso nachdrückliches Zeugnis ab wie der erneut virulent gewordene Kampf gegen den Terror.

Vielleicht liegt in diesem Hauptanliegen sogar – *cum modestia conveniente* – eine Antwort auf die immer wieder gestellte Frage nach Deutschlands Stellung in der Welt: Ja, Deutschland sollte einen Führungsanspruch erheben. Nicht den wirtschaftlichen meine ich hier, schon gar nicht einen militärischen, sondern einen, der sich auf seine Verfassung gründet. Eine Verfassung, die heute wie kaum eine zweite die Verwirklichung der Ideale der Aufklärung, der Französischen Revolution, der liberalen und der Arbeiter-

„Sie hatten die Schnauze voll von diesem toten, öden Land ...“

# „Sie hatten die Schnauze voll von diesem toten, öden Land ...“

Ein Gespräch mit der Publizistin und Regisseurin Freya Klier über ihre Jugend in der DDR, die deutsch-sowjetische Freundschaft und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Interview von Monika Franz am 26. Oktober 2015

---



Freya Klier  
Foto: Nadja Klier

**Landeszentrale:** Im Berliner Abgeordnetenhaus war im August 2015 Ihre Ausstellung „Verordnete Freundschaft“ zu sehen, in der es um die Besetzung der DDR durch die Sowjetunion (1949–1989) geht. Was sind die Hauptakzente dieser Ausstellung?

**Klier:** Das Wesentliche war für mich zu zeigen, dass die DDR als sowjetische Besatzungszone nicht mit den Besatzungszonen der Westalliierten vergleichbar war. Die DDR konnte sich nicht frei entwickeln, es gab keine freien Wahlen. Die entscheidenden Ämter wurden von Moskau besetzt, das ganze politische Leben von dort aus gesteuert. Viele DDR-Bürger hatten eine Art Angstblockade, die sich erst nach Stalins Tod im März 1953 etwas gelöst hat. Es ist kein Zufall, dass es drei Monate später, am 17. Juni 1953, in der DDR zu einem Volksaufstand kam und die Leute sich erstmals getraut haben, auf die Straße zu gehen. Rund eine Million Menschen.

**Landeszentrale:** Die DDR-Propaganda hat sich beeilt, den Aufstand als Putsch der westlichen Faschisten hinzustellen ...

**Klier:** Das haben sie ja nun immer. An allem, was in der DDR nicht lief, waren die Faschisten im Westen schuld. Jeder wusste, dass das nicht stimmte. Wie schlimm dieses Lügengebäude war, sieht man zum Beispiel an dem Fall der Erna Dorn, die während des Aufstandes in Halle freigekommen war, dann aber gleich wieder verhaftet und wenige Wochen später, am 1. Oktober 1953, hingerichtet wurde. In unseren Schulbüchern wurde sie als „KZ-Kommandeuse“ hingestellt, in Wirklichkeit war sie eine Kleinkriminelle; man brauchte unbedingt einen Nazi, um den Aufstand als faschistischen Putsch darzustellen. Was damals überraschend war, dass die Sowjetunion den Aufstand nicht umgehend – wie zu Lebzeiten Stalins – niederkartätscht hat, sondern zunächst zögerlich vorging. Die DDR-Regierung hatte sich bereits nach Karlshorst geflüchtet, um nach Moskau ausgeflogen zu werden. Aber die Sowjets waren damals nicht bereit, ihr Besatzungsgebiet DDR aufzugeben.

**Landeszentrale:** Haben sich nach dem „verordneten“ Beginn nicht doch über die Jahre auch echte Beziehungen zwischen Deutschen und Sowjets aufgebaut?

**Klier:** Diktaturen funktionieren nicht über Jahrzehnte statisch. Mit Stalins Tod hatte eine Annäherung eingesetzt, die offiziell überhaupt nicht gewünscht war, sondern unterbunden wurde. Nach und nach gewöhnte man sich aneinander. Irgendwann nahm unter den DDR-Bürgern auch das Mitleid mit den sowjetischen Soldaten zu. Es waren stets eine halbe Million Besatzungssoldaten in der

Freya Klier wurde 1950 in Dresden geboren. Nach dem Abitur 1968 arbeitete sie als Postangestellte, Kellnerin, Disponentin im Dresdner Puppenspieltheater, studierte 1970 bis 1975 Schauspiel an der Theaterhochschule Leipzig und im Staatstheater Dresden, von 1978–1982 Regie am Institut für Schauspielregie Berlin. 1980 begründete sie die DDR-Friedensbewegung mit und arbeitete an unterschiedlichen Theatern und Projekten als Regisseurin. 1985 erhielt sie Arbeitsverbot, trat aber ab 1985 mit Stephan Krawczyk in evangelischen Kirchen auf. 1988 wurde sie verhaftet und gegen ihren Willen ausgebürgert. Freya Klier arbeitet heute als Publizistin und Regisseurin und führt Projektstage an Schulen über die DDR-Geschichte durch.

[www.freya-klier.de](http://www.freya-klier.de)

DDR, so dass jeder irgendwann mal in Berührung mit ihnen kam. Berüchtigt hingegen waren die von sowjetischen Soldaten verursachten Unfälle, meist unter Alkoholeinfluss. Sie durften von DDR-Gerichten nicht verfolgt werden.

**Landeszentrale:** Wie sah es mit der Sprache und Reisen aus?

**Klier:** Alle haben in der Schule Russisch gelernt, weswegen es zum Beispiel Angela Merkel auch heute noch gut spricht. Russisch war für ganz Osteuropa Pflichtsprache ab dem fünften Schuljahr. Reisen konnte man in die Sowjetunion aber nur in Ausnahmefällen, die vom Apparat, also zum Beispiel von der FDJ („Freien Deutschen Jugend“), dem staatlichen Jugendverband in der DDR, gesteuert wurden, z.B. die Aktion „Trasse der Freundschaft“. In Urlaub durfte man nicht in die SU fahren, die zivilen Russen durften auch nicht in die DDR fahren. Sie sollten nicht sehen können, dass das allgemeine Lebensniveau in der DDR besser war als für viele Sowjetbürger – die ja eigentlich die Sieger des Krieges waren.

**Landeszentrale:** Wie hat es sich dann angefühlt, dass die „verordneten Freunde“ viel fremder sind als die „Feinde“ im Westen?

**Klier:** Ein Großteil der DDR-Bürger hat über das Westfernsehen und -radio viel mitgekriegt, die Aufmerksamkeit der meisten war immer Richtung Westen gewandt, das musste in der frühen DDR heimlich passieren. Oft haben Eltern in Gegenwart ihrer Kinder nicht über Poli-





Freya Klier und Stefan Krawczyk bei einem Kirchauftritt, 1986  
Foto: SZ photo

tik geredet, damit sie nichts in der Schule erzählten, nach dem Motto: „Moment mal, mein Vater hat was ganz anderes gesagt.“

Als ich im elften Schuljahr war, wollte ich mit meiner Freundin Ute die Sowjetunion selbst kennenlernen. Uns interessierte, wie die Jugendlichen dort lebten. Also haben wir ein Konzept für eine einjährige Arbeitsreise in die Sowjetunion entwickelt und sind damit zur FDJ gegangen, die sich ja immer vor lauter deutsch-sowjetischer Freundschaft überschlug. Das hat uns viel Ärger eingebracht. Ein Verantwortlicher schnauzte uns an: „Wer in die Sowjetunion fährt, das bestimmen wir! Und über euch haben wir uns erkundigt. Ihr habt überhaupt keine Vorbildfunktion. Ihr seid bloß zu faul zum Arbeiten.“ An solchen Dingen merkte man, dass die Freundschaft eine große Lüge und nicht wirklich erwünscht war. Unsere Klassenkameraden hatten uns bereit gefragt, ob wir bescheuert seien, ob sie uns schon mal einen Gulag aussuchen sollten.

**Landeszentrale:** Die Existenz von Gulags war Ihnen also klar.

**Klier:** Es wurde dort und da heimlich erwähnt. Die wirkliche Dimension der Gulag-Verbrechen ist allerdings erst viel später ans Licht gekommen.

**Landeszentrale:** Sie waren elf, als die Mauer gebaut wurde. Wann haben Sie ein kritisches Denken gegenüber der DDR entwickelt?

**Klier:** Ich kam mit meinem Bruder im Alter von drei und vier Jahren (1953) in ein Heim, weil mein Vater aus politischen Gründen ein Jahr inhaftiert worden war. Er war im Februar 1953 mit meiner Mutter Straßenbahn gefahren, junge Leute Anfang 20. Sie standen beide auf dem Trittbrett; ein anderer junger Mann kam an, zertrümmerte meine Mutter herunter und stieg selbst auf. Daraufhin kam es zu einem Handgemenge zwischen meinem Vater und diesem Mann, der auch vom Trittbrett flog. Er war ein DDR-Polizist. Mein Vater wurde daraufhin in einem Schnellverfahren – ohne Zeugen und ohne schriftliches

Urteil – zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, abzuleisten im Uranbergbau der Sowjets. Meinem Bruder und mir wurde im Kinderheim eine richtige Gehirnwäsche verpasst. Meine Mutter galt als mitschuldig, musste ihre Qualifizierung zur Ingenieurin unterbrechen und wurde in ihrem Betrieb ans Fließband versetzt. Nach einem Jahr durften wir nach Hause; allerdings hat mein Bruder ab diesem Jahr nicht mehr „funktioniert“. Er hatte in der DDR nichts zu lachen und ist am Ende auch umgekommen. Ich war zunächst verängstigt durch die Heimmethoden (man musste zum Beispiel mit dem Gesicht zur Wand stehen und sollte darüber nachdenken, warum die Eltern „Feinde des Friedens“ seien). Darum habe ich in der Schule erst immer versucht, besonders gut mitzumachen. Als ich elf war, habe ich mich, als mein Vater in Dresden Deutschlandfunk (den „Feindsender der Bonner Ultras“) hörte, neben ihn gesetzt und ihn angefleht: „Bitte Vati, mach das aus, du darfst das nicht hören!“ Ich habe auch brav die Pionierzeitung „Die Trommel“ gelesen. Später mussten wir als Jugendliche die „Junge Welt“ lesen, die es ja heute noch gibt; die haben wir aber alle heimlich in die Ecke geschmissen.

**Landeszentrale:** Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen muss Sie die zum Teil auch heute noch aktuelle Ostalgie richtig ärgern ...

**Klier:** Sie wird vor allem von denen betrieben, die die DDR-Diktatur zu verantworten hatten. Leider wurde im Prozess der Wiedervereinigung einiges verschlafen. Der journalistische Geist der DDR hat ebenso überlebt wie die meisten strammen DDR-Lehrer. Und diese – wie einige andere – bedienen zum Teil bis heute die Opferthesen. Das Ausplündern der DDR durch die eigenen Leute kommt dort gar nicht mehr vor. Das sind semantische Verschiebungen, wo ich offen gesagt allerdings auch manchmal aufgeben.

Die Stasi hat in Kooperation mit dem sowjetischen Geheimdienst 1989 die Bürgerrechtsbewegung benutzt, um sich auf die Ablösung der alten Kader wie Honecker, Hager und Mielke vorzubereiten und neue Köpfe zu platzieren. Idealtypisch dafür war die Demonstration am Alexanderplatz in Berlin am 4. November 1989, wo z.B. Christa Wolf, Markus Wolf und viele andere auftraten, um die DDR zu retten. Das hat am Ende nicht geklappt.

**Landeszentrale:** Was auffällt, ist die Dominanz der Opfererzählung, die nach dem Ende der DDR zum Beispiel von Schriftstellern stark bedient wurde. Was wird Ihrer Meinung nach davon übrigbleiben? Wie sehen Sie den unterschiedlichen Blick der Generationen auf die DDR und das geteilte Deutschland?

**Klier:** Ich bin leider nicht ganz so optimistisch, was die Verarbeitung dieses Themas durch künftige Generationen angeht. Die beste Weise, die Geschichte zu vermitteln, sind meiner Meinung nach Besuche in Gedenkstätten, wie z.B. Hohenschönhausen, weil man Jugendliche dort emotional ansprechen kann. Ich glaube, dass es auch hauptsächlich davon abhängt, wie engagiert die Lehrer sind. Ich arbeite oft als Zeitzeugin mit Schülern – übrigens auch in Bayern – und habe viele sehr gute Erfahrungen mit engagierten Lehrern gemacht. Sie sagen mir, wenn sie nur Zahlen und Fakten bringen, erreiche das die Schüler fast gar nicht, weil sie gar nicht wissen, was eine Diktatur ist. An Projekttagen zur DDR-Geschichte erzähle ich den Jugendlichen, wie wir in ihrem Alter gedrillt wurden. Das funktioniert sehr gut. Ich bin seit Jahren auch in Schulen in Bayern immer wieder angetan, welche positive Atmosphäre dort herrscht. Es ergeben sich wirklich interessante Gespräche. Die Schüler sind wach, offen und meist gut vorbereitet. Das will ich mal als Botschaft nach Bayern senden [lacht], gegen das an vielen Orten verbreitete Bayern-Bashing.

Ich habe in der späten DDR eine geheime Jugendbefragung gemacht und fand heraus: Die meisten wollten nur noch raus. Sie hatten die Schnauze voll von diesem toten, öden Land. In den 80er Jahren haben aber nicht mehr dieselben drastischen Strafen wie in den 60er Jahren gedroht – so wie mein Bruder damals vier Jahre Knast wegen des Besitzes von Stones- und Beatlestexten bekam. Für das Gros der späteren Jugend wurden in den 80er Jahren sogar Discos eingerichtet, wo auch Westtitel gespielt werden durften.



Auftritt am Berliner Alexanderplatz, 2009  
Foto: Archiv Klier

„Sie hatten die Schnauze voll von diesem toten, öden Land ...“

**Landeszentrale:** Musik als Opium für das Volk ...

**Klier:** Ja, damit wollte man sie stillkriegen. Die Schikanen wurden bisschen gedrosselt. Es gab definitiv mehrere Phasen im Umgang mit der Jugend.

**Landeszentrale:** Hatten die DDR-Bürger Angst, der Kalte Krieg könnte sich in einen heißen Krieg verwandeln?

**Klier:** Ich muss sagen, diese Angst hatte ich persönlich nie. Außerdem stimmte für uns diese Konstellation nicht; aus unserer Sicht führten die Herrscher der DDR den Kalten Krieg gegen die eigene eingeschlossene Bevölkerung. Wir wären gerne von unseren vermeintlichen Gegnern befreit worden.

**Landeszentrale:** Was halten Sie von der Apostrophierung des „Neuen Kalten Krieges“ heute?

**Klier:** Ich warne vor solchen Worten ohne inhaltliche Deckung, die heutige Situation ist mit der damaligen schlecht vergleichbar. Ich habe 1993 in Sibirien gedreht, den Film „Verschleppt ans Ende der Welt“ über nach Russland deportierte deutsche Frauen. Überall gab es dort – zwei Jahre nach dem Ende der Sowjetunion – noch die alten stalinistischen Denkmäler, z.B. für Dserschinski,



Theaterplakat von Hubert Riedel, 1984  
Foto: Archiv Klier

den Gründer der Tscheka, des russischen Geheimdienstes, und ersten sozialistischen Massenmörder unter Lenin. Das wäre so, als hätten in den 50er Jahren noch Hitlerbilder in Deutschland an den Wänden gehangen. Die Russen hatten immerhin 70 Jahre Diktatur hinter sich; demokratische Strukturen hatten danach keine wirkliche Chance.

**Landeszentrale:** Wie hat sich das Verhältnis der Weggefährten aus der Bürgerrechtsbewegung entwickelt?

**Klier:** Erstaunlich harmonisch. Egal, wer wo gelandet ist, aber mit einigen wenigen Ausnahmen sind wir ziemlich befreundet. Der Kreis der Engagierten bestand zunächst aus ungefähr 100 Leuten; viele kamen über die Jahre hinzu. Wir haben die Zeiten gemeinsam erlebt und das verbindet uns bis heute; es gibt keine üblen Gestalten wie etwa bei der RAF.

**Landeszentrale:** Wie nehmen Sie die fremdenfeindlichen Demonstrationen von Pegida wahr?

**Klier:** Als ganz schrecklich. Ich appelliere dringend, mehr Gegeninitiativen auf die Beine zu bringen. Dresden hat innerhalb kürzester Zeit seinen Ruf verloren, das tut weh. Internationale Studenten ziehen inzwischen ihre Bewerbungen zurück. Eine indische Wissenschaftlerin aus Dresden hat erzählt, dass sie besondere Ausweise bekommen haben, die ihnen im Fall eines fremdenfeindlichen Angriffes helfen sollen.

Für mich ist das besonders schlimm. Ich komme aus Dresden, das eigentlich eine sehr schöne Stadt mit sympathischen Menschen ist. Eine Gegenbewegung für Offenheit und Toleranz müsste stärker sichtbar werden. Es gibt aber auch positive Beispiele: An der Semperoper hängt jeden Montag ein Plakat: „Die Oper ist keine Kulisse für Fremdenfeindlichkeit“. Noch ein Vorschlag: Die TU Dresden hat etwa 37.000 Studenten. Wenn auch nur ein Teil von ihnen eine gute Idee entwickelt, das Los der Flüchtlinge zu erleichtern, so wie das gerade die Studenten in Saarbrücken und Marburg praktizieren – würde in Dresden frei nach Gauck „das helle Deutschland“ dominieren.

**Landeszentrale:** Statistiken zeigen, dass ungefähr 17 Prozent der Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland leben, aber 47 Prozent der rassistisch motivierten Gewalttaten dort verübt werden. Wie erklären Sie sich das?

**Klier:** Ich hebe die Hände und verzweifle. Seit 25 Jahren beschreibe und erkläre ich dieses Phänomen wie ein Rufer in der Wüste: Achtung, hier besteht ein hohes Maß an Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit! Keiner hörte hin. Im Westen gibt es auch fremdenfeindliche Übergriffe,





Auszeichnung mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, 4. Oktober 2012  
Foto: Bundesregierung/Gero Breloer

klar, aber fünfmal mehr im Osten! Dazu kommt, dass in Ostdeutschland noch immer viel weniger Ausländer leben als im Westen. Die Ressentiments betrafen früher nicht nur Fremde, sondern alle, die von der Norm abwichen, wie z.B. Behinderte. In der DDR gab es nicht eine einzige Schräge zum Beispiel für Rollstuhlfahrer, sondern auch keine behindertengerechten Einrichtungen.

**Landeszentrale:** Was einem neu vorkommt und schockiert, sind Tabubrüche in der Art und Weise zu demonstrieren, zum Beispiel, dass Demonstranten nicht davor zurückscheuen, die Bundeskanzlerin mit einem Galgen abzubilden.

**Klier:** Ja, das ist beunruhigend. In Meißen wurde randaliert: „Der Dreck muss weg.“ – Damit waren Menschen gemeint. Da schäme ich mich für diesen Dialekt, der ja auch der meine ist. Was hätten wir in 25 Jahren schon alles ändern können, es ist viel zu wenig passiert. Allerdings sind auch die Medien mit verantwortlich. Meines Erachtens bekommen die Pegida-Demonstrationen eine viel zu große Bühne.

**Landeszentrale:** Fünf Stichworte, zu denen Sie bitte frei assoziieren:

... Frauenquote ...

**Klier:** Interessiert mich nicht. Ich finde, dass wir durch Leistung etwas erreichen sollten und nicht durch eine Quote.

Frauen, die gut sind, setzen sich meistens auch durch. Ich bin auch nie Feministin gewesen. Ich habe große Sympathien für Frauen, vor allem für solche, die nicht andere wegboxen wollen, sondern solidarisch miteinander sind.

... Ihr Lieblings-DDR-Schriftsteller und Ihr Lieblingsbuch ...

**Klier:** Mein Lieblings-DDR-Buch ist „Franziska Linkerhand“ von Brigitte Reimann. Ich liebe Camus und Rilke-Gedichte und habe viel russische Literatur gelesen. Ansonsten interessieren mich vor allem kluge und gut geschriebene Sachbücher. Ich bin kein Romanleser.

... Ihre Lieblingsgestalt in der Geschichte?

**Klier:** Da gibt es sicher mehr als eine, aber Jesus Christus kommt ganz vorne.

Was macht Freya Klier in 20 Jahren?

**Klier:** Wenn ich dann noch lebe, versuche ich weiter Dokumentarfilme zu machen, Bücher zu schreiben und mit Schülern zu arbeiten, wenn das dann noch geht. Ich habe das Glück, Dinge tun zu können, die mir wichtig sind. Das ist ein großes Glück.

**Landeszentrale:** Danke für das Gespräch! 🍷

# Historische Darstellungen in Computerspielen

von Jochen Koubek

---



*Assassin's Creed Syndicate* spielt in London zu Zeiten der Industriellen Revolution. Neben ikonischen Schauplätzen begegnen die Spieler historischen Figuren wie Charles Darwin, Karl Marx oder Queen Victoria.

Foto: Ubisoft 2015

### Computerspiele als Medium

Computerspiele sind ein komplexes Medium, im lateinischen Wortsinn von *com* (mit) und *plectere* (flechten) zusammengefügt aus verschiedenen Bestandteilen, die auf vielfältige Weise miteinander in Bezug stehen. Auf eine knappe Formulierung gebracht, lässt sich das Medium wie folgt bestimmen: Computerspiele sind computergestützte, regelbasierte Präsentationen realer oder fiktiver Welten, in denen durch die Handlungen eines oder mehrerer Spieler ein Spielverlauf hervorgebracht wird, der als Geschichte erzählt werden kann.

Am auffälligsten sind dabei die audiovisuellen Präsentationen und die erzählten Geschichten, nicht zuletzt, weil beide zum Vergleich mit dem Medium Film einladen. Daneben gibt es aber noch die Aspekte der Spielregeln, die im Zusammenhang mit Computerspielen auch als *Spielmechanik* bezeichnet werden sowie die Handlungen des oder der Spieler, durch die der Spielverlauf erst ermöglicht wird. Die medienwissenschaftliche Analyse eines Computerspiels untersucht die Bedeutungsangebote, die durch das Werk geschaffen werden, stellt sie in ihren technischen und historischen Kontext und kann daraus eine Interpretation der immanenten Aussagen begründen. Im Falle von Computerspielen müssen für eine integrative Analyse zahlreiche Ebenen berücksichtigt und aufeinander bezogen werden.<sup>1</sup> Sie sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Computerspiele benötigen *Computertechnik*. Die technische Verfasstheit spielt bei keinem Medium eine so große Rolle wie bei Computerspielen. Nicht nur die Produktion und Wiedergabe, auch die Berechnung der Inhalte ist technisch bedingt. Die Geschichte der Computerspiele und ihrer medialen Ausdrucksformen ist gekoppelt an die technische Entwicklung von Computern, sowohl der Hardware – Prozessoren, Grafik-, Soundkarten, Speichertechnologien und Peripheriegeräte – als auch der Software – Algorithmen, mit denen die Hardware effizient genutzt werden kann. Die Prozessorenleistung bestimmt die Anzahl der Spielobjekte, die gleichzeitig berechnet werden kann. Höhere Rechenleistung bedeutet schnellere oder umfangreichere Verarbeitung der Spielereingaben, wodurch die Spielwelten größer und vielschichtiger werden. Seit gut 20 Jahren wird die Berechnung der Spielgrafik auf spezielle Grafikkhardware ausgelagert, die denselben Produktlebenszyklen unterliegt wie die Hauptprozessoren. Das Resultat ist eine immer detailliertere und realistischere Darstellung der

Spiele, die z.B. bei Rennspielen stellenweise nicht mehr von TV-Live-Übertragungen zu unterscheiden sind. Ähnliches gilt für die Audioausgabe, die sich von einfachen Piepstönen zu realistischem 3D-Surround-Sound entwickelt hat. Damit die Ausgabehardware die umfangreichen Welten audiovisuell darstellen können, müssen sie von Datenspeichern mit hoher Kapazität und schneller Zugriffszeit zur Verfügung gestellt werden. Der Übergang von Disketten zu CDs Anfang und zu DVDs Mitte der neunziger Jahre zeigte sich im Einsatz von Filmausschnitten, hochauflösenden Bildern und orchestralem Soundtrack, auch die seit Mitte der 2000er Jahre eingesetzten Blu-ray-Datenträger mit Kapazitäten von bis zu 50 Gigabyte werden von größeren Spielen ausgenutzt, insbesondere für umfangreiche Filmsequenzen. Durch die technischen Grundlagen ist es Computerspielen möglich, die Ausdrucksformen anderer Medien zu nutzen, allen voran Bild und Film.

Der Spielablauf eines Computerspiels muss in irgendeiner Weise ausgegeben werden, damit der Spieler auf die dargestellten Ereignisse reagieren kann. Die Dimension der *Präsentation* verweist zunächst einmal auf den Umstand, dass nahezu alle Computerspiele eine audiovisuelle Ausgabe in Form von Klängen und Bildern bzw. Bewegtbildern haben. Gerade in diesem Bereich wird der technische Fortschritt der Spiele besonders deutlich, wie Übersichten zu den grafischen Leistungsfähigkeiten von Spielen eindrucksvoll belegen.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zum Spielfilm liegt die Funktion dieser Klänge und Bilder jedoch nicht allein in der Darstellung von Ereignissen einer Erzählung, sondern ganz wesentlich auch darin, dem Spieler eine Rückmeldung über die Ergebnisse seiner Handlungen und über den Zustand der Spielwelt zu geben. Die Interpretation und Bewertung der Spielpräsentation birgt für Nicht-Spieler daher die größte Quelle für Missverständnisse, denn ihre Bilder sind auch ohne das Spielerlebnis in Zeitschriften, Webseiten oder Fernsehen und Webvideos zugänglich. Verkürzt wäre es dann aber, sie, analog zum Film, ausschließlich als Ausdruck einer Erzählhandlung zu sehen. Darauf wird im zweiten Abschnitt einzugehen sein.

Die meisten Computerspiele haben zwar eine *Narration*, eine Erzählung, welche die Handlungen der Spieler einrahmt und den Geschehnissen auf dem Bildschirm Bedeutung verleiht. Sie steht jedoch nur selten im Mittelpunkt des Spielerlebnisses. Um später jedoch zu verstehen,

1 Jochen Koubek: Zur Medialität des Computerspiels. In: Jochen Koubek, Michael Mosel, Stefan Werning (Hg.): Spielkulturen. Computerspiele in der Gegenwartskultur und im Alltagsdiskurs, vwh 2013, S. 17–32.

2 Vgl. Stuart Brown: A History of Video Game Graphics. <https://www.youtube.com/watch?v=QyjjWUrHsFc> [Stand: 25.11.2015].





Ron, Harry und Hermine beraten im „Harry-Potter“-Computerspiel.  
Foto: Electronic Arts GmbH

wie Computerspiele Geschichts- und Gesellschaftsbilder thematisieren, ist an dieser Stelle eine grobe Differenzierung von Erzählformen im Computerspiel erforderlich.

Der amerikanische Medienwissenschaftler Henry Jenkins unterscheidet vier Arten narrativer Architekturen (Jenkins 2004):<sup>3</sup> (1) Die „evozierte Narration“ (*evocative spaces*) ruft Erinnerungen an eine bereits bekannte Geschichte wach, z.B. in Star-Wars-, Herr-der-Ringe- oder Harry-Potter-Spielen. Durch Namen und Darstellungen von Figuren, Orten und Gegenständen verbinden die Spieler die Spielhandlungen mit dem symbolischen Universum der Referenzgeschichte. Dieses Verfahren wird auch bei nicht-digitalen Merchandise-Spielen angewendet, indem zu einem Film eine Monopoly-, Quartett- oder Schachvariante veröffentlicht wird. (2) Die „aufgeführten Geschichten“ (*enacting stories*) treiben über kleine narrative Episoden den Handlungsverlauf voran. Dies geschieht häufig in Form von vorbereiteten Filmsequenzen, sogenannten *Cut Scenes*. Dabei wird das Erreichen eines bestimmten Spielabschnitts mit einer solchen Sequenz abgeschlossen, die gleichzeitig eine narrative Überleitung zum nächsten Abschnitt herstellt. Die Produktion von *Cutscenes* kann so aufwändig

sein wie ein Trickfilm und einen guten Teil der Entwicklungskosten beanspruchen. Aber auch kleinere, vorgefertigte Reaktionen des Spiels, z.B. das Jubeln der Zuschauer bei einem geschossenen Tor in einem Fußballspiel, tragen zur Spielhandlung bei. (3) Eine „emergente Geschichte“ (*emergent narratives*) ergibt sich aus dem Spielverlauf und den Entscheidungen, die Spieler darin treffen. Ein Spiel wie „*Minecraft*“ bietet überhaupt keine vorgefertigte Narration, jeder Spieler hat hier seine eigene Geschichte zu erzählen. Zahlreiche dieser Geschichten finden sich gefilmt und kommentiert auf Youtube, die erfolgreichsten Kanäle kommen auf mehrere Millionen Abonnenten. Emergente Geschichten sind auch aus dem Sport bekannt, Kommentatoren sorgen hier dafür, dass aus einem Fußball-Match eine spannende Geschichte für Zuschauer und -hörer wird, die sie nach Spielende weitererzählen, diskutieren und auswerten können. (4) „Eingebettete Geschichten“ (*embedded narratives*) werden über den Aufbau und die Anordnung von Objekten in der Spielwelt angedeutet. Hierbei obliegt es dem Spieler herauszufinden, was in der Welt geschehen ist. Briefe, Tagebücher, Ton- und Bildaufzeichnung liefern weitere Hinweise über den Handlungsverlauf, aus dem es, ähnlich wie bei einem Krimi, die Geschehnisse zu rekonstruieren gilt. Das Spiel „*Gone Home*“ (The Fullbright Company, 2013) erzählt die Entwicklungsgeschichte einer jungen Frau, es wurde von Spielern und Kritikern gleicher-

3 Henry Jenkins: Game Design as Narrative Architecture. In: Noah Wardrip-Fruin/Pat Harrigan (Hg.): *FirstPerson. New Media as Story, Performance, and Game*, Cambridge/London 2004, S. 118–130.



Die Bundesliga virtuell nachspielen: „FIFA Manager“  
Bild: Electronic Arts GmbH

maßen für seine eingebetteten Erzählungen gelobt, bei der die Geschichte vom Spieler nach und nach durch Fundstücke, Andeutungen und Schlussfolgerungen aufgedeckt wird.

Narration im Spiel ist damit nicht nur über die von einem Autor vorgegebene Geschichten möglich, die evokiert oder aufgeführt werden, sondern ebenso über Spielerhandlungen oder Rekonstruktionsleistungen. Als Kombination dieser Verfahren können in manchen Spielen verschiedene Geschichten in Abhängigkeit der Spielerhandlung erlebt werden, so dass sich in jedem Spiel ein anderer Handlungsverlauf ergibt, die von einer einfachen Variation zu komplett neuen Handlungssträngen reichen kann. Das Spiel *Beyond: Two Souls* (Quantic Dream, 2013) bietet elf verschiedene narrative Abschlüsse, die je nach Verhalten des Spielers während des Spiels und der letzten Szenen ausgewählt werden.

Audiovisuelle Bildwelten und Erzählungen sind charakteristische Merkmale von Filmen. Aus diesem Grund werden Computerspiele vor allem von Nicht-Spielern gerne als interaktive Filme gesehen, die sich ihrem Leit-



Anbandeln im „Lebenssimulationsspiel“ „Die Sims 3: Wildes Studentenleben“  
Bild: Electronic Arts GmbH

medium immer weiter annähern, es allerdings noch lange nicht erreicht haben. Das Besondere an Computerspielen ist jedoch nicht nur ihre Interaktivität, sondern vor allem ihre Regelhaftigkeit – Computerspiele sind zunächst einmal Spiele. Dieser Aspekt soll in Anlehnung an die übrigen Begriffe als *Ludition* bezeichnet werden soll, von lat. *ludus*: Spiel. Die Regeln der Computerspiele definieren Ziele, Handlungsmöglichkeiten, um sie zu erreichen, Hindernisse, die dabei als Herausforderungen im Weg stehen, und Ressourcen zur Unterstützung. Erst durch diese Elemente entsteht ein interaktiver Erfahrungsraum, der als „Spiel“ bezeichnet werden kann. Doch Regeln sind mehr als reine Handlungsnormen. Wenn in *The Sims* (EA, 2000) die Zufriedenheit der Spielfigur im Wesentlichen mit ihrem materiellen Wohlstand steigt, ahnt man, dass diese Systeme keineswegs nur harmlose Spielregeln sind, sondern in ihrem kulturellen Kontext eine ganz eigene mediale Kraft entfalten können. Durch die Angabe von Spielzielen und Bedingungen, unter denen das Spiel als gewonnen gilt, lässt sich das Verhalten der Spieler steuern und im Zusammenhang mit der Narration symbolisch und damit medial kontextualisieren. Im Rahmen des Spiels werden die Spielhandlungen bedeutungsvoll, gerade dadurch, dass sie vom Spieler ausgeführt werden.

Im Gegensatz zu allen anderen Medien wie Büchern, Filmen oder Musikaufnahmen sind Computerspiele keine fertigen Werke, die rezipiert werden können, sie benötigen immer einen aktiv handelnden Spieler bzw. eine Spielerin. Seine oder ihre *Performanz*, die vom Umgang mit der Spielsteuerung über die Auswahl der möglichen Aktionen



Screenshot aus dem Spiel „Lord of the Rings: Campaign“  
Bild: Electronic Arts GmbH

bis zur Reaktion auf die Herausforderungen der Spielwelt reichen, ist ganz wesentlich für den Spielverlauf, die darin entstehenden Bilder und die Ausgestaltung des Regelsystems. Mit Blick auf den nächsten Abschnitt ist in diesem Zusammenhang die Frage wichtig, ob diese Spielerhandlungen sich auf die zu erzeugenden Bildwelten oder auf die Spielregeln hin orientieren, ob der Spieler sich mehr als Hervorbringer einer Geschichte oder als Handelnder in einem Regelsystem versteht. Die Antwort ist freilich kein reines Entweder/Oder, sie ist sowohl vom Werk als auch vom Spieler abhängig, der Aspekt des Ludischen darf aber bei einer Analyse nicht außer acht gelassen werden.

### Computerspiele und Gewalt

Eine der Fragen, die von außen regelmäßig an das Medium herangetragen werden, ist die nach der Gewaltdarstellung. Warum sind so viele Computerspiele so gewalthaltig? Die Beantwortung dieser Frage fällt in den verschiedenen Bereichen des im ersten Abschnitt vorgestellten Analyseschemas ganz unterschiedlich aus.

Historisch gesehen sind viele Spiele simulierte Konflikte, von den Sportwettbewerben seit der Antike, über Brett- und Kartenspiele, in denen der Sieg einer Partei mit der Niederlage der übrigen Spieler verbunden ist, bis zu Geländespielen wie Cowboy und Indianer, Räuber und Gendarm, Verstecken oder Fangen. Als Regelsystem haben alle diese Spiele eine gewalthaltige Komponente, die allerdings abstrakt oder symbolisiert ist. Bei Schach, Dame oder Mühle gehört das Schlagen gegnerischer Figuren zu den Kernregeln, das Opfern der eigenen Spielsteine gilt als Ausdruck gehobener Strategie. Bei Skat, Doppelkopf oder Bridge werden die geg-

nerischen Karten „gestochen“, ein Wort, das seine Herkunft im Lanzenstechen der Ritterturniere hat. Der Kulturhistoriker Johan Huizinga basiert in seinem Buch „*homo ludens*“ seine Kulturgeschichte auf der prägenden Kraft konkurrenzbehafteter Spiele – Krieg, Rechtssystem, Wissenschaft, Philosophie und Kunst sind demnach aus Wettbewerben hervorgegangen und tragen dessen Wurzeln noch heute in ihren kulturellen und sozialen Praktiken.<sup>4</sup>

Computerspiele stehen in der Traditionslinie der analogen Spiele, viele frühe Titel sind ausdrücklich Adaptionen von Sport-, Schieß- und Wettkampfspielen. Dabei visualisieren sie die Handlungsoptionen dieser Spiele in immer detaillierteren Bildern, ohne deren ludischen Zweck zu verändern: das Entfernen einer gegnerischen Spielfigur aus der Spielwelt. Die zunehmende Drastik der audiovisuellen Präsentation folgt dabei der medialen Überbietungslogik der Populärkultur, wonach jedes Werk seinen Vorgänger in zentralen Merkmalen zu übertreffen hat. Dazu zählen Tabubrüche im Reality-TV, die Anzahl der visuellen Effekte in Blockbustern, die Produktions- und Marketingbudgets sowie die Darstellung von Gewalt in Krimis, Psychothrillern, Actionfilmen oder Historiendramas. Jeder Blockbuster erhöht die Schwelle dessen, was dem Zuschauer als gerade noch zumutbar gilt. Computerspiele sind hier keine Ausnahme, weil sie als Wirtschaftsprodukte den gleichen Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gehorchen wie die gesamte Medienindustrie: Das Publikum will explizitere Gewalt als im vergangenen Jahr, also wird mehr Gewalt geboten, in Nahaufnahme, Zeitlupe und stereoskopischem 3D.

Dieser menschliche Wunsch nach Gewalt, die aus sicherer Entfernung und zur eigenen Unterhaltung rezipiert wird, ist ebenfalls tief in der Kulturgeschichte verankert. Homers Ilias, Shakespeares Dramen oder Grimms Märchen sind voller impliziter, aber vor allem auch expliziter Gewalt und dennoch oder vielleicht sogar gerade deswegen unsterbliche Klassiker, weil sie die Themen des Lebens zeitlos aufgreifen und publikumsnah darstellen. „Unterhaltung formuliert – so lässt sich vielleicht pointiert sagen – Sinn, dessen Bedeutung fraglich bleibt, während im Kunsterlebnis etwas fraglos Bedeutendes rezipiert wird, dessen Sinn fragwürdig bleibt.“<sup>5</sup> Wie so viele Unterhal-

.....

- 4 Johan Huizinga: *Homo Ludens: Vom Ursprung der Kultur im Spiel*. Reinbek bei Hamburg (1939) 2004.
- 5 Hans-Otto Hügel: *Ästhetische Zweideutigkeit der Unterhaltung. Eine Skizze ihrer Theorie*, vgl. [http://www.montage-av.de/pdf/02\\_01\\_1993/02\\_01\\_1993\\_Hans\\_Otto\\_Huegel\\_Aesthetische\\_Zweideutigkeit\\_der\\_Unterhaltung.pdf](http://www.montage-av.de/pdf/02_01_1993/02_01_1993_Hans_Otto_Huegel_Aesthetische_Zweideutigkeit_der_Unterhaltung.pdf) [Stand: 27.11.2015].





Screenshot aus dem Spiel „Star Wars Battlefront“  
Bild: Electronic Arts GmbH

tungsprodukte vernachlässigen zahlreiche Computerspiele die Zeitlosigkeit des Kunsterlebnisses, greifen dafür aber umso stärker die Unmittelbarkeit der ästhetischen Überwältigung auf und reihen sich zum Attraktionskino des Actionfilms.

Hinzu kommt die mediale Zweitverwertung: Gewalt liefert Screenshots, die in anderen Medien wie Zeitung, Zeitschrift, Fernsehen oder Websites gut zitierbar sind, je nach Publikum mit dem Ziele der Interessförderung oder der Abgrenzung. Daher sind vor allem solche Spiele medial präsent, in denen es besonders derbe zur Sache geht, was auf das Medium insgesamt abfärbt. Die zahlreichen Sport- und Rennsimulationen, Aufbau- und Strategiespiele, Puzzles, Adventures und Jump'n'Runs werden nur am Rande zur Kenntnis genommen und in der öffentlichen Wahrnehmung sowohl in ihrer Marktbedeutung als auch im Zuspruch auf Seiten der Spieler unterschätzt.<sup>6</sup> Die in diesem Zusammenhang artikulierte Sorge um die Gemütsverfassung routinierter Spieler und die Wirkung auf Einsteiger speiste sich vor allem aus den Screenshots und Ausschnitten und ist selten durch eigene Spielerfahrung begründet.

Der gesellschaftliche Diskurs über die Wirkung dieser Gewalt auf die Spieler hat sich in den letzten Jahren

jedoch sehr abgekühlt. Dies nicht etwa, weil der Streit beendet wäre – noch immer gibt es regelmäßig Studien über die Wirkung oder Wirkungslosigkeit von Gewaltdarstellungen in Computerspielen –, sondern weil die gesellschaftliche Sorge insgesamt nachgelassen hat. Trotz immer krasserer Mediengewalt nimmt die echte Gewalt unter Jugendlichen nicht zu, sondern tendenziell ab, trotz immenser Verkaufserfolge von „Shootern“ bleiben Amokläufe bedauerliche Einzelfälle. Die Zusammenhänge zwischen gewalthaltigen Computerspielen, gemeint ist hier die Darstellung von Gewalt auf dem Bildschirm, und tatsächlicher Gewaltausübung durch die Spieler außerhalb der Spielwelt bleiben komplex und sind keineswegs in einem einfachen Ursache-Wirkungsprinzip zu sehen. Faktoren wie genetische Einflüsse, aggressive Persönlichkeitsmerkmale, Fähigkeiten der Selbstkontrolle oder Missbrauchsbiographien spielen bei Gewaltdelikten durch Jugendliche eine deutlich größere Rolle als gewalthaltige Fernsehhalte oder Videospiele.<sup>7</sup> Das ist wenig überraschend angesichts der Tatsache, dass auch Boxer, Sportschützen oder Footballer ihre Kompetenzen nicht außer-

.....

7 Christopher J. Ferguson/John Kilburn: Much Ado About Nothing: The Miscalculation and Overinterpretation of Violent Video Game Effects in Eastern and Western Nations: Comment on Anderson et al. In: Psychological Bulletin Vol. 136, Nr. 2, (2010), S. 174–178.

.....  
6 Vgl. <http://vgchartz.com> [Stand: 01.12.2015].

halb ihrer jeweiligen Spielwelten einsetzen. Menschen können schon in jüngsten Jahren den magischen Kreis der Spielwelt von ihrer übrigen Lebenswelt unterscheiden und spielerische von nicht-spielerischer Gewalt trennen.<sup>8</sup>

Aber auch unterhalb dieser Spirale audiovisueller Überbietung, befürchteter Wirkung und konstatiertes Wirkungslosigkeit auf die Spieler bleibt die Beobachtung, dass sehr viele Spiele gewalthaltige Konfliktlösungen anbieten. Kaum ein erfolgreiches Action-Adventure kommt ohne Waffen aus, und auch die oben erwähnten Aufbau- und Strategiespiele simulieren überwiegend Kriegs- und Kampfszenarien, die meisten Jump'n'Run-Spiele haben Gegnertypen, die nur mit Waffeneinsatz überwunden werden können oder zumindest durch schwere Objekte, die auf sie geworfen werden. Woher kommt also diese ganze, wenngleich immer spielerische und oft comichaft überzeichnete Gewalt?

Der Grund hierfür ist nicht nur eine historischer – weil Spiele das immer schon gemacht haben – sondern auch ein technischer, hierin folge ich der Argumentation von Chris Franklin.<sup>9</sup> Computerspiele sind künstlerische Simulationen realer oder fiktiver Welten, es sind regelbasierte Systeme, wobei die Einhaltung der Regeln von einem Computer sicher gestellt wird und damit dessen technischen Einschränkungen unterliegen. Computer sind hervorragend geeignet, Daten in Form von Zahlen miteinander zu vergleichen und zu verrechnen. Deutlich schlechter eignen sie sich für die Bewertung kreativer Entscheidungen, für anregende Unterhaltungen oder für darstellende Imitations-Spiele. Die grafische Repräsentation von Zahlen erfolgt am einfachsten in Form von Tabellen oder als räumliche Koordinaten. Da tabellenbasierte Spiele wie „Fußball-Manager“ (Bright Future, 2001–2013) oder „Crusader Kings 2“ (Paradox Interactive, 2012) sowohl im Zugang als auch im Gameplay außerordentlich spröde sind, basiert die Mehrzahl aller Computerspiele auf einer Bewältigung raumbezogener Probleme. Menschen haben in ihrer Umwelt viele Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten, in computergesteuerten Umgebungen hingegen sind diese Optionen deutlich eingeschränkter. Die zentralen Regeln der meisten grafischen Computerspiele ist daher die Abfrage der Identität von Objekt-Koordinaten, die als Kollision registriert wird: Landet die Spielfigur auf der Plattform oder daneben?, fährt das

Rennauto auf der Straße oder gegen die Streckenbegrenzung?, ist das Feld frei oder bereits besetzt? Und: Trifft ein Schuss, Schlag oder Tritt sein Ziel oder daneben?

Nun ist die Feststellung, dass Regelsysteme von Computerspielen vor allem auf Kollisionsabfragen von Spielobjekten basieren, für die Werkinterpretation so wenig aussagekräftig wie die Beobachtung, dass Filme vor allem eine schnelle Abfolge von Bildern sind. Dennoch erklärt sie die Tendenz vieler Spiele, ihre Herausforderungen in Form von Kollision zu lösen. „*It reminds me of that moment from a few years back when Cliff Bleszinski admitted that the real reason so many games revolve around shooting is that shooting is one of the only interactions games can really nail at present.*“<sup>10</sup> Dem wäre hinzuzufügen, dass sich inzwischen eine zweite Interaktionsform in 3D-Räumen etabliert hat: die Exploration, bei der eingebettete Geschichten entdeckt, rekonstruiert und erfahren werden. So atmosphärisch beeindruckend diese Exploration Games auch sind, aus spielerischer Sicht überzeugen sie nur selten, und werden daher auch etwas verächtlich als „Walking Simulator“ oder „Not-Games“ bezeichnet, um sie von den üblichen, kollisionsreicheren Spielerfahrungen mit komplexerem Regelwerk abzugrenzen.

Zusammenfassend lässt sich in diesem Abschnitt festhalten, dass viele Spiele, aber längst nicht alle, gewalthaltige Handlungsoptionen anbieten, die im Rahmen des Spielverlaufs aber nicht die gleiche Funktion haben wie Gewalt in nicht-interaktiven Erzählungen. Vielmehr geht es um spielerische Herausforderungen in virtuellen Räumen, die Gewalt ist dabei eine Visualisierung des Entfernens gegnerischer Spielfiguren. Natürlich geht es auch um den erhöhten Verkaufswert, den martialische Bilder mit sich führen, aber hierin unterscheiden sich Spiele nicht von anderen Unterhaltungsmedien. Bei normaldisponierten Spielern, die sich in einem den Medieninhalten angemessenen Alter befinden, ist keinesfalls zu befürchten, dass gespielte Gewalt auf Verhalten oder Einstellung gegenüber echter Gewalt abfärbt, weil bei einem mündigen Mediennutzer beide Lebensbereiche klar voneinander getrennt werden können.

8 Dietrich Dörner: „Killerspiele“ und Gewalt, 2010, S. 15f., vgl. <https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/ba2dp4/PDF/Killerspiele.pdf> [Stand: 27.11.2015].

9 Chris Franklin: Violence In Games, 2012; vgl. [https://www.youtube.com/watch?v=wSBn77\\_h\\_6Q](https://www.youtube.com/watch?v=wSBn77_h_6Q) [Stand: 27.11.2015].

10 Christian Donlan: Touch the future: meet the games embracing the material world, (2014), vgl. <http://www.eurogamer.net/articles/2014-10-04-touch-the-future-meet-the-games-embracing-the-material-world> [Stand: 27.11.2015].



Screenshot aus dem Spiel „Call of Duty“  
Bild: Popular Communication GmbH

### Historische Darstellung in Computerspielen

Nach diesen Vorarbeiten können wir nun die Frage nach den Geschichts- und Gesellschaftsbildern in Computerspielen untersuchen. Neben fiktiven Themen, die sich narrativ an den gängigen Genres orientieren – Fantasy, Science-Fiction, Horror, Western, Abenteuer etc. – sind historische Settings sehr beliebt, weil sie zahlreiche Referenzen aufrufen, die im Spiel nicht weiter erläutert werden müssen. Das Interesse der Computerspiel-Designer an Geschichte galt lange Zeit den Geschichten, mit denen sie die Spielmechaniken narrativ kontextualisieren und audiovisuell präsentieren konnten.

Wie im vorangehenden Abschnitt begründet, bevorzugen auch historisierende Computerspiele als Themenschwerpunkte die großen und kleinen Konflikte. Die aus historischer Sicht verhältnismäßig kurze Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ist neben allen anderen Mediengattungen auch im Computerspiel sehr präsent, beginnend von den ersten Kontakten mit Europäischen Conquistatoren (*American Conquest*, cdv 2002), der Unabhängigkeitserklärung (*Birth of America*, Ageod 2006), dem Bürgerkrieg (*Sid Meier's Gettysburg!*, EA 1997), der konfliktreichen Besiedlung des Westens (*Red Dead Revolver*, Rockstar 2004), den Gangs der 1920er Jahre (*Gangsters*, Eidos 1998), dem Zweiten Weltkrieg (*Call of Duty*, Activision 2003 u.v.m.), dem Kennedy-Attentat

(*JFK Reloaded*, Traffic Games 2004), dem Vietnam-Krieg (*Shellshock Nam '67*, Eidos 2004), dem ersten (*Conflict Desert Storm*, SCi 2003) und zweiten Irakkrieg (*Six Days in Fallujah*, Atomic Games). Insbesondere das letzte Spiel verdeutlicht die kontroverse Wahrnehmung von Computerspielen als historiographisches Medium: Im Gegensatz zu zahllosen „Military-Shootern“ wollte der Entwickler Atomic Games den US-amerikanischen Angriff auf Falludscha im Jahr 2004 als realistisches und damit auch als kriegskritisches Ereignis darstellen und erlebbar machen. Unterstützt wurde die Entwicklung von zahlreichen Kriegsveteranen, die in Interviews ihre persönlichen Erfahrungen aus dem Kriegsgebiet in den Spielverlauf einfließen ließen und damit den Rahmen dessen zu erweitern suchten, was Computerspiele medial verarbeiten können. Das Spiel wurde jedoch bis heute nicht veröffentlicht, aus Sorge des japanischen Publishers Konami, dass ein Spiel nicht das geeignete Medium sei, um Geschichte dokumentarisch aufzubereiten.

Historische Themen in Computerspielen entwickeln sich in aller Regel um Kämpfe und Kriege. Damit stehen sie freilich nicht allein: Die Darstellung von Geschichte als Abfolge großer Schlachten ist der Geschichtsdidaktik keineswegs fremd, prägte sie doch für lange Zeit den Geschichtsunterricht, der mit Merksätzen wie „Drei – drei – drei, bei Issos Keilerei“ historische Vorstellungen



ganzer Schüलगenerationen formte. Inzwischen wird im Schulunterricht verstärkt auf kultur- und gesellschaftshistorische Entwicklungen eingegangen, ein Weg, den Computerspiele seit einigen Jahren ebenfalls beschreiten. Der Grund ist unter anderem ein technischer: Moderne Spielplattformen können viel detailliertere und größere Welten darstellen als noch vor einem Jahrzehnt und so die Exploration des Spielraums zu einem zentralen Bestandteil des Spielerlebnisses formen. Daher sind auch nicht die aufgeführten oder die emergenten, sondern vor allem die evozierten und eingebetteten Geschichten entscheidend für eine Betrachtung des Geschichts- und Gesellschaftsbilds eines Computerspiels.

Die grundlegenden Herausforderungen historischer Darstellungen in Computerspielen sollen im Folgenden entlang der Spielreihe *Assassin's Creed* (Ubisoft, seit 2007), speziell des siebten Teils *Unity* (Ubisoft, 2014) kritisch diskutiert werden, wobei diese Spiele exemplarisch für den Versuch stehen, historische Settings in primär unter ökonomischen Gesichtspunkten produzierten Computerspielen zu thematisieren. In der Analyse teilt sich die Frage nach historischer Genauigkeit in Fragen nach der audiovisuellen Darstellung, der aufgeführten, eingebetteten und evozierten Narrationen, der Handlungsmotive der Figuren, immer mit Blick auf den Spielcharakter des Werks und die ökonomischen Notwendigkeiten der Medienproduktion, die sich an den Erwartungshaltungen der Zielgruppe ausrichtet.

Die 3D-Action-Adventures der Reihe *Assassin's Creed* sind in unterschiedlichen Epochen angesiedelt, in denen sie ihre Spieler historische Ereignisse an zentralen Orten mit berühmten Figuren erleben lassen. Die Rahmenhandlung der Reihe bezieht sich auf einen fiktiven Kampf zwischen den Geheimbänden der Tempelritter und der Assassinen, der seit Jahrhunderten die Weltgeschichte begleitet und von den einzelnen Spielen in den Kreuzzügen, der Renaissance, des Osmanischen Reichs, der europäischen Kolonialzeit in der Karibik, der Amerikanischen und Französischen Revolution und in Arbeiterkämpfen der Industrialisierung verortet wird. Weitere veröffentlichte und geplante Episoden handeln vom indischen Reich der Sikh im Krieg mit der *East India Company* oder im zaristischen Russland zur Zeit der Oktoberrevolution. Dadurch, dass die Settings in zentralen Konflikten der Weltgeschichte eingebettet sind, werden die zahlreichen Kampfscenen narrativ motiviert und das Gameplay kann sich auf die im zweiten Abschnitt erwähnten Konfliktaustragungs- aber auch Erkundungsformen konzentrieren.

Während für eine historische Analyse die Verschwörungsgeschichte der Rahmenhandlung getrost vernachlässigt werden kann, gründet der Ruf und der Ehrgeiz der Entwickler auf den möglichst akkuraten Nachbildungen der jeweiligen Epochen. Nicht die erzählte Spielhandlung ist daher zu betrachten, sondern die evozierte und eingebettete Narration. Historische Städte, darunter London, Rom, Florenz, Nassau, Paris, Damaskus, Konstantinopel, Jerusalem, Havana, werden architektonisch, stilistisch und atmosphärisch mit Unterstützung von Historikern detailliert nachempfunden, jeweils im Rahmen der technischen Möglichkeiten, wodurch die Spieler während des Spiels einen umfassenden Eindruck von den historischen Bedingungen bekommen. In zahlreichen Bildersammlungen dokumentieren Fans der Serie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den echten Schauplätzen, sofern noch erhalten, und den virtuellen Rekonstruktionen. Zusätzlich enthält jedes Spiel eine historische Datenbank mit Fakten zu den Orten, Personen und Ereignissen, die für den Kontext des Spiels relevant sind.

Angesichts vieler Fehler und Ungenauigkeiten, historischer Auslassungen und Anachronismen ist es zu einfach, lediglich die Schwächen der Darstellung zu betonen. Die Referenz ist dabei nicht eine „objektive Geschichte“, das, was „wirklich passiert ist“, sondern die aktuelle Rekonstruktion durch die historiographische Forschung.<sup>11</sup>

Stets muss auch der Kompromiss zwischen historischer Korrektheit und spielerischer Notwendigkeit beachtet werden. In seiner Analyse des Spiels *Assassin's Creed Unity* (im weiteren Verlauf ACU) weist der Historiker David Address darauf hin, dass im Vergleich zur Darstellung im Spiel das Paris des 18. Jahrhunderts deutlich dunkler und schmutziger war, mit engeren Straßen und höheren Gebäuden.<sup>12</sup> Das Paris in ACU ist hingegen offener mit gut begehbaren Wegen, die ein flüssigeres Gameplay in einem frei navigierbaren Raum ermöglichen. Die Straßen des historischen Paris' waren gefüllt mit aggressiven Kutschenfahrern und Verkehrsstaus, worauf wiederum zu Gunsten der Spielbarkeit vollständig verzichtet wurde. Auf der anderen Seite war Paris deutlich kommunaler, und Fremden, die durch die Viertel und Hinterhöfe spazierten, wäre misstrauischer begegnet worden. Paris in ACU wirkt

11 Nicolas Trépanier: *The Assassin's Perspective: Teaching History with Video Games*, 2014, vgl. <https://www.historians.org/publications-and-directories/perspectives-on-history/may-2014/the-assassin%E2%80%99s-perspective> [Stand: 27.11.2015]

12 Bob Whitaker/ David Address: *History Respawned: Assassin's Creed Unity* (2015), vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=r47yZiYBUzc> [Stand: 27.11.2015].

viel stärker wie ein moderner, anonymer, urbaner Raum mit historisierender Kulisse als eine korrekte historische Darstellung. Aber eben dies unterscheidet eine künstlerische Simulation von einer realistischen, dass bestimmte Merkmale hervorgehoben werden und auf andere verzichtet wird. In einer Welt mit korrektem Städtebau und realistischem Verhalten der Bevölkerung wäre eine Helden-geschichte wie ACU kaum spielbar, sodass die Entwickler sich im Leveldesign auf zentrale Plätze und die Architekturen einzelner Gebäude konzentriert haben und die Revolutionsgeschichte über historische Figuren, eingebettete Geschichten und kleinere und größere Ereignisse auf-führen, wobei Ubisofts Haushistoriker Maxime Durand besonderen Wert auf die dokumentierte Folklore, Mythen und Legenden legte.<sup>13</sup>

Während das Paris der Revolutionszeit in ACU insbesondere bei den bekannten Gebäuden architektonisch und atmosphärisch als gut getroffen gilt,<sup>14</sup> wird von Kritikern der antirevolutionäre Impetus des Spiels erwähnt, der sich sowohl in der Narration als auch im thematischen Setting findet. Während der Spieler zahlreiche Missionen zu erfüllen hat, die den Revolutionszielen entgegenstehen, werden die Schrecken der Tribunalzeit, die Gewaltexzesse und Hinrichtungen unter Zustimmung der Bevölkerung und die Herrschaft von Robespierre als Konsequenz einer Verschwörung der Templer inszeniert und die Revolution damit als notwendig zum Scheitern verurteilt dargestellt: „*And once you put a conspiracy theory at the heart of the revolution, you are essentially doomed to start to say things that sound counter-revolutionary because those two things have been together for the past two hundred and twenty years.*“<sup>15</sup>

Dies mag ein harsches Urteil für das Geschichtsbild des Spiels sein, es muss aber im Kontext des Werks und des Mediums gesehen werden. Zum einen stellt ACU gar nicht den Anspruch, eine Rekonstruktion der Französischen Revolution und ihrer sozialen, politischen und historischen Komplexität zu sein. Als künstlerische Fiktion orientiert es sich weniger an Historikerwerken wie Jules Michelets „Geschichte der Französischen Revolution“ als an historischen Romanen wie Emma Orczys „Scarlett Pimpernell“

oder Charles Dickens „Geschichte zweier Städte“, deren Autoren ebenfalls mehr auf die Brutalität und Schrecken des Mobs und der Guillotine eingehen als auf die soziokulturellen Umstände der Revolutionsdynamik.

Historische Spiele wie Assassin's Creed sind weniger als Geschichtslehrgang zu würdigen, sondern vielmehr als Ausgangspunkt, an dem ein eigenes Interesse für historische Themen beginnt. Es ist ein großer Unterschied, von der Renaissance, dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der Französischen Revolution oder den Arbeiterkämpfen nur zu lesen oder – zugespitzt formuliert – zumindest als Spielerin oder Spieler dabei gewesen zu sein. Niemand geht davon aus, in einem kommerziellen Unterhaltungsprodukt die historisch exakte Repräsentation einer Epoche zu finden, sei es in Büchern, in Filmen oder in Spielen. Oder wie der Historiker Nicolas Trépanier es ausdrückt: „*In other words, Assassin's Creed is the best kind of history book: one that doesn't simply dole out facts and figures for the reader to memorize, but instead invites them into its world to poke and prod at the nuances of doubt and obscurity.*“<sup>16</sup> (Diese Aussage lässt sich auf zahlreiche historisierende Computerspiele übertragen. Eine kritische Analyse ist notwendig, aber das gilt für alle Medien, in denen explizite oder implizite Aussagen über historische Gesellschaftsformationen getroffen werden. Die Chance, eigene Erkundungen in simulierten historischen Schauplätzen anzustellen, bieten nur interaktive Medien, wobei Computerspiele ein idealer Einstieg sein können. ■

13 Matt Kamen: Assassin's Creed historian on merging the past with fiction (2014), <http://www.wired.co.uk/news/archive/2014-10/23/assassins-creed-unity-interview-maxime-durand> [Stand: 27.11.2015]

14 Vgl. z.B. Lucy O'Brien: Assassin's Creed Unity Is Dark, Bloody, Beautiful (2004), vgl. <http://ca.ign.com/articles/2014/10/06/assassins-creed-unity-is-dark-bloody-beautiful> [Stand: 27.11.2015].

15 Vgl. Andress in Whitaker (wie Anm. 12).

16 Vgl. Anm. 11.

# Das deutsch-italienische Anwerbeabkommen vom 20. Dezember 1955

Mythos und Akt europäischer Solidarität zugleich

Von Heike Knortz



Handschlag des Bundesarbeitsministers Anton Storch (links) und des italienischen Außenministers Gaetano Martino nach der Unterzeichnung eines neuen Vertrags über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik, Rom 1955

Foto: SZ Photo



## Der Mythos<sup>1</sup>

Der Abschluss zwischenstaatlicher Anwerbevereinbarungen und die daraus resultierende Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch die Bundesregierungen von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 gilt nicht selten auch in Fachkreisen noch immer als eine aus den Bedürfnissen der westdeutschen Industrie resultierende Arbeitsmarktpolitik. Nach wie vor findet sich die zum Allgemeingut gewordene, mit archivischen Quellen und zeitgenössischer Literatur jedoch nicht belegbare Annahme aktiver, von der Bundesrepublik initiiertes Anwerbepolitik deshalb auch in Fachliteratur jüngerer Datums. Erst langsam konnte sich deshalb in der Forschung die diese Auslegung zunächst nur partiell korrigierende Ansicht durchsetzen, die Anwerbeabkommen seien daneben *auch* infolge außenpolitischer Belange zustande gekommen.<sup>2</sup>

Die systematische Sichtung nicht nur der Akten des Bundesarbeits- und Bundeswirtschaftsministeriums, sondern auch des Auswärtigen Amtes auf zwischenzeitlich wesentlich verbreiteter Quellenbasis zeigt demgegenüber jedoch eine andere Realität. Demnach ging die Initiative zum Abschluss des deutsch-italienischen sowie aller weiteren Anwerbeabkommen und damit die Ende 1955 offiziell begonnene Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte weder von der Bundesrepublik aus, noch folgte sie originär arbeitsmarktpolitischen Erwägungen. Zwar nahm die westdeutsche Industrie im Zeichen des seit Beginn der 1960er Jahre vollbeschäftigten Arbeitsmarktes die zusätzlichen Arbeitskräfte in rapide steigender Zahl auf, aber es waren ausländische Regierungen, die an bundesdeutsche Ministerien mit der Bitte um Beschäftigung ihrer Staatsbürger herantraten. Im Fall Italiens hatte es sich noch überwiegend um außenwirtschaftliche und europapolitische Motive gehandelt, die zum Abschluss der deutsch-italienischen Regierungsvereinbarung führten. Die folgenden Anwerbevereinbarungen allerdings waren dann sehr viel deutlicher Ergebnis klassischer Außenpolitik, bei der die bundesdeutschen Bemühungen um einen potenziellen NATO-Partner oder um Entspannung im

Ost-West-Verhältnis die entscheidende Rolle spielten. Außenpolitische Belange entschieden so auch über die äußere Form, wie der Fall der nur durch Notenwechsel zustande gekommenen Vermittlungsvereinbarung mit der Türkei zeigt.<sup>3</sup>

Im Folgenden sollen Vorgeschichte und Zustandekommen der am 20. Dezember 1955 in Rom unterzeichneten „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland“<sup>4</sup> skizziert werden, einschließlich der einschlägigen Diskussionen innerhalb der Bundesregierung sowie der Standpunkte der Tarifpartner auf Basis regierungsamtlichen Schriftguts. Um die initiierte Rolle der italienischen Regierung nachvollziehen zu können, müssen dafür zunächst die wirtschaftliche Situation Italiens nach 1945 sowie das seinerzeitige europäische Währungsregime dargestellt werden. Dabei wird auch ein Blick auf die vorangegangenen italienischen diplomatischen Bemühungen geworfen, italienische Staatsbürger als Arbeitsmigranten in andere Länder reisen zu lassen. Abschließend wird gezeigt, warum die deutsch-italienische Anwerbevereinbarung als außenpolitischer Akt europäischer Solidarität interpretiert werden muss.

## Der sozio-ökonomische Hintergrund: Devisenmangel und Arbeitskräfteüberschuss in Italien, fehlende Konvertibilität der Währungen in Europa

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte Italien noch immer ein semi-agrarisches Land dar, mit knapp 50 Prozent in der Landwirtschaft Erwerbstätigen und ohne nennenswerte eigene Rohstoffvorkommen. Insgesamt bedurfte die italienische Wirtschaft dringend einer über den Wiederaufbau hinausgehenden Modernisierung. Eine wie auch immer geartete Modernisierung setzte neben ausländischem Kapital eine Ausweitung der Importe voraus; außerdem war der italienische Binnenmarkt zu klein, um einen eigenständigen Entwicklungsprozess zum Tragen kommen zu lassen.<sup>5</sup> Die für Wirtschaft und Politik

1 Zu Fehlschlüssen und Mythenbildungen der Migrationsforschung vgl. auch Johannes-Dieter Steinert: Arbeit in Westdeutschland: Die Wanderungsvereinbarungen mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei und der Beginn der organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 197–209, hier S. 197f; sowie zuletzt: Mythen über die ersten „Gastarbeiter“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.09.2015.

2 Vgl. Johannes-Dieter Steinert: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995; sowie beispielsweise auch: Karolina Novinščak: Auf den Spuren von Brandts Ostpolitik und Titos Sonderweg: deutsch-jugoslawische Migrationsbeziehungen in den 1960er und 1970er Jahren, in: Jochen Oltmer; Axel Kreienbrink, Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012, S. 133–148 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 104).

3 Vgl. hierzu insgesamt: Heike Knortz: Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln/Weimar/Wien 2008.

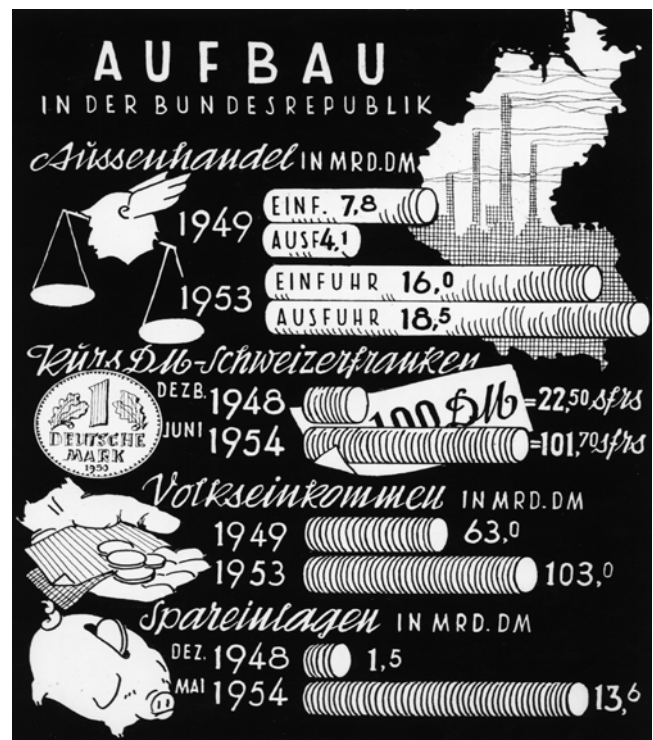
4 Vgl. Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesanzeiger, 8 (1956), Nr. 11, S. 1–4.

5 Vgl. Michele Salvati: Economia e politica in Italia dal dopoguerra a oggi, Milano 1984, S. 13–25; Gioachino Fraenkel: Die italienische Wirtschaftspolitik zwischen Politik und Wirtschaft, Berlin 1991, S. 106 (= Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 414).

Verantwortlichen entschieden sich in dieser Situation früh für eine möglichst weitgehende außenwirtschaftliche Öffnung in Richtung Europa. Dies mündete zunächst in der Teilnahme Italiens am *European Recovery Program* (ERP), damit auch an der die Marshallplan-Hilfe koordinierenden *Organization for European Economic Cooperation* (OEEC) sowie später der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>6</sup>

Ein grundlegendes Problem bei der außenwirtschaftlichen Öffnung Italiens stellte die bis 1958 fehlende Konvertibilität aller europäischen Währungen dar. Eine Währung ist immer dann konvertibel, wenn sie unbegrenzt in andere Währungen umgetauscht und in das Ausland transferiert werden kann. Da den europäischen Ländern zu jener Zeit noch die Devisenpolster fehlten, um die Konvertibilität zu garantieren, stellten die Währungen reine Binnenwährungen dar. Einzig die US-amerikanische Währung wurde von allen Ländern akzeptiert; allerdings war der Dollar durch die unterbrochenen transatlantischen Handelsströme nach 1945 in nicht ausreichendem Maße in Europa vorhanden („Dollar-Lücke“). Unter diesen Bedingungen musste der Zahlungsausgleich durch bilaterale Handelsverträge, die den Außenhandel quasi zu Naturaltausch degradierten, ersetzt werden. Solche Handelsgeschäfte der Regierungen erfordern individuelle Verträge mit jedem Handelspartner und einen zwischen den jeweiligen Handelspartnern wertmäßig weitestgehend ausgeglichenen Handel. „Jedes Land kann mittelfristig nur so viel aus einem anderen Land beziehen, wie es dort abzusetzen vermag. Nun sind aber die wechselseitigen Bedürfnisse zweier Länder einander nicht notwendigerweise quantitativ gleich. [...] Da die Differenzen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt mit Geld ausgeglichen werden können, bleibt der internationale Handel hinter den Bedürfnissen zurück.“<sup>7</sup>

Mit der seit 1950 arbeitenden Europäischen Zahlungsunion (EZU) einigten sich die Mitgliedsländer der OEEC<sup>8</sup> deshalb auf eine multilaterale Verrechnung der Handelsbilanzsalden auf Dollar-Basis und den Ausgleich temporärer Defizite über streng limitierte Kredite. Das Land, das bei der Verrechnung („*Clearing*“) ein Handelsbilanzdefizit auf-



Eine Graphik zur volkswirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik verkündet Optimismus, 13. August 1954.  
Foto: ullstein bild

wies, erhielt einen Kredit von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Allerdings wurden die Kredite mit Auflagen verbunden, was im Hinblick auf den Außensaldo disziplinieren sollte: Mit jeder Kredittranche wuchs die Verpflichtung zur Rückzahlung in Gold oder Dollar, welche ausdrücklich durch den Export erwirtschaftet worden sein mussten. Bei den Gläubigern kam es zu gegensätzlichen Verpflichtungen, das heißt, dass die EZU auch in Ländern mit Handelsüberschuss Maßnahmen zur Überwindung der Zahlungsbilanzungleichgewichte erzwang. Für den Wiederaufbau Europas, die Rekonstruktion der europäischen Arbeitsteilung, musste nämlich unbedingt vermieden werden, dass ein Land ausschließlich Waren importiert, während ein anderes Land im Gegenzug ausschließlich Devisen hortet. In der Folge nahm der innereuropäische Handel schnell zu und mit ihm die für eine Konvertibilität unabdingbaren Währungsreserven der Zentralbanken. Der Übergang zur freien Konvertierbarkeit der Währungen, der mit der Auflösung der EZU verbunden war, erfolgte im Jahr 1958.<sup>9</sup>

Neben Devisenmangel und fehlender Konvertibilität sahen sich die italienischen Regierungen schließlich auch noch mit einem rapiden Bevölkerungswachstum konfron-

6 Vgl. hierzu insgesamt: Augusto Graziani: *L'economia italiana dal 1945 a oggi*, Bologna 1979, S. 13–74; Ennio Di Nolfo: *Das Problem der europäischen Einigung als ein Aspekt der italienischen Außenpolitik 1945–1954*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 28 (1980), S. 145–167.

7 Volker Hentschel: *Die Europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisen Krisen 1950/51*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), S. 715–758, hier S. 719 f.

8 Gründungsmitglieder der OEEC waren Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande, Portugal, das Vereinigte Königreich, Schweden, die Schweiz sowie die Bundesrepublik Deutschland.

9 Vgl. hierzu insgesamt: Barry Eichengreen: *Reconstructing Europe's Trade and Payments. The European Payments Union*, O.O. 1993; sowie: Hentschel (wie Anm. 7).

tiert. Die Volkszählung von 1871 hatte 27,4 Mio. Einwohner registriert, deren Zahl sich 1911 bereits auf 35,4 Mio. und 1951 sogar auf 46,7 Mio. belief.<sup>10</sup> Allein die italienische Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wuchs nach 1945 jährlich um 300.000 Personen ausschließlich durch das natürliche Bevölkerungswachstum, hinzu kamen Rückkehrer aus den abgetretenen Kolonien. Erste belastbare Statistiken wiesen unter diesen Bedingungen Ende des Jahres 1946 zwei Millionen registrierte Arbeitslose aus; hinzu kam eine kaum zu beziffernde verdeckte Arbeitslosigkeit, die allein in der norditalienischen Industrie auf mehr als eine Million Arbeitskräfte geschätzt wurde, sowie eine nicht unerhebliche Unterbeschäftigung im Bereich der Landwirtschaft, die die Arbeitslosenquote von ca. zehn Prozent durchgehend zu erhöhen drohte.<sup>11</sup> Bereits die Zeitgenossen sprachen deshalb von einem „Bevölkerungsüberschuss“ oder präziser von einem „Arbeitskräfteüberschuss“. Ein Arbeitskräfteüberschuss bestand laut OEEC, wenn ein Land in den folgenden Jahren nicht in der Lage sein würde, einem beträchtlichen Teil seiner Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten zur Sicherung seines Auskommens anzubieten.<sup>12</sup> Was lag nun für ein Land mit einem solchen Arbeitskräfteüberschuss angesichts strukturellen Devisenmangels sowie zeitgleich erhöhtem Importbedarf näher als der ‚Export‘ von Arbeit? Immerhin konnte mit Arbeitsmigration die Arbeitslosigkeit verringert und durch die Heimatüberweisungen der Migranten sogar noch eine Entlastung der Leistungsbilanz (vgl. Schaubild) erzielt werden.

So bald wie möglich bemühten sich die italienischen Regierungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit deshalb, die Emigration von Arbeitskräften durch zwischenstaatliche Abkommen überhaupt wieder in nennenswertem Umfang zu ermöglichen sowie die Voraussetzungen für eine zeitnahe Abwicklung der Heimatüberweisungen zu schaffen. So vereinbarten sie mit verschiedensten Ländern zwischen 1946 und 1950 die Rekrutierung von Arbeitskräften, in manchen Fällen sogar die Einwanderung (vgl. Tabelle 1), wobei die Grenzen zwischen Arbeitskräfteanwerbung und Einwanderung flie-

ßend waren. Das wiederum war Folge italienischer Politik, die sich, um eine möglichst große Anzahl von Abkommen schließen zu können, den Wünschen und Vorstellungen der Vertragspartner gegenüber sehr geschmeidig zeigte.<sup>13</sup>

**Tabelle 1: Von Italien geschlossene erste Migrationsabkommen, 1946–1950**

1946		Abkommen/Notenwechsel, betreffend:
?	Österreich*)	?
22.02.	Frankreich	Anwerbung von Bergleuten
23.06.	Belgien	Auswanderung italienischer Bergleute
<b>1947</b>		
16.01.	Großbritannien	Anwerbung von Arbeitern für das Hüttenwesen
10.02.	Tschechoslowakei	Italienische Auswanderung
21.02.	Argentinien	Italienische Auswanderung
19.04.	Schweden	Italienische Auswanderung
<b>1948</b>		
06.04.	Luxemburg	Einwanderung italienischer Landarbeiter
22.06.	Schweiz	Einwanderung italienischer Arbeiter
20.10.	Niederlande	Einwanderung von Bergleuten
<b>1950</b>		
05.07.	Brasilien	Italienische Auswanderung
1950/51	verhandelte Italien zudem mit Australien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Venezuela.	

\*) Die Wiedergesundung Europas. Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der sechzehn Nationen, Teil II: Technische Berichte, Heft 4: Arbeitskräfte, Regierungserklärungen über Wirtschafts- und Finanzreformen, Oberursel (Taurus) 1948, S. 14 (= Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 54).

Quelle: Archives diplomatiques, 7Q0/127. Accords d'émigration stipulés par l'Italie pendant cet après-guerre, S. 99–101; Archives diplomatiques, 193Q0/257. M. Jacques Fouques Duparc, Ambassadeur de France en Italie à Monsieur le Ministre des Affaires Étrangères – Direction des Affaires Administratives et Sociales – 18 janvier 1952, S. 118.

10 Vgl. Guglielmo Tagliacarne: Demographic and Social Development, in: Banco di Roma (Hg.): Review of the Economic Conditions in Italy. Ten Years of Italian Economy 1947–1956, Roma 1957, S. 15–32, hier S. 15.

11 Vgl. Bureau International du Travail: Les Migrations Internationales 1945–1957, Genève 1959, S. 409. (= Études et Documents, Nouvelle série, N° 54); sowie: Comitato interministeriale per la ricostruzione: The Development of Italy's Economic System within the Framework of European Recovery and Cooperation, Roma 1952, S. 7.

12 Vgl. Archives diplomatiques, 7Q0/127. Organisation Européenne de Coopération Économique. Comité de la main-d'œuvre. Rapport sur l'absorption des excédents de main-d'œuvre, Paris, le 15 décembre 1949, S. 10–19, hier S. 14.

13 Vgl. Archives diplomatiques, 7Q0/127. Accords d'émigration stipulés par l'Italie pendant cet après-guerre, S. 99–105, hier S. 101.



### Heimatüberweisungen und Leistungsbilanz

Vor allem wenn Migranten ihren engeren Familienkreis im Herkunftsland zurücklassen, pflegen sie ihre Ersparnisse in die Heimat zur Ernährung ihrer Familienangehörigen zu schicken. Heimat- oder Rücküberweisungen, auch Remissen genannt, können in Form von Geld-, aber auch in Form von Gütertransfers erfolgen. Im Fall nicht konvertierbarer Währungen besteht bei Geldtransfers für die Zentralbank des Aufenthaltslands der Migranten in der Regel das Problem, dass die Ersparnisse vor der Überweisung in die Währung des Herkunftslands umgetauscht werden müssen. Wie sich am folgenden Zahlungsbilanzschema nachvollziehen lässt, müssen die sich in der Übertragungsbilanz des Aufenthaltslands niederschlagenden Heimatüberweisungen dann im Fall von Kapitalknapp-

heit (Kapitalbilanz) und nicht vorhandenen Währungsreserven (Devisenbilanz) durch den Export von Waren oder Dienstleistungen erwirtschaftet werden.

In bestimmten Fällen können Heimatüberweisungen allerdings auch in ausländischer Währung erfolgen, beispielsweise immer dann, wenn das Herkunftsland der Migranten eine bestimmte Sorte für seine Warenimporte benötigt.

Gleichgültig in welcher Form, waren die Heimatüberweisungen seiner Migranten, die als Übertragung einer unentgeltlichen Leistung in der Zahlungsbilanz zu Buche schlagen, für Italien aufgrund seiner Importüberschüsse von höchster Bedeutung: zwischen 1946 und 1957 konnte es immerhin durchschnittlich 4,5 Prozent<sup>\*)</sup> seiner Importe durch die offiziellen Überweisungen seiner Arbeitsmigranten bezahlen.

Schaubild: Vereinfachtes Schema einer Zahlungsbilanz

Teilbilanzen	Soll oder Debet	Haben oder Kredit
<b>A. Leistungsbilanz</b>		
- Handelsbilanz	Wareneinfuhr	Warenausfuhr
- Dienstleistungsbilanz	Dienstleistungsimport	Dienstleistungsexport
- Übertragungsbilanz	Übertragungen (eigene)	Übertragungen (fremde)
<b>B. Kapitalbilanz</b>	Kapitalausfuhr	Kapitaleinfuhr
<b>C. Devisenbilanz</b> (Veränderung der Währungsreserven)	Devisenzufluss	Devisenabfluss

\*) Eigene Berechnung nach: Bureau International du Travail: *Les Migrations Internationales 1945-1957*, Genève 1959, S. 411 (= *Études et Documents, Nouvelle série*, N° 54).

### Die frühe italienische Arbeitsmigration nach Belgien und Frankreich

Weil Italien für den Wiederaufbau seiner Industrie zunächst grundsätzlich auf den Import von Steinkohle angewiesen war und zugleich über zu viele Arbeitskräfte verfügte, schloss es am 23. Juni 1946 ein Anwerbeabkommen mit Belgien. Belgien sicherte Italien in diesem Abkommen als Gegenleistung für im Bergbau unter Tage beschäftigte italienische Arbeitskräfte Kohlelieferungen zu.<sup>14</sup> Weitere Abkommen dieser oder vergleichbarer Art

sollten folgen: „Seit vielen Jahren ist die Überbevölkerung ein brennendes Problem für alle italienischen Regierungen. [...] Da die Lösung dieses Problems keinen Aufschub duldete, in der italienischen Wirtschaft aber in naher Zukunft nicht so viele Arbeitskräfte gebraucht werden, hat die italienische Regierung mit europäischen Staaten in den ersten Monaten des Jahres 1947 Einwanderungsabkommen geschlossen. Die europäischen Staaten suchen in der Hauptsache Arbeiter für die Bergwerke; sie haben sich bereit erklärt, Italien als Gegenleistung eine bestimmte Menge Kohlen zu liefern.“<sup>15</sup> Auch die französische Regie-

14 Vgl. Anne Morelli: *L'appel à la main d'œuvre italienne pour les charbonnages et sa prise en charge à son arrivée en Belgique dans l'immédiat après-Guerre*, in: *Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis/Revue belge d'Histoire contemporaine*, XIX (1988), H. 1-2, S. 83-130, besonders S. 89f.

15 Das italienisch-französische Auswanderungsabkommen, in: *Europa-Archiv*, 2 (1947), S. 653f. hier S. 653.

nung beabsichtigte zu dieser Zeit den Abschluss eines solchen Abkommens mit Italien. Weil Frankreich sowohl Dollar als auch italienische Lire fehlten, um die Ersparnisse italienischer Arbeitsmigranten nach Italien transferieren zu können, schienen nämlich Kohlelieferungen der einzige Ausweg.<sup>16</sup>

Italienische Arbeitsuchende waren gleich 1945 spontan, das heißt, bis zum ersten Abkommen vom Februar 1946 ohne völkerrechtliche Regelung nach Frankreich gewandert. Im Zeichen von Dollar-Lücke und nicht konvertierbaren europäischen Währungen mussten ihre Heimatüberweisungen spätestens zu dem Zeitpunkt zu einer Belastung für die französische Devisen- und damit Zahlungsbilanz werden, als auch Frankreichs Handelsbilanz ein Defizit gegenüber Italien aufwies. Frankreich befand sich schnell in diesem Dilemma (vgl. Tabelle 2), das ohnehin stark auf US-amerikanische Kredite angewiesen blieb.

**Tabelle 2: Französischer Außenbeitrag gegenüber Italien und Heimatüberweisungen der Migranten nach Italien, 1948–1950 (in Mio. Lire)**

	Außenbeitrag (Exporte – Importe)	Heimatüberweisungen
1948	-10.352	-6.325
1949	-10.460	-7.921
1950	-18.016	-5.425

Quelle: Centre des Archives économiques et financières (CAEF), B-0010781/2. Ambassade de France en Italie, l'Attaché financier, 15 juillet 1951. Les paiements franco-italiens en 1950, 15.07.1951.

Die sich problematisch gestaltende Devisenlage Frankreichs veranlasste Italien schließlich, pauschal 14 Mrd. Lire als Entschädigungssumme für Kriegsschäden sowie hieraus folgende weitere 2,6 Mrd. Lire aus Wertsicherungsansprüchen mit der Auflage bereitzustellen, diese für die Heimatüberweisungen der Arbeitsmigranten zu nutzen.<sup>17</sup> Streng genommen entlohnte Italien also seine in Frankreich arbeitenden Landsleute selbst und sorgte damit auch dafür, dass

16 Vgl. Heike Knortz: Gastarbeiter für Europa. Die Wirtschaftsgeschichte der frühen europäischen Migration und Integration, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 88 ff.

17 Vgl. Knortz (wie Anm. 16), S. 104 ff.; sowie insgesamt auch: Pierre Guillen: L'immigration italienne en France après 1945, enjeu dans les relations franco-italiennes, in: Michel Dumoulin, (Hg.): Mouvements et politiques migratoires en Europe depuis 1945: Le cas italien. Actes du colloque de Louvain-la-Neuve des 24 et 25 mai 1989, S. 37–51, Louvain-la-Neuve 1989.

es weiter Waren nach Frankreich exportieren konnte. Auf bilateraler Ebene hatte Italien mit dieser Transferleistung das EZU-System gegenseitiger Hilfe bereits vorweggenommen. Finales Ziel war dabei „die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder im Rahmen der allgemeinen europäischen Zusammenarbeit.“<sup>18</sup> Das weiter stark wachsende französische Außenhandelsdefizit gegenüber Italien mündete schließlich dennoch in einer restriktiveren französischen Außenwirtschaftspolitik zu Lasten Italiens.<sup>19</sup> In einem weiteren Schritt setzte Frankreich, wo zudem noch die Arbeitslosigkeit seit einigen Jahren stark angestiegen war, Ende 1954 die Heimatüberweisungen nach Italien aus.<sup>20</sup> Weil sich die italienische Migration nach Übersee ebenfalls in nur begrenztem Rahmen bewegte und auch italienische diplomatische Initiativen für eine allgemeine Freizügigkeit<sup>21</sup> von Personen in Europa noch nicht zu der angestrebten Massenmigration führten, musste die italienische Administration spätestens jetzt im Rahmen ihrer Europapolitik nach Alternativen suchen, um überschüssige Arbeitskräfte auswandern zu lassen und mit deren Heimatüberweisungen die eigene Zahlungsbilanz entlasten zu können.

**Vorgeschichte und Zustandekommen des deutsch-italienischen „Anwerbeabkommens“**

Im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion war zu diesem Zeitpunkt ohnehin auch die Bundesrepublik gefordert. Im Zuge des Korea-Kriegs (1950–1953) begann die bundesdeutsche Wirtschaft nämlich zu boomen, schlug der ehemals auch hier bedrohliche Devisenmangel in sein Gegenteil, in Devisenzuflüsse um. Jetzt standen also westdeutschen Handelsbilanzüberschüssen umfangreiche Defizite in anderen europäischen Ländern, besonders in Italien, gegenüber. Die durch die Zahlungsunion zwingend notwendigen Anpassungsmaßnahmen ließen diese Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz seit 1952<sup>22</sup> zu einem

18 Vgl. CAEF, B-0010783/2. Ministère des Finances, Direction du Budget N° 4870. Direction des Finances Extérieures, 2 mai 1949. Note pour le Ministre.

19 Vgl. Archives diplomatiques, 193Q0/260. [Télégramme à l'arrivée] S.M. Déchiffrement. Rome, le 10 mai 1952 à 7 heures, N° 359/65, S. 137–140, hier S. 137.

20 Vgl. Guillen (wie Anm. 17), S. 47.

21 Zu diesen italienischen Vorstößen siehe das gesamte Kapitel „Die internationale Gemeinschaft und der italienische Arbeitskräfteüberschuss“ bei Knortz (wie Anm. 16), S. 120–160.

22 Vgl. Francesco Masera: Italy's Balance of Payments in the Post-War Period, in: Banco di Roma (Hg.): Review of the Economic Conditions in Italy. Ten Years of Italian Economy 1947–1956, Roma 1957, S. 165–202, hier S. 177 und 196.



Italiener melden sich beim „Centro di Emigrazione“ in Verona für eine Arbeitsstelle in Deutschland, 1960.  
Foto: SZ Photo/Fotograf: Jenö Kovacs

der Hauptgegenstände der deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen werden. Trotzdem entwickelte sich die italienische Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik bis Anfang 1954 dermaßen defizitär, dass die italienische Seite unter massiven Handlungsdruck geriet und „mit allen Mitteln“ nach einem Ausgleich suchte.

In Anbetracht eines temporären Defizits von fast einer Mrd. US-Dollar wurden in den nun stattfindenden deutsch-italienischen Verhandlungen die Fragen des Imports von Obst, Gemüse und Wein aus Italien sowie einer intensiven Steigerung des Reiseverkehrs nach Italien rasch zu untergeordneten Gesprächsgegenständen. Angesichts der zugleich anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Italien schlugen die italienischen Vertreter der deutschen Delegation deshalb vielmehr die Entsendung von italienischen Arbeitskräften vor, um mit deren D-Mark-Überweisungen das Defizit abzubauen und weiter mit der Bundesrepublik Handel treiben zu können.<sup>23</sup> Die einzige Alternative hierzu hätte für Italien in der Rückkehr zu

23 Vgl. BA Koblenz, B149/22333. Niederschrift der U.Abtteilung II b mit Geschäftszeichen II b 4 – 2472 – vom 14. April 1954.

restriktiver, der europäischen wirtschaftlichen Integration entgegenreifender Handelspolitik bestanden.<sup>24</sup> Nicht zuletzt die Bundesrepublik hätte damit weniger Waren exportieren, folglich weniger Wohlstand schaffen können.

Im Gegensatz zur italienischen Arbeitsmigration nach Frankreich, die infolge französischer Devisenschwäche maßgeblich durch das französische Finanzministerium definiert wurde, konnte in der Bundesrepublik durch den komfortablen Außenhandelsüberschuss das Auswärtige Amt zum bestimmenden Akteur werden. Dieses vertrat die Auffassung, die Frage der italienischen Arbeitsmigration habe ihre Wurzel „in der allgemeinen Problematik der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen [...] und [sei] für die weitere Gestaltung dieses Verhältnisses von massgeblicher [sic!] Bedeutung“.<sup>25</sup> Rückendeckung erhielt

24 Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/548. Der Bundesminister für Arbeit, II b 4 – 2472, vom 25. Juli 1954. Vermerk über die am 2. und 9. Juli 1954 mit dem Handelsattaché der italienischen Botschaft in Bonn, Dr. Morante, stattgefundenen Besprechungen über die Durchführung der deutsch-italienischen Gastarbeitnehmervereinbarung und die Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland.

25 BA Koblenz, B 149/6228. Vermerk des RD Dr. Sicha, Abteilung II, Geschäftszeichen II b 4 – 2472 – vom 7. Januar 1955.



das Auswärtige Amt dabei aus dem Bundeswirtschaftsministerium, das die italienischen Beschäftigungsprobleme als eng mit wirtschaftspolitischen, vor allem aber mit Fragen des Zahlungsverkehrs verknüpft sah.<sup>26</sup> Auch deshalb hatte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard schon 1954 in Mailand und Genf eigenmächtig „die Hereinnahme von 200.000 italienischen Landarbeitern in Aussicht gestellt, als von der Notwendigkeit die Rede war, einen Fehlbetrag im deutsch-italienischen [EZU-]Clearing durch Arbeitseinkommen italienischer Arbeitskräfte zu decken.“<sup>27</sup> Das Bundesarbeitsministerium verhielt sich gegenüber der geplanten Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zumindest zu dem Zeitpunkt noch ablehnend, zu dem in der Bundesrepublik allgemein noch Arbeitslosigkeit herrschte und laufend Flüchtlinge aus der DDR zuwanderten. Dem Bundesminister für Arbeit, Anton Storch, hatte Ludwig Erhard deshalb seinen Standpunkt bereits Anfang Oktober 1954 im Zusammenhang mit der Diskussion um die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften in der westdeutschen Landwirtschaft unmissverständlich dargelegt: „Die anhaltende defizitäre Entwicklung der italienischen Zahlungsposition innerhalb der Europäischen Zahlungsunion, die weitgehend aus dem deutsch-italienischen Verhältnis herrührt, stellt eine starke Gefährdung der gemeinsamen Bestrebungen nach einer immer engeren europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit dar. [...] Echte Möglichkeiten für einen ausschlaggebenden Beitrag zur Bereinigung der italienischen Zahlungssituation sehe ich lediglich noch in der Beschäftigung italienischer Saisonarbeiter.“<sup>28</sup>

Zu den von Erhard auch in der Folge bemühten europäischen Pflichten gehörte neben einer weiteren bundesdeutschen Handelsliberalisierung auch die Beteiligung Italiens an den bevorstehenden deutschen Rüstungsaufträgen,<sup>29</sup> so dass Italien über verstärkte Exporte in den Besitz von D-Mark gelangen konnte. Der bevorstehende Aufbau der Bundeswehr drohte dem zwischenzeitlich sich entspan-

nenden westdeutschen Arbeitsmarkt zudem Arbeitskräfte zu entziehen. Durch den hier wie übrigens zuvor bereits in Frankreich überschätzten Arbeitskräftebedarf<sup>30</sup> ist das deutsch-italienische Anwerbeabkommen 1955 unter erhöhtem außenwirtschaftlichen Druck unterzeichnet worden. Initiative und laufendes Insistieren gingen dabei unzweifelhaft von italienischer Seite aus, die anhaltend mit hoher Arbeitslosigkeit kämpfte und schwere innenpolitische Folgen bis hin zu kommunistischen Umtrieben befürchtete.<sup>31</sup>

Die offiziellen bundesdeutschen Verlautbarungen nach der Unterzeichnung der deutsch-italienischen Vereinbarung über die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte hoben primär die arbeitsmarktpolitischen Vorteile hervor. Demzufolge wurde damit gerechnet, dass künftig Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden und sich damit westdeutsche Konjunktur und Produktion rückläufig entwickeln könnten.<sup>32</sup> Trotz stiller Arbeitsmarktreserven, industrieller Rationalisierungsmaßnahmen sowie des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus der DDR befürchtete die Bundesregierung für 1957 infolge der Wiederbewaffnung Spannungen am Arbeitsmarkt.<sup>33</sup> Derweil ist allerdings auch auf den beabsichtigten Abbau des Handelsbilanzungleichgewichts zwischen den beiden Ländern und den damit verbundenen Vorteil für die Bundesrepublik verwiesen worden, weshalb man sich Italien durch das Abkommen auch weiterhin als verlässlichen Abnehmer deutscher Waren zu sichern glaubte.

### **Bundesdeutsche Arbeitsmarktinteressen vs. europäische Verpflichtungen**

Werden die italienischen Handels- und Zahlungsbilanzprobleme außer Acht gelassen, sprachen die realwirtschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik zunächst noch gegen die Erfüllung europapolitischer, den westdeutschen Arbeitsmarkt zusätzlich belastender Verpflichtungen. So sind beispielsweise von rund 10.000 zusätzlichen Arbeitskräften, die im Januar 1955 zunächst als unbedingt notwendig bezeichnet wurden und deshalb anzuwerben

26 Vgl. BA Koblenz, B 149/6228. Vermerk Abteilung I, Geschäftszeichen Ia 8 – 2359/54II vom 19. Januar 1955.

27 PA Berlin, B 62/54. Ref.: LRI Dr. Lenz, Dr. Oppenheim. Vermerk betr. Beschäftigung von ca. 400.000 italienischen Arbeitnehmern in der BRD vom 20. November 1954.

28 PA Berlin, B 62/54. V C 4 a – 38 072/54, vom 8. Oktober 1954. Abschrift eines Schreibens Ludwig Erhards an den Bundesminister für Arbeit, Herrn Anton Storch.

29 Vgl. PA Berlin, B 62/54. V C 2 b – 816/54. Geheime Aufzeichnung über die Besprechungen mit dem italienischen Haushaltsminister Professor Dr. Ezio Vanoni am 13. und 14. Dezember 1954 im Bundesministerium für Wirtschaft, 15. Dezember 1954.

30 Vgl. Steinert (wie Anm. 2), S. 207; Die überschüssigen Arbeitskräfte in Westeuropa, in: Europa-Archiv 4 (1949), S. 1911–1916.

31 Vgl. hierzu ausführlich: Knortz (wie Anm. 3), S. 67–83.

32 Vgl. BA Koblenz, B 149/6230. Zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte. Das deutsch-italienische Abkommen – Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, in: Bulletin, Nr. 4 vom 6. Januar 1956, S. 27f.

33 Vgl. BA Koblenz, B 149/6230. Referent BVOR Dr. Zöllner i.V., Abteilung II, Geschäftszeichen – IIb4 – 2471 – vom 28. Dezember 1955 an die U.-Abteilung IIa, betr. Deutsch-italienische Vereinbarung über die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte; hier: Unterrichtung der OEEC: Entwurf eines kurzen Vortrags über die Bedeutung und den wesentlichen Inhalt der obigen Vereinbarung.

seien, schließlich nur 208 italienische Landarbeiter tatsächlich angefordert und beschäftigt worden.<sup>34</sup> Gemeinsame Überprüfungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Bauernverbände ergaben allgemein, dass zumindest die veröffentlichten Bedarfszahlen regelmäßig stark überhöht waren und der Arbeitskräftebedarf im Wesentlichen noch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gedeckt werden konnte.<sup>35</sup> Das war auch der Grund, warum westdeutsche Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu dieser Zeit noch generell und einträchtig – mit Ausnahme der bereits jetzt Engpässe an Arbeitskräften beklagenden land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände – ablehnten.<sup>36</sup>

Die Konflikte um bundesdeutsche Arbeitsmarktinteressen, denen das Bundesarbeitsministerium qua Funktion nachzukommen hatte, und europäischen Verpflichtungen, auf deren Einhaltung das Auswärtige Amt zu achten und das Bundeswirtschaftsministerium aus wachstumspolitischen Gründen zu bestehen pflegte, verhinderten im Übrigen von Beginn an eine den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte berücksichtigende arbeitsmarktpolitische Konzeption. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sollte dadurch bis zum Anwerbestopp 1973 gerade nicht von westdeutscher Arbeitsmarktpolitik und auch bald nicht mehr von europapolitischen Notwendigkeiten bestimmt werden, fortan vielmehr ohne wirtschaftliches Konzept den vielfältigsten außenpolitischen Bedürfnissen Westdeutschlands folgen, die sich mit außenwirtschaftlichen allerdings durchaus decken konnten. Unter diesem Vorzeichen standen die folgenden Anwerbevereinbarungen mit dem nicht der EWG angehörenden Spanien, Griechenland, Portugal, Jugoslawien sowie der Türkei in den 1960er Jahren, wobei das Attribut „Anwerbung“ wie im Fall des deutsch-italienischen Abkommens irreführend ist, da die Initiative zu diesen, aber auch ähnlichen Vereinbarungen mit Marokko und Tunesien, ausschließlich vom Ausland ausging.<sup>37</sup>

.....

34 Vgl. BA Koblenz, B 119/3023. Vermerk des Referenten BVR Dr. Reber i.V., Unterabteilung Ia, Ia4 – 5750/5100 – vom 28. September 1955. Betr. Ausländer in Deutschland, Allgemeine Fragen der Arbeitsmarktbeobachtung.

35 Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/548. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Rom, 553-11/Nr. 2194/55, vom 20. Mai 1955. Anforderung italienischer Arbeitskräfte. Bezug: Bericht vom 27.4.55; sowie: Der Bundesminister für Arbeit, Tagebuch-Nr. II b 4 – 2471 – 529/55 an das Auswärtige Amt – Abteilung V – vom 10. Juni 1955. Betr. Hereinnahme italienischer Arbeitskräfte.

36 Vgl. Knortz (wie Anm. 3), S. 73 ff.

37 Vgl. hierzu Knortz (wie Anm. 3) *passim*.



Italienische Arbeitskräfte bei der Ankunft in München, 1959  
Foto: SZ Photo/Fotograf: Jenő Kovacs

### **Arbeitsmigration und Kindergeldzahlungen als Akt europäischer Solidarität**

Die am 20. Dezember 1955 in Rom gegen unterschiedliche innenpolitische Widerstände unterzeichnete Regierungsvereinbarung „über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland“ war entgegen offizieller Verlautbarungen in erster Linie europäischer Solidarität geschuldet. Zur europäischen Komponente dieser Vereinbarung zählte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zunächst einen weiteren Devisentransfer: „Das Neue in dem Abkommen liegt aber vor allem in der Bestimmung über das Kindergeld. Es wird auch bei den Saisonarbeitern gezahlt. Für die kinderreichen italienischen Familien ist es von großer Bedeutung. Man kann es verstehen, daß von italienischer

Seite besonderer Wert darauf gelegt wurde.“<sup>38</sup> Mit dem Hinweis auf die Kindergeldzahlungen informierte die FAZ ihre Leser über ein zum Zeitpunkt der Unterzeichnung noch nicht schriftlich fixiertes Zugeständnis, das von deutscher Seite im Hinblick auf die passive italienische Zahlungsbilanz tatsächlich als „eine ganz konkrete Form der europäischen Solidarität“ interpretiert werden konnte. Vor allem aber traf der Artikel den eigentlichen Kern, indem er die europäische Komponente der Vereinbarung hervorhob, da die Entsendung italienischer Arbeitskräfte nach Deutschland die angestrebte europäische Integration vorantreiben könne.<sup>39</sup> Oder retrospektiv ausgedrückt: „Die Arbeitsmigration war von Anfang an ein europäisches Projekt. Bereits das erste Anwerbeabkommen mit Italien von 1955 berief sich auf den *Geist europäischer Solidarität*“.<sup>40</sup> Tatsächlich ist die deutsch-italienische Vereinbarung eine unmittelbare Folge der europäischen wirtschaftlichen Arbeitsteilung und Integration, die im vorliegenden Fall von westdeutscher Seite weniger einem durchdachten außenpolitischen Kalkül als dem realen Marktgeschehen sowie den Mechanismen der bis dato bereits geschaffenen Institutionen, konkret und besonders der EZU, zu danken war.

Die Beschäftigung italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik konnte sich selbstredend nur entsprechend der dortigen wirtschaftlichen Entwicklung, das heißt also mit zeitlicher Verzögerung – konkret erst in den 1960er Jahren – dynamisch entwickeln. Verständlicherweise waren auch die akuten Handels- und Zahlungsbilanzprobleme Italiens mit der Unterzeichnung der deutsch-italienischen Regierungsvereinbarung nicht sofort lösbar. Dennoch vermochten die Heimatüberweisungen der italienischen Migranten hier Entlastung zu schaffen, was sich in einem – nach dem absoluten Höchststand in den Jahren 1953/54 – zurückgehenden Außenhandelssaldo Italiens gegenüber Westdeutschland bei seit 1960 stark steigenden Importen aus der Bundesrepublik zeigt (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3: Entwicklung des italienischen Außenhandels mit der Bundesrepublik, 1948–1973 (in Mio. DM)**

Jahr	Exporte nach BRD	Importe aus BRD	Italienisches Außenhandelssaldo
1948	68	69	-1
1949	318	217	101
1950	507	486	21
1951	549	674	-125
1952	643	632	11
1953	744	1.240	-496
1954	843	1.341	-498
1955	1.044	1.434	-390
1956	1.223	1.656	-433
1957	1.553	2.000	-447
1958	1.698	1.853	-155
1959	2.182	2.202	-20
1960	2.631	2.847	-216
1961	3.043	3.385	-342
1962	3.735	4.106	-371
1963	3.700	5.462	-1762
1964	4.468	4.593	-125
1965	6.562	4.499	2063
1966	6.680	5.657	1023
1967	6.436	6.890	-454
1968	8.066	7.568	498
1969	9.491	9.260	231
1970	10.836	11.172	-336
1971	12.692	11.451	1241
1972	13.899	12.556	1343
1973	14.041	14.980	-939

Quelle: Brian R Mitchell: *European Historical Statistics 1750–1975*, 2nd revised edition, New York/London/Basingstoke 1980, S. 560f.

Ihre vorläufige Vollendung fand die westdeutsche Solidarität schließlich im Zusammenhang mit dem Vanoni-Plan. Diesen nach dem italienischen Haushaltsminister Ezio Vanoni benannten Zehnjahrplan für die Zeit von 1955 bis 1964 versuchte die italienische Regierung als internationales Projekt zu verankern, weil die mit dem Vanoni-Plan verfolgten Ziele auch die europäische Zusammenarbeit, damit die wirtschaftliche Entwicklung in Europa forcieren und in der Folge wiederum die italienische Wirtschaft

.....

38 BA Koblenz, B 149/6228. Arbeiter aus Italien, in: FAZ vom 29.12.1955.

39 Vgl. BA Koblenz, B 149/6228. Arbeiter aus Italien, in: FAZ vom 29.12.1955; sowie: Abteilung II, Geschäftszeichen IIb 4 – 2472 – vom 18. März 1955. Bericht über die deutsch-italienischen Besprechungen für die Vorbereitung einer Vereinbarung über die Vermittlung von Arbeitskräften. Hier: dem Bericht anliegendes Protokoll.

40 Deniz Göktürk/David Gramling/Antons Kaes/Andreas Langenohl (Hg.): *Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration. Eine Dokumentation*, Konstanz 2011, S. 25.





Werbung für das italienische Modell: Die Familie des Postangestellten Luigi Ronucci möchte sich dauerhaft in der Bundesrepublik niederlassen, München 1960.  
Foto: SZ Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

stabilisieren sollten.<sup>41</sup> Indem Elemente des Vanoni-Plans als „Protokoll betreffend Italien“ in die Römischen Verträge eingingen, wurde das italienische Arbeitsmarkt- und das damit in Verbindung stehende Bevölkerungsproblem sogar „vergemeinschaftet“.<sup>42</sup> Die Vertragsparteien berücksichtigten mit diesem Protokoll nämlich ausdrücklich, dass „gefährliche Spannungen, namentlich in der Zahlungsbilanz oder im Beschäftigungsstand, durch welche die Anwendung dieses Vertrags [zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – d.Verf.] in Italien in Frage gestellt werden könnte, zu vermeiden sind“.<sup>43</sup>

Der Vanoni-Plan selbst stellte eine Zusammenfassung aller Wirtschaftsprojekte der italienischen Regierung mit dem Ziel dar, die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Ausfuhrwirtschaft auf den internationalen Märkten zu fes-

tigen und gleichzeitig das Arbeitslosenproblem in Angriff zu nehmen.<sup>44</sup> Neben einer Verbesserung des Bildungswesens und der beruflichen Ausbildung sollte vor allem die Emigration die Beschäftigungslage verbessern. Um die Arbeitslosigkeit um vier Millionen Personen zu reduzieren sah Vanoni die Auswanderung von 800.000, also von jährlich 80.000 Arbeitskräften zwischen 1955 und 1964 vor. Deren Heimatüberweisungen wurden wiederum zur Entlastung der Zahlungsbilanz einkalkuliert.<sup>45</sup> Während sich die Heimatüberweisungen der MigrantInnen 1954 auf 85 Mrd. Lire beliefen, sollten diese in zehn Jahren so um 47 Prozent auf geplante 125 Mrd. Lire im Jahr 1964

41 Vgl. Archives diplomatiques, 193Q0/254. Étude sur le développement du revenu national et de l'emploi au cours de la période 1955–1964, S. 250/3.

42 Vgl. Francesca Fauri: L'Italia e l'integrazione economica europea 1947–2000, Bologna 2001, S. 127.

43 Protokoll betreffend Italien. Vom 25. März 1957, in: Europa-Recht. Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis und einer Einführung von Ernst Steindorff, München 1979, S. 101.

44 Vgl. PA Berlin, B 62/54. V C 2 B, vom 8. Dezember 1954, betr. Besprechung mit dem italienischen Haushaltsminister Prof. Dr. Ezio Vanoni am 13. und 14. Dezember in Bonn. Ausführlich zum Vanoni-Plan siehe: Horst Männel: Der Vanoni-Plan. Ein Aktionsprogramm für die Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Expansion Italiens für den Zeitraum 1955–1964, in: Europa-Archiv, 10 (1955), S. 7439–7448 und 7553–7558.

45 Vgl. Archives diplomatiques, 193Q0/225. Centre d'étude de politique étrangère, Paris, Comité d'étude des problèmes franco-italienne. Document de travail. Le Plan Vanoni, S. 532–616, hier S. 538. Vgl. auch S. 322 und 340 des die Hauptlinien des Vanoni-Planes skizzierenden Artikels: Vanoni, Ezio: Development of Employment and Income in Italy, in: Review of Economic Conditions in Italy, 4 (1955), S. 315–343.

gesteigert werden.<sup>46</sup> Ohne die boomende westdeutsche Wirtschaft mit der rapide anwachsenden Beschäftigung italienischer Arbeitnehmer in den 1960er Jahren (vgl. Tabelle 4) hätten die Ziele des Vanoni-Plans allerdings, was Auswanderung und Heimatüberweisungen betrifft, nicht annähernd erreicht werden können.<sup>47</sup>

**Tabelle 4: Entwicklung der Beschäftigung italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, 1954–1973**

Jahr <sup>*)</sup>	Anzahl
1954	6.500
1955	7.500
1956	18.600
1957	19.100
1958	31.500
1959	48.800
1960	121.700
1961	224.600
1962	276.800
1963	287.000
1964	296.900
1965	372.300
1966	391.300
1967	266.800
1968	304.000
1969	349.000
1970	381.800
1971	408.000
1972	426.400
1973	409.700

*\*) Stichtag 1954–1960 jeweils 31.07., 1961–1972 jeweils 30.09., 1973: 30.01.*

*Quelle: BA Koblenz, B 139/8846. Referat IV/3 (ORR Schreiber) an den Bundeskanzler vom 19. Februar 1973, betr. Besprechung mit den Regierungschefs der Länder am 23. Februar 1973. Anlage „In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte ausländische Arbeitnehmer“.*

46 Vgl. Archives diplomatiques, 193Q0/254. Étude sur le développement du revenu national et de l'emploi au cours de la période 1955–1964. S. 250/79.

47 Zu diesen Schlüssen vgl. insgesamt: Knortz (wie Anm. 16).

**Resümee**

Entgegen allgemeiner Annahme spielten – Italien mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung ausgenommen – arbeitsmarktpolitische Aspekte bei den frühen europäischen Anwerbeabkommen im Vergleich zu außenwirtschaftlichen und europapolitischen Zielen eine zu vernachlässigende Rolle. Diese Feststellung gilt ausdrücklich auch für das vor 70 Jahren am 20. Dezember 1955 geschlossene deutsch-italienische Anwerbeabkommen. Sie trifft allerdings nicht mehr auf die 1960er Jahre zu, als nord- und westeuropäische Industriegesellschaften im Zeichen vollbeschäftigter Arbeitsmärkte schließlich zusätzliche Arbeitskräfte in rapide steigender Zahl auch aus außereuropäischen Ländern aufnahmen, was einem grundlegenden Wechsel des Arbeitsmigrationsregimes gleichkam.

Der wirtschaftshistorische Kontext zeigt das deutsch-italienische Anwerbeabkommen dementsprechend als Folge makroökonomischer Ungleichgewichte.<sup>48</sup> Die aus diesen resultierenden Zahlungsbilanzkrisen versuchten die italienischen Administrationen zwischen 1945 und 1958 allgemein auf europäischer Ebene zu bewältigen. Solchermaßen außenwirtschaftliche Ungleichgewichte waren in der Vergangenheit in Europa eher die Regel als die Ausnahme. Sie führten, wie das vorliegende Beispiel zeigt, nicht selten zu einer Zunahme außenwirtschaftlicher Verflechtung, zu verstärkter wirtschaftlicher Integration und Arbeitsteilung. ▲

48 So auch der französische Botschafter in Bonn an das französische Außenministerium. Vgl. Archives diplomatiques, 193Q0/257. Christian de Margerie, Chargé d’Affaires de France auprès de la République Fédérale d’Allemagne à Son Excellence Monsieur Antoine Pinay, Ministre des Affaires Etrangères – Direction d’Europe –. 1er décembre 1955, S. 199–202, hier S. 201 f.

# Eine Mauer für Freiheit und Sicherheit

Zur Geschichte mittelalterlicher Stadtbefestigungen

von Siegfried Münchenbach



Stadtansicht Rothenburg. Kupferstich von Caspar Merian 1648, aus Merians *Topographia Germaniae* Bd. 9: *Franconiae*  
Foto: ullstein bild – histopics



## Das Bild der Stadt

Die moderne Stadt wuchert in die Landschaft hinaus; Stadtkonglomerate gehen ineinander über, so dass man ohne ein Ortsschild die Grenzen zwischen den einzelnen Kommunen gar nicht wahrnehmen würde. Auch im ländlichen Raum findet man diese Entgrenzung der Bebauung.

Die mittelalterliche Stadt hingegen hatte durch die sie umfassende Mauer eine feste Form, ein Weichbild, eine charakteristische Silhouette. Dieses völlig andere Bild einer Stadt des 14./15. Jahrhunderts hat Gustav Freytag in seiner Kulturgeschichte beschrieben:<sup>1</sup> Große und kleine Türme „stehen, aus der Ferne betrachtet, dicht gedrängt, nicht nur an Kirchen und Rathaus, auch zwischen den Häusern, als Überrest alter Befestigung“. Groß ist die Zahl der Tor- und Mauertürme; bei bevölkerungsreichen Städten sind es Dutzende. „Diese Türme, quadratisch oder rund gebaut, von ungleicher Höhe und Dicke, sind bei einer reichen Stadt mit Schiefer oder Ziegeln gedeckt, vielleicht mit metallenen Knäufen versehen, welche im Sonnenlicht wie Silber glänzen, kleine Fahnen darauf und hie und da ein vergoldetes Kreuz.“ Denn die Mauer soll nicht nur Schutz bieten, sondern Wohlstand und städtische Freiheit, ja sogar die Frömmigkeit der Bewohner repräsentieren.

Die Moderne begann im 19. Jahrhundert, als man die Städte „entfestigte“, die mittelalterlichen Mauern und den Klammergriff der barocken Bastionen beseitigte. Eine Befreiung? Zeitgenossen mag es so erschienen sein. So lässt Goethe im „Osterspaziergang“ den Dr. Faustus die Menschen beobachten, die „aus dem hohlen finstern Tor“ ihrer ummauerten Stadt heraus in die Frühlingssonne streben. Sie kommen „aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern, / aus Handwerks- und Gewerbebanden, / aus dem Druck von Giebeln und Dächern, / aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht ...“<sup>2</sup> Auch dies ist ein Bild der mittelalterlichen Stadt. Eine Mauer bedeutete Enge in mehrfacher Hinsicht: Raumknappheit, Beschränkung wirtschaftlichen Handelns und die Finsternis der Religion gegenüber dem Licht der Aufklärung. Indes wurde schon im frühen 19. Jahrhundert der ästhetische und historische Wert des mittelalterlichen Stadtbildes erkannt. Eines der frühesten Maßnahmen des Denkmalschutzes stammt von dem bayerischen König Ludwig I. Sein Erlass von 1826<sup>3</sup> hat

1 Gustav Freytag: Bilder aus deutscher Vergangenheit (1874). Neuausgabe, 3 Bde., hier Bd. 1, Gütersloh o.J., S. 230 ff.

2 Johann Wolfgang von Goethe: Faust. Der Tragödie erster Teil. Werke, Berliner Ausgabe Bd. 8, Berlin und Weimar 1978, S. 178.

3 Vgl. Hermann Kessler: Die Stadtmauer der Freien Reichsstadt Nördlingen. (Schwäbische Geschichtsquellen und Forschungen Bd. 12), Nördlingen 1982, S. 118 f.

einige Stadtmauern gerettet wie die Nördlingen, Nürnbergs, Rothenburgs ob der Tauber, Dinkelsbühls und einiger Zwergstädte im Fränkischen.

## Das Werden der Städte

Die Beschreibung Gustav Freytags führt eine urbane Entwicklung von 200 Jahren vor Augen. Man findet solche Ansichten etwa in der Schedelschen Weltchronik von 1493. Im Frühmittelalter gab es nördlich der Alpen keine Städte. Herrenhöfe, Dörfer oder Weiler, auch Klöster und Domkirchen waren kaum befestigt. Das änderte sich im späten 9. und 10. Jahrhundert angesichts der Bedrohungen durch Wikinger und Ungarn. Befestigter Schutz wurde lebenswichtig. In den Quellen werden befestigte Ansiedlungen als *civitas* oder *urbs* bezeichnet. Gewöhnlich wird das mit „Stadt“ übersetzt. Aber gemeint sind der Bezirk um einen Dom und Bischofssitz, eine Klosterimmunität, eine Königspfalz oder die Burg eines hochadligen Geschlechts.

Eine solche Situation lag in Augsburg vor, als die Ungarn 955 die *civitas* belagerten. Aus dem „Leben des hl. Ulrich, Bischof von Augsburg“<sup>4</sup> von Domprobst Gerhard erfahren wir Details über die Stadtbefestigung. Augsburg sei „damals nur von niedrigen Mauern ohne Türme umgeben“ gewesen und die Tore hätten nur schwach Schutz gehabt. Gerhard spricht von *murus*, „Mauer“, was hier aber besser mit „Wall“ zu übersetzen ist. Denn Bischof Ulrich befiehlt, nachdem der erste Ansturm abgewehrt worden war, die hölzernen Palisaden zu erneuern, die nur auf einem Erdwall stehen konnten. Selten erhalten wir aus einer zeitnahen Quelle so detaillierte Angaben über frühe Stadtbefestigungen.<sup>5</sup> Die derart geschützte *civitas* war der Dombezirk, ein Areal von etwa 620 x 300 Meter. Ungewöhnlich früh, nämlich noch zur Zeit Ulrichs († 973), erhielt diese Stadt oder Bischofsburg tatsächlich eine Mauer anstelle des Walls.

Die Urbanisierung begann in Deutschland zaghaft im 11. Jahrhundert.<sup>6</sup> Ein demografisches Wachstum belebte

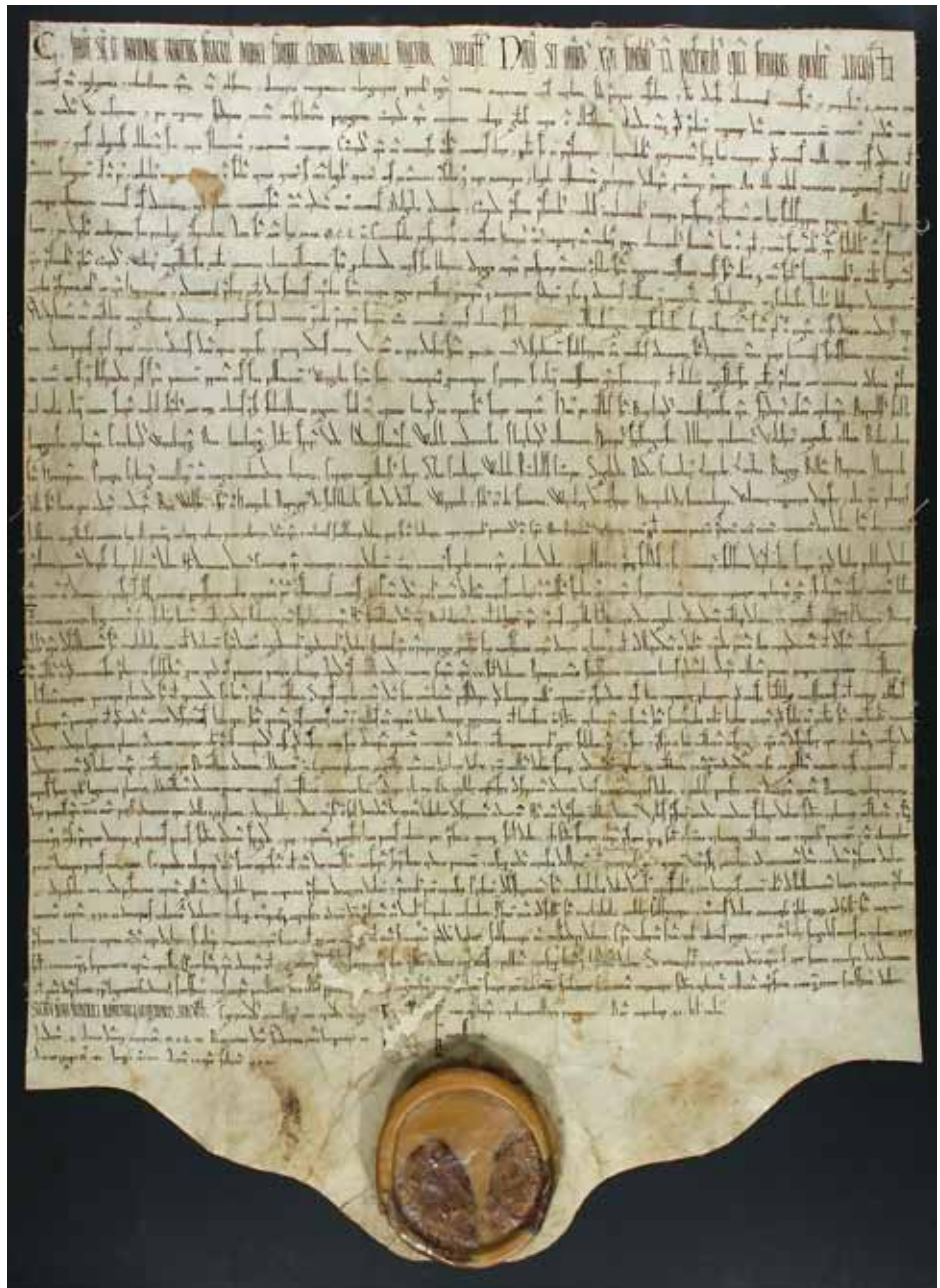
4 Vita Sancti Oudalrici Augustani. (Ausgewählte Quellen zur Geschichte des Mittelalters, Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 22). Darmstadt 1986, S. 45–157; Zitat S. 104 f.: Lateinisch-Deutsch.

5 Vgl. Walter Groos: Augsburg zur Zeit Bischof Ulrichs. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben, Bd. 67, 1973, S. 39–47, und Georg Kreuzer: Augsburg in fränkischer und ottonischer Zeit. Augsburg als Bischofsstadt unter den Saliern und Staufern. In: Gunther Gottlieb u.a. (Hg.): Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984, S. 116–121.

6 Zur Stadtentwicklung vgl. Werner Goetz: Werden und Bedeutung der deutschen Stadt im Mittelalter. In: Norbert Fuchs/ders. (Hg.): Die Stadt im Mittelalter. (Arbeitsmaterialien für den Geschichtsunterricht 11. Jahrgangsstufe), München 1977, S. 5, und Bernd Fuhrmann: Hinter festen Mauern. Europäische Städte im Mittelalter, Darmstadt 2014, S. 81–100.

Handel und Geldwirtschaft. In West- und Mitteleuropa entstanden vielerorts Märkte und Kaufmannssiedlungen, meist in der Nähe befestigter Plätze. In Augsburg<sup>7</sup> beispielsweise ist noch im 10. Jahrhundert ein Markt belegt; später entstand südlich des Dombezirks ein *suburbium* der Kaufleute und Handwerker, dessen Kern am Perlachhügel um 1100 eine Mauer erhielt. Einige Streusiedlungen blieben noch außen vor. Ein typischer Vorgang! Im 12. Jahrhundert kamen zu diesen langsam gewachsenen Städten geplante Gründungen. Eine regelrechte Welle setzte ein, die bis ins 14. Jahrhundert andauerte. Sie begann im Westen, in den Niederlanden und am Rhein, und setzte sich bis in den slawischen und baltischen Raum fort. Besonders aktiv als Stadtgründer waren die Staufer in ihrem süddeutschen Machtbereich. Es wurde zur Regel, dass die Neugründungen mit einer Mauer umgeben wurden, oft mit einiger Verzögerung, weil es an Geld und Menschen fehlte, so behalf man sich für eine Übergangszeit oft mit Wall und Graben.

Zu einer Stadt gehört eine Rechtsordnung. Schon in den Märkten des 11. Jahrhunderts bildete sich heraus, was später für die Stadt konstitutiv war: gleiches Recht für alle am Marktgeschehen Beteiligten, Friedenswahrung durch den Markt- und Gerichtsherrn und Autonomie bei der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten. Hinzu kamen persönliche Freiheiten, insbesondere die Verfügung über das Eigentum, auch beim Erbrecht. Viele der kleinen



Das sog. erste Stadtrecht von Augsburg: Schiedsspruch Kaiser Friedrich Barbarossas zwischen den Vögten, dem Bischof und der Stadt Augsburg vom 21. Juni 1156  
 Abbildung: Staatsarchiv Augsburg, Hochstift Augsburg Urkunden 27; aus: Friedrich Blendinger/Wolfgang Zorn (Hg.): Augsburg. Geschichte in Bilddokumenten, München 1976, Abb. 67

Städte<sup>8</sup> und auch manche der größeren blieben unter der Dominanz geistlicher und weltlicher Herrn. Andere, vor allem die mit großer Wirtschaftskraft, entwickelten sich zu Stadtrepubliken, die in der Lage waren, ihr finanzielles Potential in Wehrhaftigkeit umzusetzen.

7 Vgl. Detlev Schröder: Augsburg. Historischer Atlas von Bayern, Teil Schwaben, H. 10, München 1975, S. 146–151.

8 Goetz (wie Anm. 6), S. 7, nennt für Deutschland (ohne Niederlande) im 14./15. Jahrhundert die geschätzte Zahl von 4.000 Orten mit Stadtrecht. Demnach hatte die Hälfte unter 2.000 Einwohner, nur 26 hatten über 10.000.

## Stadtmauer und Bürger

Durch die Errichtung von Stadtmauern im 12./13. Jahrhundert wurde ganz augenscheinlich dokumentiert, was zur Stadt gehörte und was nicht. So kam es zur begrifflichen Trennung von Stadt und Land.<sup>9</sup> Noch im 11. Jahrhundert wurde zwischen Burg und Stadt kaum unterschieden. Nun wurde *Stadt* zu einer eigenen Kategorie: ein vergleichsweise bevölkerungsreiche Ansiedlung mit einem Markt, einer eigenen Rechtsordnung und einer Schutzmauer.

Da die Wehrhaftigkeit zur Stadt gehörte, hielt sich der Begriff „Burger“ oder „Bürger“<sup>10</sup> zur Unterscheidung der Stadtbewohner von der Landbevölkerung. Und diese Unterscheidung war bedeutsam! Außerhalb der Mauern lebten die bauerlichen Hintersassen von Adel und Kirche in verschiedenen Formen der Hörigkeit, dienst- und abgabepflichtig. Hinter den Mauern herrschte Sicherheit und ein höheres Maß an Freiheit. „Stadtluft macht frei“ – die berühmte Formel stammt zwar von Jakob Grimm aus dem 19. Jahrhundert, gibt aber ein Rechtsprinzip wieder, das sich in zahlreichen Stadtprivilegien findet.<sup>11</sup> Eine Person war frei von früheren Abhängigkeiten, wenn sie sich eine bestimmte Zeit unbehelligt in der Stadt aufgehalten hat; das galt auch für die Nachkommen. Die Stadt schützte diesen Menschen: durch die Mauern vor Übergriffen von außen und durch den Eintritt in eine neue Rechtsordnung. Die Städte boten eine höhere Lebensqualität und Hoffnung auf sozialen Aufstieg – sonst ist deren Anziehungskraft nicht zu erklären. Auch die Stadtherrn (König, Bischöfe, Fürsten) hatten ein Interesse am Wachstum ihrer Städte; nur sollten es nicht die eignen Hintersassen sein, die abwanderten. Das höhere Maß an Freiheit und Sicherheit gab es nicht umsonst. Jeder musste zum gemeinen Wohl beitragen, nicht zuletzt zum Bau und Unterhalt der Mauer, sei es durch Geld oder Arbeitskraft. Jeder wehrfähige Mann stand im Ernstfall auf der Mauer, um seine Stadt zu verteidigen. Die Stadtmauer war das Symbol für den Preis der Freiheit.

9 Vgl. Fuhrmann (wie Anm. 6), S. 93.

10 Aus ahd. *burgāri*, *burgeri* (9. Jh.), mhd. *burgære*, *burger* „Bewohner einer Burg, einer Stadt“. Die Ausgangsbedeutung von „Bürger“ wäre danach „Burgverteidiger“, daraus entwickelt sich „Bewohner einer Burg, einer Stadt, eines Staates“. Im Zusammenhang mit der Herausbildung der deutschen Städteverfassungen im 11./12. Jh. bezeichnet „Bürger“ das freie, vollberechtigte Mitglied einer Stadtgemeinde. <http://www.dwds.de/?qu=B%C3%BCrger> [Stand: 25. November 2015].

11 Vgl. Goetz (wie Anm. 6), S. 7, und Heinrich Mitteis: Über den Rechtsgrund des Satzes „Stadtluft macht frei“. In: Carl Haase (Hg.): Die Stadt des Mittelalters, Bd. 2: Recht und Verwaltung, Darmstadt 1976, S. 182–202.

## Stadterweiterung und Stadtwerdung

Da die Befestigung teuer war, durfte ein Mauerumgriff nicht zu klein ausfallen, sonst war über kurz oder lang eine Erweiterung und ein Neubau nötig. Umschloss man aber ein zu großes Areal, dann fehlte es an wehrfähigen Bürgern. Es gibt Berechnungen, wonach ein Mann etwa 1,5 m einer Wehranlage verteidigen konnte.<sup>12</sup>

Gelegentlich haben Städte mit einem enormen Bevölkerungszuwachs kalkuliert, als sie den Verlauf des Mauergürtels festlegten. Goslar<sup>13</sup> am Harz – reich geworden durch den Silberbergbau am Rammelsberg – baute ab etwa 1100 eine über sechs Kilometer lange Mauer, die etwa 84 Hektar umschloss. Das war ein derart großzügiger Umgriff, dass auch nach 40 Jahren noch große Brachen übrig blieben. Als sich 1552 der Herzog von Braunschweig des Silberbergbaus bemächtigte, schwand mit dem Wohlstand auch die Zahl der Bewohner. Ulm<sup>14</sup> war erfolgreicher: Die Stadt an der Donau besaß seit den 1220er Jahren eine Mauer und hatte Anfang des 14. Jahrhunderts ca. 5.000 Einwohner, als der Rat beschloss, eine neue Mauer zu bauen. Deren Verlauf legte man weit ins unbebaute Gelände hinaus und vervierfachte die ummauerte Fläche auf 66,5 Hektar – Raum für mindestens 20.000 Einwohner, was Ulm in den Kreis der größten deutschen Städte hob. Gut 200 Jahre später wurde die Zahl tatsächlich erreicht – dank einer Tuchproduktion (Barchent) von europäischem Rang.

Eine solche Planung war aber selten. Die Regel war eher das Einbeziehen von Vorstädten und die Vereinigung von Doppelstädten hinter einer gemeinsamen Mauer. Natürlich wurde immer auch unbebautes Gelände mit eingeschlossen.

In Nürnberg<sup>15</sup> entwickelte sich aus einer Marktsiedlung südlich der Burg im 12. Jahrhundert die Sebalders Stadt (nach der Hauptkirche St. Sebald). Um 1140 gründete der erste Staufer-König Konrad III. südlich davon und jenseits der Pegnitz die Lorenzer Stadt. Beide Teile

12 Vgl. Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland, (Landesaussstellung Niedersachsen 1985), Stuttgart/Bad Cannstadt 1985, Bd. 3, S. 86.

13 Vgl. Stadt im Wandel (wie Anm. 12), Bd.1, S. 125 ff., und H.G. Griep: Ausgrabungen und Bodenfunde im Stadtgebiet Goslar. In: Harz-Zeitschrift 1983, S. 1–54; vgl. Hans-Günther Griep: Führer durch Goslar, Bd. 5, Die Befestigungsanlagen, Goslar 1992.

14 Vgl. Hans Eugen Specker: Reichsstadt und Stadt Ulm. In: Der Stadtkreis Ulm. Ulm 1977, S. 38–42, und Herbert Wiegandt: Ulm. Geschichte einer Stadt, Weißenhorn 1977, S. 59–84.

15 Vgl. Georg Dehio: Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Bayern I: Franken. München 1979, S. 541–545 und 611–614, sowie Mittelalterliche Stadtentwicklung (KPZ im Germanischen Nationalmuseum), Nürnberg 1982. [Nuernberginfos.de/bauwerke-nuernberg/stadtbefestigung-nuernberg.html](http://nuernberginfos.de/bauwerke-nuernberg/stadtbefestigung-nuernberg.html) [Stand: 17.01.2015].





Stadtansicht von Nürnberg. Kolorierter Holzschnitt von Michael Wolgemut aus der Schedelschen Weltchronik von 1493  
Foto: ullstein bild – histopics

prosperierten und erhielten um die Mitte des 13. Jahrhunderts je eine Mauer. Zwischen den Stadthälften verlief das Tal der Pegnitz mit Schwemmland und Sumpf, zum Teil Wohnbereich der jüdischen Gemeinde. 1320 entschloss sich der Rat, die Sebalder und Lorenzer Seite zu vereinen. Dafür musste man den Fluss mit einer Mauer überspannen. Eine spätere Erweiterung (bis 1450) schloss Vorstädte ein und schuf den gut fünf Kilometer langen äußeren Mauerring, der noch weitgehend erhalten ist. Der entscheidende Schritt für die urbane Entwicklung war die Vereinigung der Teilstädte hinter einem Mauerring. Nun konnte man an den inneren Ausbau gehen und die Flussniederung zu einem neuen Zentrum entwickeln.

Es war ein Vorgang, den man häufig finden kann: In Quedlinburg vereinigten sich etwa ab 1330 Alt- und Neustadt durch den Bau einer gemeinsamen Mauer. Rostock entstand 1265 durch eine gemeinsame Mauer um drei Teilstädte. Braunschweig<sup>16</sup> ist sogar aus fünf Weichbildern zusammengewachsen – Altwiek, Altstadt, Hagen, Neustadt und Sack –, die unabhängig voneinander gegründet worden waren, sich regierten und je eine Mauer besaßen. Im 13. Jahrhundert baute man eine gemeinsame Mauer und etablierte einen gemeinsamen Rat.

Hier wie in vielen anderen Fällen war die Mauer eine wesentliche Voraussetzung für die Stadtwerdung: Sie vereinigte verschiedene Siedlungskerne oder Teilstädte, bestimmte die Grenzen von Plangründungen und integrierte Vorstädte. Die Mauer definierte die Stadt, und sie war eine Gemeinschaftsaufgabe, die andere nach sich zog, weil man einen begrenzten Raum sinnvoll verwalten und das Zusammenleben organisieren musste. Das reichte von Bauordnungen und der Gestaltung des öffentlichen Raumes über Feuerschutz und Vorschriften zur Tierhaltung bis zur Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft. Für all das war die Mauer real und sinnbildlich eine Klammer und dadurch eine Voraussetzung für die Entwicklung eines gemeinsamen Bürgersinns, einer lokalen Identität.

### Alte und neue Mauern

Rothenburg und Nördlingen sind Beispiele dafür, dass Stadterweiterungen vorgenommen wurden, um ungeschützte Vorstädte zu integrieren. Dabei sind die alten Mauern nicht einfach verschwunden: Sie haben – wie andernorts auch – ihre Signatur in den Stadtplänen hinterlassen.

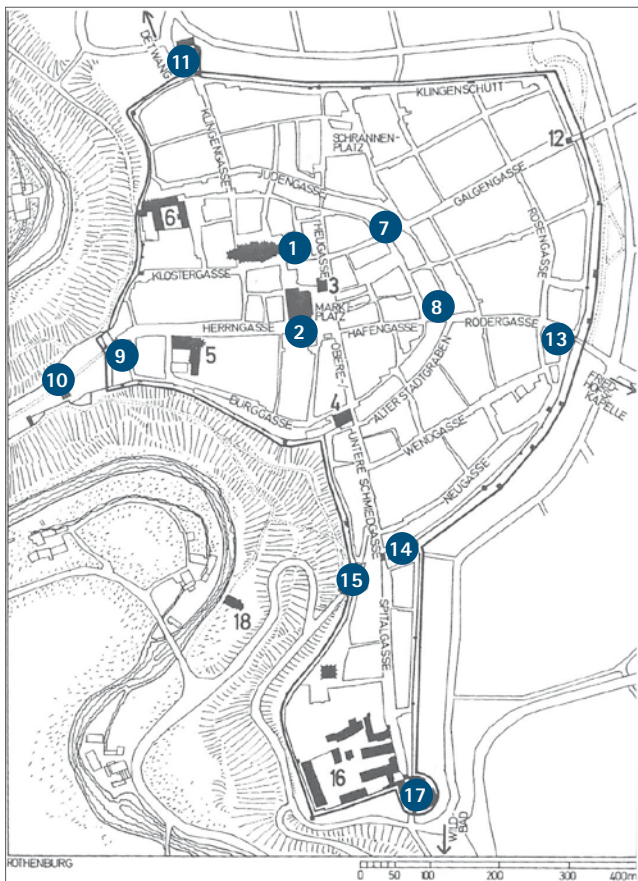
Die Stadt Rothenburg<sup>17</sup> entwickelte sich von der Burg her, die auf einem Felsporn hoch über dem Taubertal

16 Vgl. Stadt im Wandel (wie Anm. 12), Bd. 1, S. 56–59.

17 Vgl. Dehio (wie Anm. 15), S. 720f., S. 730f.

stand. Im ausgehenden 12. Jahrhundert baute man eine erste Stadtmauer. Etwa 200 Jahre später verfüllten die Bürger den vorgelagerten Graben und legten auf dem ehemaligen Wall eine Straße, die im Plan erkennbar ist und etwa halbkreisförmig um die innere Altstadt verläuft (Alter Stadtgraben und Judengasse). Von der Mauer sind zwei Türme erhalten, der Weiße Turm (im Plan Ziffer 7) sowie am Röderbogen, einem früheren Stadttor, der Markusturm (8). Von etwa 1300 bis 1370 erfolgte eine großzügige Stadterweiterung, die die an den Ausfallstraßen entstandenen Vorstädte einbezog. Dieser Mauerring, der noch besteht, hatte einst 43 Tor- und Mauertürme. Im späten 14. Jahrhundert wurde die südliche Vorstadt, das Spitalviertel, mit einer Mauer umschlossen. Sie machte den Siebersturm (14) funktionslos, der aber erhalten blieb. Damit war der Umgriff fertig.

### Rothenburg ob der Tauber



1) St. Jakob, 2) Rathaus, 7) Weißer Turm, 8) Markusturm und Röderbogen, 9) Burgtor, 10) Burg, 11) Klingentor mit Wolfgangskirche als Teil der Stadtmauer, 13) Rödertor, 14) Siebersturm, 15) Kobolzeller Tor, 17) Spitalbastei und Spitaltor.  
Quelle: Georg Dehio: *Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Bayern I: Franken. München, 1979, S. 721*

Ähnlich lässt sich der Stadtplan von Nördlingen deuten. Er zeigt einen nahezu kreisförmigen Verlauf der heute noch existierenden Stadtmauer, die eine Länge von 2.632,50 Metern hat. Die Form sorgte für einen geringen Umfang bei fast maximaler Fläche, ein uraltes Prinzip des Festungsbaus.<sup>18</sup> Die innere Ringstraße markiert den Verlauf der ersten Befestigung aus dem frühen 13. Jahrhundert.<sup>19</sup> Wie in Rothenburg verlief hier einst der Wall. Die Mauer, das belegen auch archäologische Funde, ist etwa 18–20 Meter innerhalb zu suchen, hinter Zwinger und Graben. Das Nördlingen der späten Stauferzeit war ein kleiner „Rundling“. Rathaus und Kirche liegen hier, und alle Ausfallstraßen münden hier ein, weshalb die alte Mauer, wie die spätere, mindestens fünf Tore hatte. Von dieser Mauer ist fast nichts geblieben; ein paar Mauerreste wurden in Außenwänden von Gebäuden gefunden.

### Nördlingen



Im Zentrum Nördlingens befindet sich die St.-Georgs-Kirche. Mit Ausnahme des Berger Tores sind die Stadttore nach den Nachbarorten benannt: Reimlinger, Deininger, Löpsinger und Baldinger Tor.  
Abbildung: Andreas Zeidler, *Nördlingen in der Schrägaufsicht, Kupferstich, (Nördlingen) 1651, Stadtarchiv Nördlingen, Graphische Sammlung; mit freundlicher Genehmigung des Nördlinger Stadtarchivs*

18 Vgl. René Bondt: *Schild aus Stein und Erde. Eine illustrierte Geschichte der Wehr- und Schutzbauten*, Zürich 1979, S. 107.

19 Vgl. Kessler (wie Anm. 3), S. 13 f.



Stadtansichten aus der frühen Neuzeit zeigen noch einige Türme; der letzte wurde nach dem Dreißigjährigen Krieg abgerissen. Die zweite Mauer stellt eine konzentrische Erweiterung dar.

### Eine Mauer bauen

An der Nördlinger Stadtmauer<sup>20</sup> können einige Fragen exemplarisch beantwortet werden, etwa nach der Rolle des Stadtherrn, in diesem Fall des Königs, oder nach der Finanzierung. Auch die Gestalt der Befestigung ist beispielhaft wie ihre militärische und politische Funktion.

Wir wissen nicht, ob die Nördlinger von sich aus um ein Privileg gebeten haben. In der einschlägigen Urkunde vom 3. Mai 1327 erscheint König Ludwig der Bayer als Initiator. Er befahl dem Rat und allen Bürgern, die um die Stadt herum gelegenen großen Vorstädte aus Gründen der Sicherheit in einen neuen Verteidigungsring einzubeziehen. Dieser soll aus Graben, Mauer und anderen Befestigungswerken bestehen. Zur Finanzierung gewährte der König – wie zuvor in Nürnberg und Rothenburg – acht Jahre lang ein „Ungeld“ zu erheben, eine Verbrauchssteuer auf alkoholische Getränke wie Wein und Bier. Das Geld müsse zweckgebunden verwendet werden, sonst werde es der König von der Stadt fordern und das Steuerprivileg widerrufen.<sup>21</sup> Der König genehmigt oder befiehlt also den Bau einer Stadtmauer, lässt aber viel Spielraum. So sagt das Privileg nicht, wann der Festungsbau als beendet zu betrachten ist.

Mit dem Bau der neuen Mauer wurde noch 1327 begonnen. Geschlossen war der Ring wohl 1390. Die Stadt stritt damals mit den Grafen von Oettingen, den mächtigen Territorialherrscher im Ries. Diese sahen durch den Abschluss des Mauerbaus ihre Gerichtshoheit beschnitten, die bis an die Grenze der alten Mauer gereicht hatte. Dies zeigt: Erst die neue Mauer machte die Menschen in den Vorstädten zu Nördlinger Bürgern. Dass man die innere Mauer erst niederlegte, als die äußere fertig war, liegt bei diesen Spannungen auf der Hand.

Für ein Jahrhundertwerk reichte die vom König genehmigte Finanzierung natürlich nicht aus, zumal der Bau an der Mauer eigentlich nie endete: Man besserte aus, verstärkte, brach baufällige Türme ab und baute neue. Die Getränkesteuer wurde nach acht Jahren nicht abgeschafft,

sondern verstetigte sich.<sup>22</sup> Auch wurden Strafgelder in den Mauerbau gelenkt: Jemand musste z.B. eine Fuhrer Steine bezahlen. Ein betuchter Steuerhinterzieher wurde dazu verurteilt, einen vollständigen Torzwinger mit Brücke zu bauen. Zwischen 1407 und 1448 erhob die Stadt ein „Grabengeld“ (befristet wie ein Solidaritätszuschlag). Kosten verursachten nicht nur die großen Mengen an Material (Hau- und Bruchsteine, Ziegel, Holz). Man brauchte auch erfahrene Baumeister, die sich in der immer anspruchsvolleren Befestigungskunst auskannten.

Natürlich war der Aufbau einer Stadtbefestigung bis zu einem gewissen Grad variabel. Er konnte von den topografischen Gegebenheiten abhängen. In Rothenburg zum Beispiel war das tief in den Muschelkalk eingeschnittene Taubertal mit seinen steilen Hängen ein natürlicher Schutz, der an der Westseite eine Reduzierung der Wehrbauten erlaubte. Es ging immer darum, welcher Bedrohung die Mauer standhalten sollte. Wachtdienste und Schließen der Tore am Abend sollten einen Handstreich verhindern. Bei einer Belagerung musste man mit dem Versuch rechnen, die Mauer zu erstürmen. Das geschah mit Leitern oder es wurden hölzerne Belagerungstürme herangeführt, von denen aus man die Mauer übersteigen konnte. Mittelalterliche Mauern mussten deshalb hoch sein; in Nördlingen sind es bis zu 9,5 Meter. Es gab Rammböcke, um die Tore aufzubrechen, und Wurfmaschinen, Steinschleudern, mit denen Breschen in die Mauer geschossen oder Verwüstungen in der Stadt angerichtet werden konnten. Notwendig waren also Vorrichtungen, die verhinderten, dass der Feind überhaupt an die Mauer herankam. Aus solchen Szenarien ergab sich ein Grundmuster mittelalterlicher Wehranlagen.

Die Nördlinger Mauer besteht in der Hauptsache aus Bruchsteinen, oben aus Backstein. Rundum verläuft ein hölzerner, mit einem Ziegeldach geschützter Wehrgang – im Falle einer Erstürmung der Ort des Nahkampfes. Zur Feindseite gibt es zahlreiche Rundbogenöffnungen und Schießscharten. Der Stadtmauer vorgelagert war der Zwinger. Die Zwingermauer war etwa mannshoch – es gab also in den meisten Fällen nicht eine, sondern zwei Mauern. Die Bezeichnung kommt von „bezwingen“. Hatte der Feind die erste Mauer überwunden, so stand er in einem Bereich zwischen zwei Mauern und konnte von oben bekämpft und „bezwungen“ werden. Das Prinzip der Doppelmauer wurde schon bei den frühesten Festungsbauten angewandt. Da die Zwingermauer als

20 Vgl. Dietmar-H. Voges: Die Reichsstadt Nördlingen. 12 Kapitel aus ihrer Geschichte, München 1988, S. 94–119, und Gustav Zipperer: Nördlingen. Lebenslauf einer schwäbischen Stadt, Nördlingen 1979, S. 21–30.

21 Vgl. Voges (wie Anm. 20), S. 94 ff.

22 Ebd., S. 116 f.





Wehgang der Nördlinger Stadtmauer zwischen Löpsinger Tor und Unterem Wasserturm  
Foto: Siegfried Münchenbach

erstes verteidigt wurde, konnte auch sie mit Türmen versehen sein. Davor verlief der Graben, wodurch die erste Mauer von außen beträchtlich höher war als von innen. Der Nördlinger Graben war teils trocken, teils mit Wasser gefüllt. Vor dem Graben war ein Erdwall aufgeschüttet, der Palisaden haben konnte. Andernorts gab es auch doppelte Graben-Wall-Systeme oder sogar einen doppelten Zwinger. Die Mauer war durch fünf Stadttore geöffnet. Vor den Toren führten Steinbrücken über den Graben, die jeweils von mehreren Bögen getragen wurden. Das letzte Stück unmittelbar vor der Mauer bestand aus einer hölzernen Zugbrücke. Schwere hölzerne Torflügel und zusätzliche Fallgitter konnten den Zugang abriegeln. Jedes Tor war durch einen Torturm gesichert. Andere Städte hatten Flankentürme. Vorwerke, eine Art Burg, schützten Brücke und Tor schon im Vorfeld. Die Türme kragten aus der Stadtmauer heraus, um tote Winkel zu vermeiden. Besonders stark und auch mit Vorwerken versehen waren der Untere und der Obere Wasserturm. Denn wo die Eger hinein- oder aus der Stadt herausfloss, war eine verwundbare Stelle. Über den Graben wurde der Fluss durch einen hölzernen Trog geleitet.

In welchen Bauabschnitten die Mauer in Nördlingen errichtet wurde, ist nicht bekannt. Vielleicht ist man ähnlich vorgegangen wie die Ulmer beim Bau ihrer fast dreieinhalb Kilometer langen Mauer (etwa ab 1316). Aller-



Deiningener Torturm und die Mauer zwischen Löpsinger und Deiningener Tor in Nördlingen. Mittelalter und Gegenwart: Im ehemaligen Graben sind Gärten angelegt. Wo einst der Zwinger war, stehen kleine Häuschen; sie haben die Stadtmauer als Rückwand. Auf dem einstigen Wall verläuft ein Fußgängerweg.  
Foto: Siegfried Münchenbach

dings hatten diese es besonders eilig, weil sie damals im Konflikt mit Ludwig dem Bayern lagen, denn sie hatten als einzige Stadt Schwabens bei der Doppelwahl 1314 den Habsburger Friedrich den Schönen unterstützt. Die Ulmer hoben zuerst einen Graben aus und füllten ihn mit Wasser der Blau. Mit dem Aushub wurde ein Wall aufgeworfen. Gleichzeitig bauten sie eine einfache Mauer mit Toren, vier großen und einigen kleinen Türmen. Das alles geschah in großer Eile unter Beteiligung aller Bewohner, Patrizier und einfachen Leute, Männer und Frauen. Gleich nach Fertigstellung dieses Bauabschnitts wurde eine zweite Mauer errichtet, die eigentliche Stadtmauer. Sie verlief fünf bis sechs Meter innerhalb der ersten, die somit zur Zwingermauer wurde. In einem dritten Bauabschnitt wurde der Schutz der Tore verstärkt.<sup>23</sup>

### Die Mauer – ein Bauwerk für die Freiheit

Viele kleine Städte konnten keinen Festungsbau betreiben, um einen wirklich starken Feind abzuwehren. Die Mauer ermöglichte, zu kontrollieren, wer die Stadt betrat. Man konnte sich vor den Fehden adliger Nachbarn schützen oder einer Belagerung kurzzeitig standhalten, bis Hilfe

.....  
<sup>23</sup> Vgl. Herbert Wiegandt: Ulm. Geschichte einer Stadt. Weißenhorn 1977, S. 60f., und Hans Eugen Specker: Reichsstadt und Stadt Ulm. In: Der Stadtkreis Ulm, Ulm 1977, S. 41.

kam. Eine Stadt wie Nördlingen hatte größere Ambitionen. Mit gut 6.000 Einwohnern im 15. Jahrhundert gehörte es zu den mittelgroßen Städten, produzierte z.B. Tuche, Loden und Barchent für einen überregionalen Markt, besaß Münzrecht, hatte nachweisbar seit 1219 eine Pfingstmesse, die mit der Zeit die Stadt zu einem wichtigen Fernhandelsplatz in der Südhälfte Deutschlands machte. Wenn Nördlingen eine Mauer baute, dann ging es um die Freiheit der Stadtrepublik und den Wohlstand ihrer Bürger.

Die Bedrohungen waren sehr konkret. Für die Grafen von Oettingen hätte die Herrschaft über Nördlingen eine Arrondierung ihres Machtbereichs bedeutet. Auch die bayerischen Herzöge, die durch Pfandschaften in dem Raum Fuß gefasst hatten, haben einen begehrlischen Blick auf die Reichsstadt geworfen. Um seine Freiheit zu verteidigen, hat sich Nördlingen nicht nur auf seine Mauer verlassen. Dutzende Male war die Stadt vom 14. bis ins 16. Jahrhundert mit eigenen Truppen an Kriegen und Fehden beteiligt.<sup>24</sup> Die Reichsstadt stellte König und Kaiser Kontingente zur Verfügung, die aus angeworbenen Söldnern, aber auch aus Bürgern bestanden. Als Kaiser Friedrich III. 1474 gegen Herzog Karl den Kühnen von Burgund Krieg führte, gehörten die Nördlinger zusammen mit anderen Städten zu den ersten, die bereit standen, das belagerte Neuß zu entsetzen. Der Kaiser belohnte die Städte mit einem Privileg, das ihnen erlaubte, ihre Befestigungen auszubauen, mit „Gräben, Vorwerk, Zeun, Pastein, Turen, Planken und Schranken“.<sup>25</sup> Besonders der Hinweis auf Basteien ist bemerkenswert.

Nördlingen engagierte sich im Reichsdienst, bei der Wahrung des Landfriedens (so zog man 1521 gegen die fränkischen Raubritter) und schloss immer wieder Bündnisse mit anderen Reichsstädten. Im Städtekrieg (1449–1453) zog die Allianz schwäbischer Reichsstädte u.a. gegen die Grafen von Oettingen und von Württemberg, die Markgrafen von Brandenburg-Ansbach, die Herzöge von Bayern. Bei diesen und vielen anderen Unternehmungen wurde die Nördlinger Stadtmauer nicht auf die Probe gestellt. Aber sie war die Voraussetzung dafür, bündnisfähig zu sein und in der Reichspolitik eine Rolle zu spielen. Nördlingen half dem Kaiser und unterstützte die Bündnispartner, um im Ernstfall mit deren Hilfe rechnen zu können. Zweimal musste die Nördlinger Stadtmauer einem mächtigen Feind standhalten.<sup>26</sup> Herzog Georg der

.....

24 Vgl. Voges (wie Anm. 20), S. 220–227.

25 Zit. nach Zipperer (wie Anm. 20) S. 23.

26 Vgl. ebd., S. 74f., Voges (wie Anm. 20), S. 224f.

Reiche von Bayern-Landshut erschien 1471 und 1485 mit Heeresmacht vor der Stadt, beim zweiten, gefährlicheren Angriff mit 700 Berittenen und 5.000 Fußsoldaten, um die Stadt aus nichtigem Anlass in die Knie zu zwingen. Nach sechs Wochen Belagerung zog er auf Druck Kaiser Friedrich III. ab.

### Das Wettrüsten

Es gibt Momente, in denen sich Vorzüge ins Gegenteil verkehren. Die hohen und nicht allzu dicken mittelalterlichen Stadtmauern waren schwer zu übersteigen. Für weitreichende und präzise Artillerie waren sie hingegen ein leichtes Ziel. Feuertgeschütze gab es schon im 14. Jahrhundert, schwerfällige Mörser und Bombarden, gut für Zufallstreffer. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts änderte sich das; es war mit neuer Waffentechnik zu rechnen, und im 16. Jahrhundert musste eine Stadt ganz anders verteidigt werden als im Mittelalter.<sup>27</sup>

1449 baute Nördlingen das erste Bollwerk, um Defensivartillerie in Stellung zu bringen. Die Alte Bastei<sup>28</sup> erhielt aber erst im 16. Jahrhundert ihre endgültige Gestalt. Sie schützte die Stadt an der Stelle, an der das Gelände zur Schwäbischen Alb ansteigt. Dort konnte sich feindliche Artillerie verschanzen; eine Schwachstelle war entstanden, für die die mittelalterliche Mauer nicht gerüstet war. Es galt, die Angriffsartillerie zu bekämpfen und auf Distanz zu halten. Schon im späten 15. Jahrhundert ist an der Verstärkung von Toren, Vorwerken und Türmen gearbeitet worden, um dort Geschütze aufstellen zu können. Die meisten solcher Bauten stammen aber aus dem 16. Jahrhundert. In Nördlingen wurden beispielsweise am Löpsinger Torturm und am Feilturm nahe der Alten Bastei die oberen Stockwerke abgetragen und durch dickwandige Zylinder ersetzt, die Kanonen tragen und von der feindlichen Artillerie nicht so frontal getroffen werden konnten wie die Türme auf quadratischem Grundriss. Nürnberg hat 1556–64 die vier gotischen Tortürme der äußeren Mauer vollständig rund ummantelt – heute noch ein imposanter Anblick. Bei der Vorbereitung auf den Festungskrieg war nicht nur in Bauwerke zu investieren, sondern auch in eine Artillerie mit immer größerer Reichweite und Zielgenauigkeit. Die Zahl der Städte nahm ab, die bei diesem Wettrüsten mithalten konnte.

In Nördlingen wurde die mittelalterliche Mauer zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein letztes Mal durch eine

.....

27 Vgl. Bondt (wie Anm. 18), S. 121–139.

28 Vgl. Voges (wie Anm. 20), S. 113f., und Kessler (wie Anm. 3), S. 54–57.



Stadtseitige Ansicht der Nördlinger Mauer am Deiningertor. Am Deiningertorturm wurden 1519 die oberen Stockwerke abgetragen und durch einen runden Aufbau ersetzt. Vom gotischen Turm mit quadratischem Grundriss sind die unteren Stockwerke erhalten.  
Foto: Siegfried Münchenbach

Bastei verstärkt. Auf der gleichen Seite wie die Alte baute man 1607–1613 die Neue Bastei, ein Fünfeckbau mit Geschützen auf drei Ebenen. Etwa um diese Zeit vollendete Rothenburg die Spitalbastei. Um eine Stadt noch stärker zu befestigen, wurden Steinschanzen vor Graben und Wall hochgezogen oder, wie in Nürnberg, weit an die Peripherie gelegt. Es waren Drei- und Fünfeckschanzen oder Polygonalbasteien, die einen vollständig mit Defensivartillerie geschützten Ring bilden konnten. Sie haben auch das äußere Bild der Stadt völlig verändert. Wenn man sich ihr näherte, sah man nicht die turmreiche mittelalterliche Mauer, sondern stieß auf ein System gemauerter Wälle.

### **Keine Mauern im Kopf**

Wofür steht die mittelalterliche Stadtmauer? Für Enge und Beschränkung oder für Freiheit, Sicherheit und Bürgerstolz. In der mittelalterlichen Sicht stand wohl eher Letzteres im Vordergrund. Die Mauer bot Schutz in friedloser Zeit, die das Gewaltmonopol noch nicht kannte. Hinter den Mauern galt die Herrschaft des Rechts und

nicht die Willkür der Fehde. Die Stadtmauer war nicht nur funktional im militärischen Sinn; sie erfüllte auch Repräsentationsbedürfnisse. Zu den Kosten für den Mauerbau gehörten auch die Honorare für Malermeister, die den Reichsadler an einem Tor erneuern oder ein religiöses Motiv anbringen durften. Hinter Mauern zu leben, bedeutet nicht, eine solche auch im Kopf zu haben. Jedenfalls die politischen und wirtschaftlichen Eliten haben europäisch gedacht. Man muss sich nur Kaufmannskarrieren im Hanseraum oder auch in Süddeutschland anschauen. Städte, von denen hier mehrfach die Rede war, wie Nürnberg, Augsburg, Ulm oder Nördlingen, haben für einen europäischen Markt produziert und hatten einen entsprechend weiten Horizont. Ist etwas von der positiven Konnotation der mittelalterlichen Stadtmauer geblieben? Wir schützen unsere Anwesen, nicht unbedingt durch eine Mauer (wie dies bei Objekten des Reichtums in Ländern der Dritten Welt geschieht), aber durch Hecken und Zäune und markieren den Bereich, in dem wir frei, sicher und unbehelligt sein wollen. ▲



# „DDR öffnet Grenze“ – und dann?

Zeitzeugenberichte zum Mauerfall aus unterschiedlichen Generationen

von Uta Löhner



Mödlareuth – ein Dorf mit etwa 50 Einwohnern, das zu einem Teil in Bayern (Landkreis Hof) und zum anderen Teil in Thüringen (Saale-Orla-Kreis) liegt. 41 Jahre lang verlief die innerdeutsche Grenze mitten durch das Dorf.

Foto: LZ

Am Nachmittag des 9. November 1989 überreicht Egon Krenz Günter Schabowski eine Notiz mit dem Auftrag diese in einer für den Abend anberaumten Pressekonferenz vorzulesen. „Sofort, ... unverzüglich!“ sind Worte, die wenig später um die Welt gehen. Günter Schabowskis Worte werden zur sensationellen Mitteilung: „DDR öffnet Grenze“. Gegen Mitternacht sind in Berlin alle Grenzübergänge offen – die Mauer ist gefallen. Die Landeszentrale hat Personen unterschiedlicher Generationen aus damals Ost und West 25 Jahre nach der Wiedervereinigung zu diesem welthistorischen Ereignis befragt.

**Landeszentrale:** Was wussten Sie über die politischen Entwicklungen zwischen August 1989 und November 1989?



Das Paneuropäische Picknick war eine Friedensdemonstration an der österreichisch-ungarischen Grenze nahe der Stadt Sopron am 19. August 1989. Mit Zustimmung beider Länder wurde ein Grenztor symbolisch für drei Stunden geöffnet. Rund 600 DDR-Bürger nutzten die kurze Öffnung des Eisernen Vorhangs zur Flucht in den Westen, nachdem sie zuvor durch Flugblätter der Veranstalter und von Vertretern bundesdeutscher Medien in Ungarn auf das Paneuropäische Picknick aufmerksam gemacht worden waren.

Foto: ullstein bild – AP

*Nach meinem Abitur 1986 leistete ich in der BRD als Soldat auf Zeit für zwei Jahre Militärdienst. Während der diversen Ausbildungslehrgänge als Offiziersanwärter war die Dualität zwischen Ost und West noch stark spürbar. Ab dem Wintersemester 1988/89 studierte ich in West-Berlin. Somit ergab sich für mich auf „natürliche Weise“ eine hohe Aufmerksamkeit für die politischen Entwicklungen in 1989. Insbesondere mit einem sehr gut befreundeten Kommilitonen, der auch in der studentischen Mitbestimmung politisch aktiv war, habe ich häufiger diskutiert, was die Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn für die DDR bedeuten wird. Auch die Massendemonstrationen für politische Reformen in Leipzig habe ich damals bewusst wahrgenommen. (\*1967)*

*Ich hatte Ausbildung und Studium in der DDR abgeschlossen und arbeitete seit einem Jahr mit Personal- und Budgetverantwortung. Außerdem hatte ich eine eigene Wohnung/Hausstand. Die Urlaube verbrachte ich mit Freunden im sozialistischen Ausland, in Berlin und an der Ostsee. Viele junge Menschen in meinem Freundes- und Kollegenkreis hatten einen Ausreise-Antrag in die Bundesrepublik laufen. Andere saßen in Untersuchungshaft. Durch diese Kontakte und Beziehungen war ich informiert über die Bewegungen in Berlin, Jena, Leipzig, das Geschehen in den jungen Gemeinden der Kirchen. Die Antragsstellungen nahmen täglich zu. Viele hatten ihre Jobs durch die Antragsstellung verloren.*

*Seit den letzten Wahlen standen die Zeichen auf Veränderung und Unruhe, Willkür, Spannung, Leidenschaft und große Unsicherheit. (\*1966)*

*Seit den Montagsdemos, ausgehend in Leipzig, kam es in allen DDR-Bezirken zu Demos gegen die Politik der SED. Ihre Hegemonie sollte gebrochen werden, die Bevölkerung war für Pluralismus und Mitsprache bei der Lösung anstehender Probleme. Bei zwei Demos in Jena war ich auch dabei. Aus meinem Betrieb stellten ständig Mitarbeiter Anträge auf Ausreise in die BRD. Im Juli/August 1989 gab es 40 solcher Anträge, die Antragssteller reisten auch alle noch vor dem Mauerfall aus. Ein Mitarbeiter der Stasi erschien jeweils bei mir und wollte wissen, ob es noch betriebliche Forderungen gäbe.*

*In der Zeit vor dem Mauerfall (Losung: Wir sind das Volk) ging es ja zunächst um eine andere DDR. Erst nach Kohls Dresdner Rede war die Losung „Wir sind ein Volk“. Die politische Entwicklung dieser Zeit habe ich täglich in den Fernsehsendern beider deutscher Staaten verfolgt. Die „Ossis“ wussten über die BRD gut Bescheid. Umgekehrt waren die meisten „Wessis“ über die DDR nicht informiert. (Niederbayerisches Zitat: „Manche dachten, hinter der Mauer kommt bald Sibirien).*

*Diese gesamte Zeit war für mich hoffnungsvoll, obwohl noch unklar, wohin die Reise geht. (\*1938)*

**Landeszentrale:** Wie haben Sie vom Fall der Mauer erfahren? Was war Ihre erste spontane Reaktion?

*1989 war ich als Student aktives Mitglied in einer Vereinigung für Wirtschaftsstudenten, die international ausgerichtet war. Häufig organisierten wir Treffen mit Studenten aus anderen Ländern. Zufälligerweise hatten wir just um den 9. November 1989 ein derartiges Treffen mit Wirtschaftsstudenten aus Schweden und Italien und feierten am 9. November 1989 abends gerade eine Party, als die Nachricht von der Öffnung von Grenzübergängen durchsickerte. Wir gingen spontan zum Brandenburger Tor, wo wir mit vielen anderen Menschen, Ost- wie auch West-Berlinern, die ganze Nacht um und auf der Mauer verbrachten. Diese Nacht war sowohl für uns Deutsche als auch unsere ausländischen Kommilitonen völlig unwirklich. (\*1967)*



Die DDR öffnet die Grenze zur BRD und Berlin-West für ihre Bürger: Begrüßung von DDR-Bürgern auf der Bornholmer Brücke im Bezirk Wedding – 10.11.1989

Foto: ullstein Bild/Fotografin: Brigitte Hiss

*Ich war in der Zeit von Oktober 1989 bis Januar 1990 als Rechtsreferendar an der Deutsch-Australischen Handelskammer in Melbourne/Australien tätig. Am Abend des 9. November 1989 saß ich in einem Studentenwohnheim an meinem Schreibtisch, als indische und englische Studenten in mein Zimmer eilten, um mitzuteilen, dass in den australischen Nachrichten Bilder von auf der Berliner Mauer tanzenden Menschen gezeigt wurden. Meine erste Reaktion war: Die Studenten nehmen mich auf den Arm. Nachdem ich mich vom Wahrheitsgehalt der Aussagen der indischen Studenten überzeugen konnte, schossen mir vor Freude die Tränen in die Augen. Ich muss sagen, dass der Mauerfall für mich bis heute zu den emotionalsten Momenten zählt, die ich in meinem Leben erlebt habe. (\*1961)*

*Am Abend des 9. November durch Radio und Fernsehen, ohne zu wissen, welche Bedeutung diese Nachricht hatte und wie ernst sie zu nehmen ist.*

*Ich schlief erst einmal darüber. Pünktlich um 6:30 Uhr war ich wie jeden Morgen im Büro. Erst dort wurde mir und meinen Kollegen die Tragweite der Entscheidung zur Maueröffnung bewusst. Wir saßen bei frischem Kaffee um und auf den Tischen und fragten uns: „Was heißt das jetzt, gehen oder bleiben wir? Arbeiten wir weiter oder fahren wir in die Stadt?“ Uns wurde zunehmend klar an diesem Vormittag: „Ab jetzt bleibt nichts mehr wie es war und wird auch nie wieder so sein! Und so kam es dann auch.“*

*Wohl dem, der jung und frei war! Unser aller Eltern hatten mit über 50 Jahren nicht viel zu lachen. Wir damals Jungen mussten zuschauen, wie sie noch mal ganz von vorne anfangen mussten. Die finanziellen Polster waren im Gegensatz zu der Bundesrepublik nicht vergleichbar. Meine Eltern versuchten zu retten und ihrer Verantwortung gegenüber den jahrelangen Angestellten und Arbeitern gerecht zu werden. Was schließlich mit einer neuen Partnerfirma aus der Bundesrepublik gelang und heute zu den positiven Unternehmensbeispielen der Wiedervereinigung zählt.*

*Mit einer guten Freundin, deren Oma plus den Nachbarn fuhren wir gleich am darauffolgenden Wochenende nach dem 9. November über die thüringische Grenze ins Zonenrandgebiet nach Hessen. Der Empfang war gewaltig.*

*Wir waren gerührt und reagierten anfangs verschüchtert über so viel Offenheit und Freundlichkeit. Der Bürgermeister begrüßte uns persönlich. Wir feierten alle zusammen die ganze Nacht auf der Straße. Das waren gewaltige Momente. (\*1966)*



**Landeszentrale:** Welche Rolle hatten bis 1989 politische Themen in Ihrem Alltag bzw. im Alltag Ihrer Familie?

*Meine Familie (Ost) war sehr gut über das politische Geschehen in beiden Teilen Deutschlands informiert. Es wurde im ganz Privaten viel und kritisch diskutiert. Zu meinem Alltag gehörten die Nachrichtensendungen „Aktuelle Kamera“, „Schwarzer Kanal mit Karl-Eduard von Schnitzler“, ZDF „heute“ und die ARD Tagesschau. Und wir hörten die Top-Ten auf Bayern 3 und den Deutschlandfunk.*

*Schon in der Schulzeit war Politinformationen montäglich eine Stunde gewidmet. Wir wussten, wir befanden uns im Kalten Krieg, waren geschult im Umgang mit chemischen und biologischen Kampfwaffen, konnten Bunker bauen, hatten eine Erste Hilfe- Ausbildung und wir konnten marschieren. Aber nahmen wir eine kritische Haltung ein, war Vorsicht geboten. Misstrauen wurde uns unbewusst anezogen. Was kann ich sagen und was schluck' ich lieber runter. Damit wurde schon früh der Grundstein für politisches Denken gelegt. Privat lief das etwas anders. (\*1966)*



Deutsche Demokratische Republik Bezirk Erfurt – Zwei Frauen unterhalten sich unter einem Propaganda-Plakat zum Karl-Marx-Jahr, 1983  
Foto: ullstein bild – gerig

*Die Teilung Deutschlands war immer präsent. Durch familiäre Verbindungen in die DDR kannten wir deren Eigenheiten und Besonderheiten. Als Landwirte bewirtschafteten wir in der Nachkriegszeit Felder in der Nähe der Grenze, die im Eigentum von Bürgern der DDR waren. Als Pacht erhielten sie am Jahresende Päckchen mit Kaffee, Schokolade, Stoffe und Gewürze. (\*1953)*

*Politische Themen spielten sowohl für mich wie für meine Familie eine erhebliche Rolle. Bis zum Fall der Mauer bzw. der Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion spielten jedoch außenpolitische Themen eine grössere Rolle als die Inlands- oder deutsch-deutsche Politik. (\*1961)*

**Landeszentrale:** Wie haben Sie den Osten/den Westen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wahrgenommen?

*Direkt nach dem Fall der Mauer habe ich als Student Kurse für Rechnungswesen privater Schulungsinstitute zur Weiterqualifizierung für Ostberliner gegeben. Dadurch kam ich zum ersten Mal mit vielen Ostdeutschen in Kontakt und habe auch die Vorbehalte gegenüber Westdeutschen direkt selber gespürt. Es gab aber auch viel Interesse und Fragen zum „Westen“. Interessant war auch unter den Kursteilnehmern die Ausgrenzung derjenigen, die mit der Stasi kooperiert haben sollen. Ich bin in Bonn aufgewachsen und habe dort mein Abitur gemacht, als Bonn noch Hauptstadt war. Vor und nach dem Fall der Mauer studierte ich in Westberlin. Dadurch habe ich die unterschiedlichen Sichtweisen der Bonner und der Berliner zur Hauptstadt-Diskussion intensiv miterlebt. (\*1967)*

*Nach der Euphorie kam die Ernüchterung. Die versprochenen „blühenden Landschaften“ ließen sich nicht aus der Portokasse bezahlen. Deshalb habe ich als Bürgermeister durch enge und regelmäßige Kontakte zu den Bürgermeistern der neuen Bundesländer eine interkommunale Zusammenarbeit gegründet, die noch heute erfolgreich arbeitet. (www. Initiative-rodachtal.de) (\*1953)*

*Ich habe „den Osten“ gleich nach meiner Rückkehr aus Australien Anfang 1990 besucht und mich 1995 entschlossen, meine berufliche Tätigkeit in Leipzig fortzusetzen. Selbst in dieser Zeit war mir der Osten Deutschlands fremder als Länder wie Frankreich oder England und ich habe meine erste Zeit in Leipzig als „Abenteurer“ begriffen. Während meiner Besuche „im Westen“ Mitte der neunziger Jahre habe ich mich über die vorurteilsbelasteten Äußerungen über den Osten der Republik sehr geärgert, konnte aber feststellen, dass die anfänglichen – von mir als hochnäsiger empfundenen – Äußerungen in Respekt und teilweise auch in Bewunderung umschlugen, nachdem immer mehr „Westdeutsche“ Ostdeutschland und insbesondere deren Aushängeschilder Dresden, Leipzig, Erfurt, Weimar, etc. besuchten. Der Neuaufbau der Infrastruktur wie die Sanierung historischer Gebäude taten ihr Übriges zum Stimmungsumschwung. (\*1961)*



Besetzung der Treuhand-Niederlassung in Suhl, Thüringen.  
Foto: ullstein/Fotograf: Albert Foss

*Nach den ersten Jahren des Mauerfalls hat sich für mich viel geändert. Unser Haus lag auf einmal an einer stark befahrenen Hauptstraße, die zuvor eine Sackgasse war. Ich gründete eine Bürgerinitiative für eine Umgehungsstraße. Dieses Anliegen wurde jedoch von namhaften Kommunalpolitikern nicht unterstützt, da sie der Meinung waren, dass Neustadt nach dem Bau einer Umgehungsstraße wieder in den „Dornröschenschlaf“ zurück fallen würde. Da ich nicht wollte, dass meine Kinder an einer vielbefahrenen Hauptstraße aufwachsen, entschloss ich mich mit meiner Frau das liebevoll renovierte Haus zu verkaufen und in einem Vorort neu anzufangen. (\*1960)*

*Das Land und die Leute waren verwahrlost und verkommen. Vor jedem Haus war ein Sandhaufen, überall Kohlenstaub und Dreck. Brot lag in den Mülltonnen. Ich war überrascht, dass ich in den Akten der Stasi erfasst war. Obwohl ich keinen Kontakt zur DDR hatte. Nach der Grenzöffnung habe ich von DDR-Bürgern erfahren, dass diese dachten, wir hätten die Mauer gebaut. Am ersten Tag nach der Grenzöffnung an der Gebrannten Brücke wollten wir in die DDR fahren. Nach einer ganzen Zeit in der Schlange kamen wir zum Grenzübergang. Dort sollten wir 25,00 DM „Eintritt“ zahlen. Ich sah dies nicht ein, schließlich war die Grenze offen! Also legte ich zur Verwunderung der Grenzer und der Leute hinter mir den Rückwärtsgang ein und wendete mein Auto. (\*1939)*

*Im Osten gab es zunächst eine große Euphorie. Das neue Warenangebot war für fast alle überwältigend. Schon Anfang 1990 gab es erste Betriebsschließungen und Änderungen der Eigentumsform. Mein Betrieb wurde im Februar 1990 zur GmbH mit gesellschaftlicher Treuhandgesellschaft. Als am 1. Juli 1990 die Westmark kam, trat in den Betriebsbelegschaften keine volle Zufriedenheit ein, obwohl das Verhältnis der Bewertung DDR-Mark/ Westmark für den Osten mit 1:2 eher günstig war. Gegen mich und mein Leitungsgremium gab es immer wieder in Belegschaftsversammlungen starke Anfeindungen. Man gab uns die Schuld für die härteren Anforderungen, die im Hinblick auf Arbeitsintensität und Flexibilität gestellt werden mussten. Da ich immer hautnah an meinen Leuten war, kannte ich fast jeden einzelnen. Das Jahr 1990 war für mich das bislang schwierigste und nervenaufreibendste meines Lebens. (\*1938)*

**Landeszentrale:** Rückblickend auf die letzten 25 Jahre: Was hat sich für Sie persönlich in Deutschland am meisten verändert?

*Ich bin sehr froh, dass ich in einem wiedervereinigten Deutschland leben kann. Ohne die „Wende“ hätte ich niemals die Bekanntschaft einiger meiner besten Freunde machen können, die aus Ostdeutschland kommen. In Gesprächen mit Ihnen werden die unterschiedlichen Sichten auf gesellschaftliche Veränderungen immer noch sehr deutlich. Ich empfinde dies als eine Bereicherung und Chance, die Diskussion um diese Themen vielseitig zu führen und auch von den Erfahrungen aus Ostdeutschland zu lernen. (\*1967)*

*Nach 25 Jahren haben wir eine Bundeskanzlerin und einen Präsidenten, die in der DDR aufgewachsen sind. Die Einheit Deutschlands ohne Blutvergießen ist ein Glücksfall unserer Geschichte. Ich bin stolz dabei gewesen zu sein. (\*1953)*

*Das endgültige Zusammenwachsen zwischen Ost- und Westdeutschland nach herkömmlichem Verständnis ist noch nicht erreicht, da die Generation der 40- bis 60-Jährigen, die aktuell das politische wie gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben bestimmen, in den alten Systemen aufgewachsen ist. Die „Veränderung“ ist jedoch deutlich an den nachfolgenden Generationen zu erkennen, die kaum oder nicht mehr zwischen Ost und West unterscheiden und Deutschland als das begreifen, was es ist und sein soll: Eine Nation inmitten von Europa. (\*1961)*

*Die vierzig Jahre DDR von 1949–1989 habe ich bewusst ge- und erlebt. Eine gute Schulbildung, ein praxisbezogenes Studium mit sehr hohen Anforderungen und volle Selbstbestätigung im Beruf waren kennzeichnend. Natürlich hatte auch ich nicht immer die politische relevante Meinung ohne damit in die Öffentlichkeit gegangen zu sein. Im Kollegen- und Freundeskreis hingegen schon. Die Mauer war für uns ein Ewigkeitsbauwerk ohne sichtbare alternative Lösung.*

*Inzwischen habe ich 25 Jahre im geeinten Deutschland hinter mir. Die DDR will ich nicht zurück. Allerdings so wie man sie oft nur auf Stasi und Doping im Sport reduziert, weckt das bei vielen ehemals Ostdeutschen Protest, was wiederum als Ostalgie ausgelegt wird. Klar ist, mir und ähnlich Gelagerten geht es materiell deutlich besser. Inzwischen haben wir auch alle Nachbarländer Deutschlands bereist.*

*Zu DDR-Zeiten waren Freundschaft, Hilfsbereitschaft und gegenseitige Akzeptanz stärker ausgeprägt. Durch das Streben nach „immer mehr“ geht Vieles im Umgang miteinander verloren.*

*In meinem Freundes- und Bekanntenkreis werden oft politische Diskussionen geführt. Zu DDR-Zeiten musste man bei offener Kritik mit starken Repressionen rechnen. Heute kann die Meinung frei geäußert werden. Ob es immer richtig genutzt wird, ist eine andere Frage.*

*Ich habe die mir vorgelegten Fragen gerne beantwortet. Von Leuten, die über die DDR schreiben und eigentlich keine Ahnung haben, ist genug gedruckt worden. Bürger meinesgleichen hüllen sich doch eher meistens in Schweigen. (\*1938)*

*Ich bin Jahrgang 1989. Die deutsch-deutsche Grenze kenne ich nur aus den Erzählungen meiner Eltern, Großeltern und anderer. Für mich ist es unvorstellbar, dass kaum zwei Kilometer von meiner Wohnung früher die meist bewachte Grenze Europas lag. Beim Spazieren gehen überschreite ich ganz selbstverständlich und ohne nachzudenken diese ehemalige Grenze.*

*Ich lebe nicht am Ende, sondern in der Mitte Deutschlands und das schätze ich sehr! Ich fahre gerne nach Erfurt, um dort auszugehen oder das Kulturangebot zu genießen. Für meine Eltern ist das heute noch nicht ganz nachvollziehbar.*

*Man merkt hier in der Region, dass die Grenze in den Köpfen immer noch präsent ist. Es gibt immer noch „hüben“ und „drüben“. Meiner Meinung nach wird dies jedoch immer weniger. In den Jahrgängen nach mir spielt dies eine immer geringere Rolle. Viele meiner Freunde, Bekannten oder Kollegen haben PartnerInnen aus Thüringen. Viele Kinder gäbe es ohne die Grenzöffnung nicht. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das Leben an der Grenze gewesen wäre und bin froh in einem freien Europa ohne Grenze zu leben. (\*1989)*



# Der Sicherheitszaun zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten

Ein Plädoyer für eine umstrittene, notwendige Maßnahme

von Werner Karg

**Serie  
Mauern**



Oben und nächste Seite: Verlauf des Sicherheitszaunes östlich von Jerusalem  
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Gudrun Rapke

Als der Staat Israel 2002 damit begann, seine Grenze zu den palästinensischen Gebieten mit einem Bauwerk abzusichern, das an manchen für Israel besonders gefährlichen Stellen als bis zu acht Meter hohe Mauer ausgeführt und über die weitaus längste Strecke als technisch aufwändig hochgerüsteter Zaun funktioniert, hat die Weltöffentlichkeit diese Maßnahme einhellig verurteilt. Für die deutschen Medien war der Vergleich mit der tödlichen Mauer sofort zur Hand, mit der die SED-Diktatur ihre Bürger an der Flucht in die Freiheit hinderte.

Mitglieder der deutschen katholischen Bischofskonferenz haben 2007 bei einem Besuch der heiligen christlichen Stätten in Israel und Palästina davon gesprochen, dass die Situation jenseits der Mauer der der Ghettos ähnlich sei, in die die Nationalsozialisten die Juden gezwungen haben, um sie dort zu isolieren und dann zu ermorden: „In Yad Vashem sehe ich Bilder vom Warschauer Ghetto, und am Abend bin ich in einem wahrhaftigen Ghetto in Ramallah“, sagte der Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke, laut der „Frankfurter Rundschau“. Bischof Walter Mixa von Augsburg sprach von einer „Ghettoisierung“ mit beinahe rassistischen Zügen. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner fühlte sich an die Berliner Mauer und sein Leben in der DDR erinnert: „So etwas macht man mit Tieren, nicht mit Menschen.“<sup>1</sup>

Vergleiche sind Voraussetzungen für Erkenntnis. Denken und Erkennen ohne Vergleich erscheinen nahezu unmöglich. Aber der Vergleich, der im Analogen nur das schon Bekannte affirmiert, statt das spezifische Eigene des Gegenübers zu begreifen, kann auch schnell auf eine abschüssige Bahn führen, auf der die subjektive Wahrnehmung zu einem Zerrbild gerät.

Der vom Staat Israel errichtete Sicherheitszaun dient im Unterschied zur deutsch-deutschen Grenze und zur Berliner Mauer gerade nicht dazu, Menschen an der völlig legitimen Wahrnehmung ihrer unabwiesbaren Grundrechte auf Freizügigkeit und Freiheit zu hindern. Der Sicherheitszaun, mit dem sich Israel gegenüber den palästinensischen Gebieten abschließt, schützt die Bürger Israels, schützt ihr Leben und ihre Gesundheit, das in einem unfassbaren, gleichwohl in der medialen Kommunikation bis heute verniedlichten Maße bedroht war. Die Missachtung dieser Bedrohung steht dabei häufig in schroffstem Gegensatz zur rhetorisch aufgerüsteten Sorge um die vom Sicherheitszaun in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkten Bewohner Palästinas. Aus israelischer Sicht rufen solche Einschätzungen Denk-

.....  
 1 Alle Zitate: kath.net [Stand: 06.03.2007].



muster ältester Natur in Erinnerung: Der in seinem Leben bedrohte Israeli, der meist Jude ist, aber nicht immer sein muss, ist für die notorisch sich kritisch gebenden Betrachter ganz offenkundig keiner Empathie würdig.

In Israel leben acht Millionen Menschen, sechseinhalb Millionen Juden, eineinhalb Millionen Araber. Die im Spätherbst 2000 anhebende sogenannte zweite Intifada brachte all diesen Menschen brutalste Gewalt; die Mörder kamen aus den palästinensischen Autonomiegebieten, sie haben in drei Jahren durch Attacken, Bombenanschläge und Selbstmordattentate nahezu tausend Menschen getötet und über 5.000 teils schwer verletzt. Würde Derartiges in der Bundesrepublik geschehen, hieße das zugespitzt: Über zehntausend Deutsche würden von Terroristen getötet, 50.000 verletzt, und die Mörder würden aus den Nachbarländern gekommen sein. (In Paris kamen am 13. November 2015 130 Menschen durch Terrorakte ums Leben, am 11. September 2001 starben über 3.000 Menschen in den zusammenstürzenden Twin Towers. Für Frankreich und die USA bedeutete dies jeweils nichts weniger als den Eintritt in einen Krieg.)

Was kann eine demokratische, an Grundrechtsnormen sich orientierende und durch diese sich legitimierende Regierung tun, wenn das Land existenziell angegriffen wird? Eine humane, eine friedliche Handlungsvariante ist es, die Tür zuzumachen, den Zaun zu schließen. Das ist die Funktion des israelischen Sicherheitszauns. Diese Maßnahme ist erfolgreich: Seit der fast vollständigen Abriegelung gibt es keine nennenswerten Attentate mehr, die von den palästinensischen Autonomiegebieten ausgehen. Der Zaun wäre nur dann unnötig und illegitim, wäre es den im Westjordanland und im Gaza-Streifen regierenden Institutionen – Fatah und Hamas – gelungen, den









Sicherheitszaun an der Autobahn westlich von Jerusalem  
Foto: Gudrun Rapke

von ihren Gebieten ausgehenden Terror zu unterbinden. Dies gelang nicht oder wurde aus verschiedenen Gründen von verschiedenen Seiten so auch nie angestrebt.

Der von den deutschen Bischöfen strapazierte Vergleich der von Israel abgeriegelten Autonomiegebiete mit den Ghettos während der nationalsozialistischen Judenverfolgung ist falsch und – angesichts dessen, was diese Ghettos waren – auch historisch höchst fragwürdig.

Freilich trifft die Abriegelung die palästinensische „Normalbevölkerung“ hart und in hohem Maße. Das Westjordanland und der Gazastreifen könnten allerdings als Gemeinwesen und als Wirtschaftsräume gedeihen – und tun dies teils auch. Aber die hier herrschenden ökonomischen und politischen Mechanismen entbehren jeglicher sozialen Komponente, der auf wenige konzentrierte Reichtum ist immens, Korruption und Nepotismus sind epidemisch. Die automatisierten Fördermechanismen der EU-Staaten sichern und perpetuieren eine mit Händen zu greifende Antriebslosigkeit; von einem von der EU bezahlten Polizisten in Jericho leben mehrere Familien. Anstatt gangbare Wege aus der Unmündigkeit anzustreben, verharrt Palästina in der Fokussierung auf die Abriegelung durch die Mauer. Die Araber in den Gebieten jenseits des Zauns werden von Israel nicht gehindert, sich als Gemeinwesen zu organisieren und Staatlichkeit zu begründen; dies gelingt aber nicht, solange sich die arabische Welt selbst paralyisiert und von Terrorgruppen im eigenen Land in Haft genommen wird. Dass Israel inmitten solcher Nachbarschaft überhaupt noch

lebt, verdankt es nicht nur, aber auch dem Sicherheitszaun. Dass die derzeitige israelische Regierung jüdische Siedlungen jenseits des Zauns – also in den palästinensischen Autonomiegebieten – duldet und Siedlungsbau weiterhin unterstützt, verschärft allerdings den Konflikt.

Der Sicherheitszaun ist eine harte Grenze, die abgeschafft wird, wenn es der Autonomiebehörde gelingt, Sicherheit für den Nachbarn Israel zu garantieren. Im Blick auf die jüngeren Entwicklungen im arabisch-muslimischen Raum ist der Zeitpunkt, an dem Mauer und Zaun überflüssig werden, nicht absehbar. Israel hat sich vielmehr entschlossen, auch die Grenze zu Jordanien in ähnlicher Weise zu sichern, – eine Präventivmaßnahme, falls es dem haschemitischen Königreich nicht gelingt, das syrische Inferno von sich fernzuhalten.

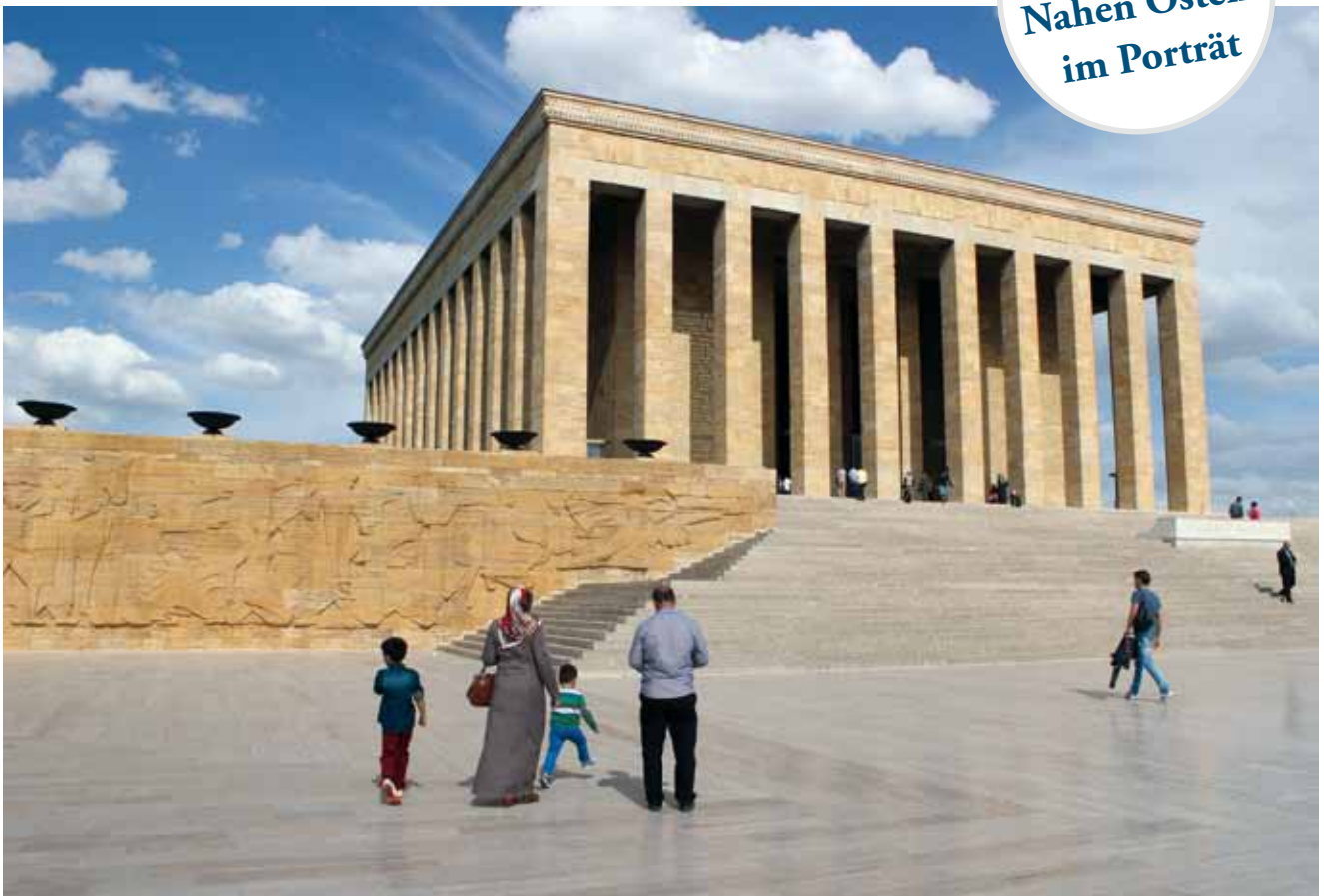
#### **Nachtrag:**

Die seit Oktober 2015 in Israel zu verzeichnenden Attacken – denen mittlerweile 22 Menschen zum Opfer gefallen sind, vor allem Juden, aber auch Araber – werden wohl auch von Tätern ausgeführt, die in Israel leben. Hier steht der israelische Staat in anderer Weise in der Pflicht: Die eigenen Bürger, auch und gerade die arabischen, brauchen Perspektive, brauchen Integration. Die politischen Akteure in Ramallah hängen sich an dieses neue innerisraelische Phänomen wohl eher an, legitimieren in blutrünstiger Rhetorik die Mordtaten und benennen Fußballturniere in ihren Schulen nach Attentätern. ▀

# Die Türkei 2015: Atatürks Albtraum

Von Kristina Milz

Länder des  
Nahen Ostens  
im Porträt



„Anıtkabir“, das Atatürk-Mausoleum in der türkischen Hauptstadt Ankara, ist längst ein republikanischer Pilgerort. Mehrere Millionen Menschen besuchen das monumentale Grabdenkmal des Staatsgründers jährlich.

Foto: Kristina Milz

Ein Partner im Zweifrontenkrieg: Die Türkei kämpft seit Juli 2015 gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und auch der gewaltsame Konflikt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK flammt wieder auf. Während die europäischen Staaten in der Flüchtlingspolitik mehr denn je auf Staatspräsident Erdoğan angewiesen sind, zeigen sich im Innern des Landes die Folgen eines Versäumnisses der jüngeren EU-Geschichte: Die regierende AKP fühlt sich an demokratische Versprechungen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen längst nicht mehr gebunden. Die türkische Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts lautet: Wer verteidigt eigentlich noch Atatürks Erbe – und wer die Demokratie?

Ankara, *Anıtkabir*, das „Grabdenkmal“: Mustafa Kemal, der „Vater der Türken“ liegt einbalsamiert in einem schwarz-weiß marmorierten Sarkophag. Dicke rubinrote Absperrungsbänder in goldener Halterung trennen Atatürks sterbliche Überreste und den Betrachter. Das Mausoleum ist ein republikanischer Pilgerort. Mehrere Millionen Menschen besuchen den Ort jährlich. Türkische Staatsbürgerkinder wird hier täglich vorgelebt: Hunderte von Kindern noch im Grundschulalter strömen, nachdem sie die 250 Meter lange Prunkstraße überwunden und den Wachwechsel der Soldaten hinter sich gelassen haben, über den weiten Platz die Treppenstufen hinauf. Sie schauen ehrfürchtig auf den Grabstein und bewundern im Anschluss im kostenlosen Museum das Auto des Staatsgründers oder propagandistische Ölbilder, die Kriege vom Beginn des 20. Jahrhunderts verherrlichen.

Auf dem Gelände des Atatürk-Mausoleums herrscht der Neoklassizismus: monumentale Dimensionen, hünenhafte Säulen und Löwenfiguren, Travertin und Marmor. Der deutsche Betrachter kann sich an die Bauten des „Dritten Reichs“ erinnern fühlen. Nichts hier entspricht der Ästhetik islamischer Architektur; endlose in sich verschlungene Blumenranken und Ornamente sucht man vergebens. Das ist kein Zufall: Alle architektonischen Entwürfe mit religiöser Konnotation, die bei der Ausschreibung bis 1942 eingingen, wurden rasch aussortiert. Wie sollte auch der Vater des türkischen Säkularismus unter einem islamischen Kuppelbau seine letzte Ruhe finden?

Gute sechstausend Meter Luftlinie oder dreizehn Autominuten entfernt steht die moderne *Ahmet Hamdi Akseki Moschee*. Sie ist ein ebenso monumentales Statement wie Atatürks letzte Ruhestätte und steht neben dem *Diyanet (İşleri Başkanlığı)*, dem türkischen „Präsidium für religiöse Angelegenheiten“. Erst 2008 wurde ihr Grundstein

gelegt. In sanften Pastelltönen gehalten trägt die Moschee stolze sechs Minarette. Sie verbindet architektonisch orientalische Ornamentik mit der schlichten Moderne, ihr Innenraum beherbergt kunstvolle Kalligraphien, die sofort an Istanbul's Hagia Sophia denken lassen. Hunderte gläubige Männer haben sich zum Gebet eingefunden; ihre Blicke richten sich abwechselnd auf den Teppich und gen Mekka. Der Widerspruch im Selbstverständnis der modernen Türkei manifestiert sich auch architektonisch: Religion oder Säkularität? Welches der Prinzipien trägt das Selbstverständnis des Landes heute?



Kemal „Atatürk“ mit seiner Frau Latife Uşşaki im Jahr 1923. Die Ehe hielt nur zweieinhalb Jahre.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl



## Landesdaten Türkei (*Türkiye Cumhuriyeti*)

Fläche	814.578 km <sup>2</sup> *
Bevölkerung	79.414.269 [Schätzung Juli 2015] **
Bevölkerungswachstum	1,37 % [Erhebung 2015] *
Ethnische Gruppen	Türken 70–75 %, Kurden 18 %, andere 7–12 % **
Religionszugehörigkeit	Muslime 99,8 %, andere 0,2 % (vor allem Christen und Juden) **
Sprachen	Türkisch (offiziell), Kurdisch, andere Minderheitensprachen **
Durchschnittsalter	31,1 Jahre **
Bevölkerung unter 15 Jahren	25,45 % **
Bevölkerung über 65 Jahren	7,09 % **
Lebenserwartung bei der Geburt	74,57 Jahre **
Geburten pro Frau	2,05 **
Alphabetisierungsrate	95 % **
Wachstum BIP	3,3 % (2014) *
BIP pro Kopf	9.680,07 US-Dollar (2015) ***
Arbeitslosigkeit	11,43 % [Erhebung 2014] **
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	18,30 % (August 2015) *****
Inflation	6,2 % (2014) *
Human Development Index ( <i>United Nations Development Programme</i> )	Rang 69 (von 187 Staaten) ****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 149 (von 180 Staaten) ****
Korruptionsindex ( <i>Transparency International</i> )	Rang 64 (von 175 Staaten) (2014) *****

\* Auswärtiges Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tuerkei.html> [Stand: September 2015]  
 \*\* CIA World Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html> [Stand: September 2015]  
 \*\*\* <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17330/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-tuerkei/> [Stand: September 2015]  
 \*\*\*\* [http://www.visionofhumanity.org/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=Riaa5KHok9ArUpmjFRwPqwwa0pFzcVwTq9RV7Ck\\_ivE](http://www.visionofhumanity.org/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=Riaa5KHok9ArUpmjFRwPqwwa0pFzcVwTq9RV7Ck_ivE) [Stand: September 2015]  
 \*\*\*\*\* [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2015/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2015.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf) [Stand: September 2015]  
 \*\*\*\*\* <https://www.transparency.org/cpi2014/results> [Stand: September 2015]  
 \*\*\*\*\* <http://de.tradingeconomics.com/turkey/youth-unemployment-rate> [Stand: September 2015]





Abbildung: Kartographie Kämmer, Berlin

### Die Schizophrenie der modernen Türkei

Mit dem Laizismus Atatürk'scher Prägung ist es im Lande längst vorbei. Die Kompetenzen des *Diyanet* sind umfassend:<sup>1</sup> Es kontrolliert und verwaltet die rund 80.000 Moscheen der Türkei, stellt deren Geistliche an, schreibt die Freitagspredigten und organisiert die offiziellen Koran-kurse des Landes. Es spricht *Fatwas*, religiöse Handlungsanweisungen, aus und beaufsichtigt die *Hac* – so nennen Türken die Pilgerreise nach Mekka. Statt den Islam als Privatangelegenheit zu behandeln, setzt die Türkei auf eine umfassende Kontrolle der Religion: Das *Diyanet*, das hierfür als Hauptinstrument dient, ist als Behörde dem Amt des Ministerpräsidenten zugeordnet. Auf Fragen nach dem säkularen Staatswesen angesichts dieser Befunde reagiert man im Hause *Diyanet* gereizt. Man sehe hier keine Diskrepanz, heißt es schmallippig.

In der Tat: Der Begriff Diskrepanz passt nicht, man würde damit untertreiben. In den Räumlichkeiten des

*Diyanet* in Ankara spiegelt sich die Schizophrenie der modernen Türkei wie an vielen anderen Orten des Landes. Auch wenn der Republikgründer dem Islam kritisch gegenüberstand: Egal, wie klein das Städtchen, egal wie religiös-konservativ dessen Bewohner – der zentrale Sammelplatz einer Gemeinde ist fast immer der *Atatürk Meydanı* mit dazugehöriger Statue oder wenigstens Büste. Verabredungen am Atatürk-Platz können getrost beim ersten Besuch einer türkischen Stadt ohne einen einzigen Blick auf die Karte getroffen werden.

Die Verehrung des Staatsgründers führt dazu, dass es sich weder Staatsoberhaupt noch Ministerpräsident in der Türkei erlauben kann, sich öffentlich von Atatürk zu distanzieren, auch wenn sich die Politik offensichtlich längst von der kemalistischen Doktrin entfremdet hat. Während Recep Tayyip Erdoğans autoritärer Führungsstil sich dem Mustafa Kemals annähert, könnten die politischen Inhalte kaum verschiedener sein. Das verbindende Element ist lediglich der starke Nationalismus; die gesellschaftlichen Vorstellungen sind mitnichten zu vereinbaren.

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Kramer: Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen, in: Türkei (= Informationen zur politischen Bildung Nr. 313), Bonn 2011, S. 11–25, hier S. 20f.



## Das Reich der Osmanen

Während Millionen von Türkinnen und Türken – zuletzt 49,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler<sup>2</sup> – mit der 2001 gegründeten *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP – „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) die Partei desjenigen Mannes wählen, der Atatürks säkulares Erbe in den Augen nicht weniger Beobachter zugrunde richtet, berufen sich viele gleichzeitig in Diskussionen um den türkischen Nationalstolz auf „ihren“ Staatsgründer. Wer verstehen will, wie das zusammengeht, muss die Antwort in der türkischen Geschichte suchen.

Ogleich erst 1923 gegründet, blickt die moderne Türkei auf eine lange historische Tradition zurück. Das mächtige Osmanische Reich ist im frühen 14. Jahrhundert entstanden.<sup>3</sup> Namensgeber Osman I. war Herrscher eines muslimischen Stammes aus Nordwest-Anatolien und begann im Jahr 1299, sein Herrschaftsgebiet zunehmend von dem der gleichsam turkstämmigen Rum-Seldschuken loszulösen. Daraus entwickelte sich eine Jahrhunderte währende dynastische Herrschaft, die sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht über weite Teile des Nahen Ostens und Kleinasien, des Balkans, Nordafrikas und der Krim erstreckte. 1453 eroberten die Osmanen unter Sultan Mehmed II. Konstantinopel, das fortan auch unter dem osmanisierten Namen *Konstantiniyye* oder *İstanbul*<sup>4</sup> als Hauptstadt des riesigen Reiches diente. Das Ereignis besiegelte nicht nur den endgültigen Aufstieg des Osmanischen Reichs zur Großmacht, sondern auch den Niedergang des christlich-orthodoxen Byzantinischen Reichs, das auf eine fast tausendjährige Geschichte zurückblickte. Konstan-



Die Eroberung Konstantinopels durch die Türken unter Sultan Mehmed II. am 29. Mai 1453 (Illustration aus dem 15. Jahrhundert)

Abbildung: ullstein bild

tinopel wurde zwar geplündert, doch man versuchte im Anschluss, die alteingesessene Bevölkerung – insbesondere Griechen und Juden – zum Bleiben zu bewegen.

Es folgte die Blütezeit des Osmanischen Reichs unter Sultan Süleyman I., der erstmals ein Rechtssystem neben der islamischen *Shari'a* umfassend kodifizierte. In seine Regentschaft fällt auch die erfolglose, aber noch immer berühmte Belagerung von Wien aus dem Jahr 1529.

## Der „kranke Mann am Bosphorus“

Trotz des Erfolgs Süleymans I. auf seinen sonstigen Eroberungsfeldzügen kämpfte die „Pforte“<sup>5</sup> bereits mit Krisenerscheinungen, die schließlich mehrere Jahrhunderte später zum Fall des Osmanischen Reichs beitragen sollten: mangelnder Rückhalt in der Landbevölkerung aufgrund hoher Steuern und Inflation, finanzielle Schwierigkeiten durch Militärausgaben, Korruption und Ämterkauf. Die Probleme der einfachen Bevölkerung insbesondere in Anatolien führten zu Aufständen und Landflucht, deren Folgen noch bis heute in den unterentwickelten türkisch-ländlichen Gebieten zu spüren sind.

Die Regentschaften schwacher Nachfolger verschärften die Krisensymptome des riesigen Reichs. Die militärische

2 Laut amtlichem Endergebnis der Neuwahlen vom November 2015 kommt die AKP auf 317 von 550 Sitzen in der Nationalversammlung, hält also die absolute Mehrheit. Die Mitte-Links-Partei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*) erhielt 25,32 Prozent der Stimmen (134 Sitze) gefolgt von der kurdisch geprägten HDP (*Halkların Demokratik Partisi*) mit 10,76 Prozent und 59 Sitzen. Die ultra-nationalistische MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi*) kommt im neuen Parlament auf 40 Sitze, obwohl sie mit 11,9 Prozent mehr Stimmen erlangte als die MHP, was an den Eigenheiten der türkischen Wahlkreiseinteilung liegt. Das ausführliche Ergebnis, das auch interessante Rückschlüsse auf die türkische Wählerschaft im Ausland zulässt, ist (nur auf Türkisch verfügbar) hier abrufbar: <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MVES/96-D.pdf> [Stand: 19.11.2015]; die sich daraus ergebende Sitzverteilung: <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MVES/96-E.pdf> [Stand: 14.11.2015].

3 Das nach wie vor versierteste Überblickswerk zum Osmanischen Reich in deutscher Sprache stammt von Klaus Kreiser: *Der Osmanische Staat 1300–1922*, München 2008.

4 Die formelle Umbenennung der Stadt in *İstanbul*, das vermutlich aus dem Altgriechischen entlehnt wurde und so etwas wie „in die Stadt“ bedeutet, erfolgte erst 1930, als Mustafa Kemal den Namen Konstantinopel wegen des darin anklingenden historischen Bezugs bewusst abschaffte. Die Stadt war zu diesem Zeitpunkt im Volksmund längst als solche bezeichnet worden.

5 *Babiali* (osman.: „Hohe Pforte“) ist ein Metonym für den Sitz der osmanischen Regierung, das ursprünglich die Eingangspforte des Istanbuler Sultanspalastes bezeichnete.



Schwäche des Osmanischen Reichs offenbarte sich schließlich 1683 im zweiten Versuch, Wien zu erobern, was in einer empfindlichen Niederlage endete und die europäischen Mächte dazu veranlasste, die Osmanen an mehreren Fronten anzugreifen. In der Folge mussten schwere Niederlagen und Gebietsabtretungen hingenommen werden.

Zunehmend sah sich der Vielvölkerstaat neben seinen strukturellen Schwierigkeiten schließlich auch einem neuen Feind ausgesetzt: dem in Europa erstarkenden und auch in andere Regionen ausgreifenden Nationalismus. „Der kranke Mann am Bosphorus“, wie der Osmanische Staat von europäischen Medien verspottet wurde,<sup>6</sup> kämpfte an mehreren inneren Fronten mit Unabhängigkeitsbewegungen – zum Beispiel der Serben und der Griechen – und musste weitere Gebiete abtreten. Unter dem Schlagwort „Orientalische Frage“ wurde unter den europäischen Mächten immer offener über die Zukunft des Reichs und eine mögliche Zerschlagung seines Herrschaftsgebiets diskutiert.



Sultan Abdülmejid I. Mitte des 19. Jahrhunderts, gemalt von einem unbekanntem Künstler

Bild: ullstein bild/Heritage images/Fineart images

.....  
 6 Dieses sprachliche Bild wurde erstmals von Zar Nikolaus I. verwendet, der in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter 1852 damit den herrschenden Sultan Abdülmejid I. charakterisierte: „Wir haben [...] einen kranken Mann auf den Armen, es wäre ein Unglück, wenn er uns eines Tages entfallen sollte.“ Zit. nach Gerhard Herm: *Der Balkan. Das Pulverfaß Europas*, Düsseldorf 1993, S. 278. Dass das Osmanische Reich trotz aller tatsächlicher und vermeintlicher Andersartigkeiten als integraler Bestandteil Europas wahrgenommen wurde, veranschaulichen die in Großbritannien und Frankreich geläufigen Pendants zum hierzulande sprichwörtlichen „kranken Mann am Bosphorus“: „*the Sick Man of Europe*“ und „*l'Homme Malade de l'Europe*“. Vgl. M. Şükrü Haniöğlu: *Atatürk. Visionär einer modernen Türkei*, Darmstadt 2015, S. 202.

Innerhalb des Osmanischen Reichs setzte zu Ende der 1830er in der Regierungszeit Abdülmejids I. eine Reformära ein, die unter dem Namen *Tanzimat-ı Hayriye* („Heilsame Neuordnung“) in die türkische Geschichte einging. Sie zielte vor allem darauf ab, das Reich im Inneren zu befrieden und scheute auch vor umfangreichen Zugeständnissen nicht zurück: Die Nichtmuslime im Land wurden mit den Muslimen gleichgestellt, das Justiz- und Steuersystem wurden reformiert. Den wirtschaftlichen Problemen wurde man damit allerdings nicht Herr und auch der nationalistische Gedanke ließ sich nicht einfach wieder aus der Welt schaffen: Die Unruhen auf dem Balkan hielten an.

### Der Balkan als „Pulverfass“

Im Inneren war Sultan Abdülhamid II., der durch einen Staatsstreich die Regentschaft erlangt hatte, bemüht, sich reformbereit zu zeigen: Er versprach sogar eine Liberalisierung der Verfassung, die ein parlamentarisches Regierungssystem einführen sollte. Die Pforte jedoch überwarf sich mit dem russischen Zarenreich – ein Krieg und Gebietsabtretungen folgten. Das russische Bestreben, zwei bulgarischen Provinzen sowie Bosnien und Herzegowina die Autonomie zuzugestehen, lehnte die Pforte ab, woraufhin der Zar den Krieg erklärte, den europäischen Teil des Osmanischen Reichs besetzte und gefährlich auf Istanbul vorrückte. Die militärische Stärke der Russen zwang den Sultan dazu, im Januar 1878 um Frieden zu bitten. Der Vertrag von San Stefano sollte die Nationalstaaten Bulgarien, Rumänien, Serbien und Montenegro schaffen, an Russland musste man die Provinz Kars abtreten. Zur Schaffung einer neuen Friedensordnung in Südosteuropa initiierte Bismarck den Berliner Kongress, in Zuge dessen der russische Zugriff auf das Osmanische Reich zugunsten eines Einflusses aller europäischen Mächte geschwächt wurde – insbesondere finanziell geriet der Sultan in zunehmende Abhängigkeit; auch der kulturelle Austausch mit den Europäern wurde intensiviert. Bosnien und Herzegowina gehörten fortan formal weiter zum Osmanischen Reich, waren aber von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet. Bulgarien war als eigenständiger Staat dem Reich tributpflichtig. Diese Ereignisse markierten das Ende der umfassenden inneren Reform des Reichs. Abdülhamid II. entwickelte sich zum Despoten, löste das Parlament auf und berief kein neues ein. Dessen Wiedereinsetzung wurde 1908 von der oppositionellen Bewegung der „Jungtürken“ erzwungen. Durch die unsichere innenpolitische Lage spitzte sich die Lage auf dem Balkan weiter zu – Österreich-Ungarn annektierte Bos-

nien und Herzegowina, was heute als „Bosnische Annektionskrise“ in den Geschichtsbüchern behandelt wird. Das Sultanat besaß nach einem gescheiterten Staatsstreich gegen die Jungtürken nur noch repräsentativen Charakter. Die jungtürkische Regierung verfolgte einen zunehmend aggressiven türkischen Nationalismus.<sup>7</sup>

In mehreren Kriegen verlor das Osmanische Reich unter den Jungtürken Libyen und nahezu alle verbliebenen europäischen Gebiete. Nach anfänglichem Zögern – und ohne uneingeschränkten Rückhalt im Parlament – schloss es sich im Ersten Weltkrieg schließlich den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn an. Die Jungtürken kündigten alle internationalen Verträge auf, die eine Einmischung anderer Mächte in deren Innenpolitik ermöglichten. Ihr aggressiver Nationalismus führte auch zur Verhaftung, Deportation und schließlich im Wesentlichen in den Jahren 1915 und 1916 zum Genozid an den Armeniern, der bis heute von der Türkei nicht als solcher anerkannt wird.<sup>8</sup> Neben den Armeniern wurden auch Aramäer, Assyrer und Griechen von den Jungtürken systematisch verfolgt. Mit der Niederlage im Weltkrieg war der Zusammenbruch des osmanischen Vielvölkerstaates endgültig besiegelt. 1918 besetzten die Siegermächte einen Großteil des noch verbliebenen osmanischen Gebiets. Das sogenannte „Jungtürkische Triumvirat“ musste fliehen. Der Nachfolger des Sultans, Mehmed VI., beugte sich dem Willen der Siegermächte und geriet innenpolitisch verstärkt unter Druck. Es formierte sich eine Widerstandsbewegung gegen die Besatzer. Die Stunde des Mannes hatte geschlagen, der fortan das Schicksal der Türkei in seine Hände nehmen sollte: Mustafa Kemal.<sup>9</sup> Das türkische Parlament verlieh ihm 1934 den Nachnamen „Atatürk“ (wörtlich: „Vatertürke“).

.....

7 So setzte sie etwa das Osmanische als Amtssprache auch in den arabischsprachigen Gebieten des Reichs durch – was den Verlust des Rückhalts in den nichttürkischen Bevölkerungsteilen provozierte.

8 Der hundertste Jahrestag des Genozids hat zu einer veritablen Veröffentlichungswelle zum Thema geführt. Dabei stechen die Arbeit von Rolf Hosfeld: *Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern*, München 2015, und der von Corry Guttstadt herausgegebene *Sammelband: Wege ohne Heimkehr. Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen*, Berlin 2014, heraus. Intensiv wird in jüngster Zeit auch über die Rolle der deutschen Kriegverbündeten dabei diskutiert; siehe insbesondere Jürgen Gottschlich: *Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier*, Berlin 2015.

9 Viele Details der Atatürk'schen Biographie sind nach wie vor ungeklärt oder umstritten – seine ethnische Abstammung, das genaue Geburtsdatum oder sein Beiname „*Kemal*“ („der Vollkommene“) beispielsweise sind Details, an denen Mustafa Kemal noch zu Lebzeiten für die Annalen der Geschichte feilte. Zum Leben und Wirken Atatürks kann neben der deutschsprachigen Biographie von Kreiser auch das Buch von Haniöğlu (wie Anm. 6), das jetzt in aktualisierter Fassung und deutscher Übersetzung vorliegt, empfohlen werden. Klaus Kreiser: *Atatürk. Eine Biographie*, München 2008.

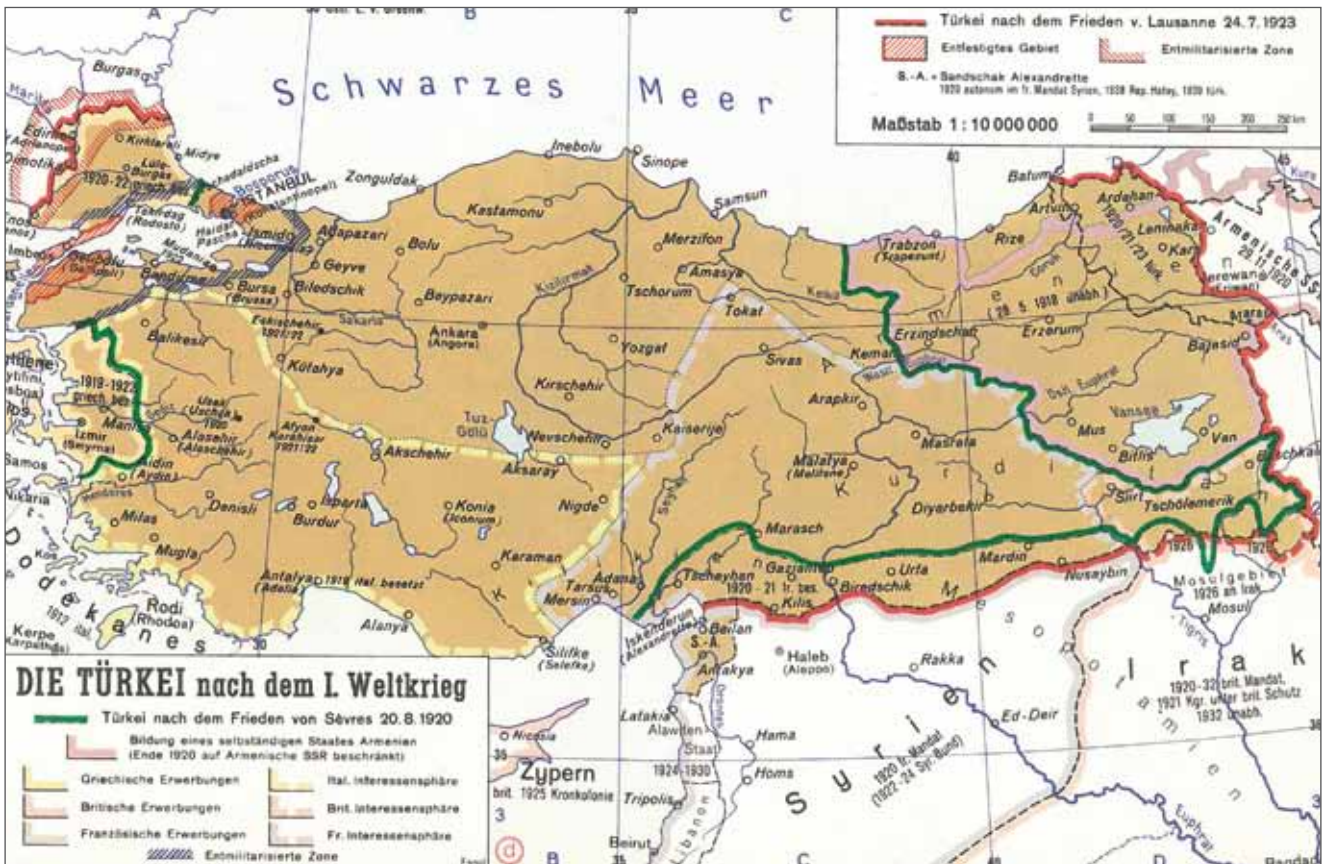
## Der Vater der Türken

Der Offizier, der sich bei der Verteidigung der Halbinsel Gallipoli im Jahr 1915 reichsweit einen Namen gemacht hatte, führte eine Befreiungsbewegung an, die bald eine Art Gegenregierung in den besetzten Gebieten bildete und schon in den Wahlen im Dezember 1919 eine Zweidrittelmehrheit erlangte. Sie verlegte ihren Sitz nach Ankara, wo im darauffolgenden Jahr die „Große Türkische Nationalversammlung“ zusammentrat und 1921 eine provisorische Verfassung verabschiedete. 1920 hatte die Pforte unter Mehmed VI. den von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs diktierten Friedensvertrag von Sèvres unterzeichnet, der das Osmanische Reich de facto entmündigte. Atatürk erkannte diesen Vertrag nicht an und ließ es auf eine erneute kriegerische Auseinandersetzung ankommen: Im „nationalen Befreiungskrieg“ wurden die griechischen Truppen zurückgeschlagen und die griechische Bevölkerung (insbesondere in Smyrna, heute: İzmir) vertrieben. Im Gegenzug verwiesen die Griechen türkischstämmige Einwohner des Landes. Der Bevölkerungsaustausch wurde im Vertrag von Lausanne 1923 von vielen Großmächten abgesegnet und schließlich nahezu vollständig durchgeführt. Das beiderseitige Ziel, ein homogenes Staatsvolk zu regieren, ging nicht ohne Blutvergießen vonstatten und wird heute von Wissenschaftlern unter der Bezeichnung ethnische „Säuberung“ diskutiert.<sup>10</sup>

Der erfolgreiche Widerstand gegen den Vertrag von Sèvres füllte eine Lücke, die Mustafa Kemal zu seinem kompetentesten Aufstieg verhalf. Die Erfolge der Kemalisten, wie sich die Anhänger Atatürks nannten, fanden auch international schnell Anerkennung. Atatürk schaffte das Sultanat ab, die Istanbuler Regierung trat zurück und der letzte Sultan des Osmanischen Reichs musste zusammen mit allen Mitgliedern der Dynastie das Land verlassen. Die türkische Republik wurde am 29. Oktober 1923 ausgerufen. Mustafa Kemal fungierte als Staatspräsident; İsmet İnönü wurde erster Ministerpräsident der Türkei. Die Selbstbehauptung der Türkei unter den widrigen Bedingungen des verlorenen Krieges machte aus Atatürk eine Identifikationsfigur der jungen Republik, die in der Geschichte ihresgleichen sucht.<sup>11</sup> Der Weg für die gesell-

10 Vgl. Michael Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013, hier S. 396–424.

11 Daraus erwuchs auch die große Bewunderung Adolf Hitlers für Mustafa Kemal, als dessen Schüler sich der Nationalsozialist sogar einmal bezeichnete. Hitler stieß damit aber bei weitem nicht auf die gewünschte Gegenliebe. Vgl. Stefan Ihrig: *Atatürk in the Nazi Imagination*, Cambridge 2014.



Die Türkei nach dem Frieden von Sèvres (20. August 1920)  
 Karte: Großer Historischer Weltatlas, hg. v. Bayerischen Schulbuch-Verlag, Teil III., Neuzeit, München 1962, S. 127.

schaftliche Umgestaltung der Türkei nach den Vorstellungen des Staatsgründers war frei.<sup>12</sup>

Atatürk brach im Zuge der gewünschten Verwestlichung des Landes mit einer Vielzahl bedeutender Traditionen: Neben dem Sultanat (der weltlichen osmanischen Macht) schaffte er das Kalifat (die geistliche Oberhoheit, die bis dahin an den Sultan gekoppelt war) ab und verbot die traditionelle orientalische Kopfbedeckung des Fes.<sup>13</sup> Er unterzog die Türkei einer umfassenden Schriftreform: Die arabisch-

persische Schrift des Osmanischen wurde durch eine modifizierte Form des lateinischen Alphabets ersetzt,<sup>14</sup> nicht-türkische Wörter – soweit als solche erkannt – wurden aus dem Wortschatz verbannt. Dies bedeutete zugleich auch ein Vorgehen gegen religiöse Traditionen, denn die orientalischen Zeichen waren immer auch als Schrift des heiligen Koran interpretiert worden.<sup>15</sup> Atatürk unterdrückte das autonome

12 Dabei wäre es ein grober Fehler, Atatürks Reformprogramm als Durchsetzung von ihm erfundener Werte zu deuten: Mustafa Kemal war in erster Linie ein Kind seiner Zeit, der bereits bestehende Ideen der Moderne adaptierte. Er konnte dabei auf spätosmanische Reformbemühungen wie auf europäische Theorien und Modelle zurückgreifen, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 227 ff.

13 Im „Hutgesetz“ (*şapka kanunu*) von 1925 wurden alle Staatsbediensteten verpflichtet, als „eines der sichtbarsten Zeichen des Kampfes gegen Fanatismus und Unwissen“ Hüte nach europäischer Mode zu tragen. Der als griechisch „verunglimpft“ Fes – ein kegelstumpfförmiger Filzhut – wurde damit untersagt – was bemerkenswerterweise heftigere gesellschaftliche Proteste hervorrief als die Abschaffung des Kalifats. In der Folge wurden „Hutgegner“ vor republikanische „Unabhängigkeitstribunale“ gestellt und Anführer von öffentlichen Protesten mitunter sogar zum Tode verurteilt. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 210 f.

14 Linguisten sind sich heute weitgehend einig, dass das modifizierte lateinische Alphabet der türkischen Sprache tatsächlich besser gerecht wird: Ein Hauptproblem der Verschriftlichung des Türkischen im arabisch-persischen Alphabet ist die Darstellung der Vokale. Das Osmanische war der komplexe historisch gewachsene Versuch, drei Sprachen gänzlich unterschiedlicher Familien (Arabisch als semitische Sprache, Persisch als indoeuropäische Sprache und Türkisch als asiatische Turksprache) in einem einheitlichen Sprach- und Schriftsystem zu verbinden.

15 Dazu ist sogar eine Fatwa aus dem Jahr 1910 überliefert: Die religiösen Autoritäten des Osmanischen Reichs konstatierten, dass ein Muslim sich an seiner Religion versündigt, wenn er ein anderes als das arabische Alphabet verwende, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 217. Ähnlich religiös aufgeladen war auch Atatürks Entscheidung, die islamische Zeitrechnung durch die Einführung des Gregorianischen Kalenders mitsamt seiner Unterscheidung in vor- und nachchristliche Zeit zu ersetzen. Als endgültiger Bruch mit der religiösen Tradition wurde von vielen die Einführung des Sonntags als Wochenfeiertag empfunden, der fortan den muslimischen Freitag ersetzte.



islamische Bildungswesen und trieb die rechtliche Gleichstellung der Frauen voran.<sup>16</sup> Die radikale Europäisierung des Landes zeigte sich auch darin, dass seit Juni 1934 verbindlich Familiennamen getragen werden mussten<sup>17</sup> – ein Novum in der türkischen Gesellschaft. Dabei waren Atatürks Absichten, bevor dieser in den 1920er Jahren mit seiner republikanischen Partei die faktische Alleinmacht in der Türkei erlangte, in ihrem Ausmaß und auch in ihrer Ausrichtung noch nicht abzusehen: Mustafa Kemal war ein Meister des Pragmatismus – wenn nicht gar des Opportunismus – wenn es der Erreichung seiner Ziele in irgendeiner Form dienlich war.<sup>18</sup>

### Personenkult um Atatürk

Auch wenn viele der Atatürk'schen Reformen mit all ihrer Vehemenz und der brutalen Geschwindigkeit ihrer Umsetzung in ihrer unmittelbaren Massenwirkung zunächst begrenzt waren, so führten sie doch langfristig zu einer weitreichenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei – in den Großstädten, allen voran Ankara und Istanbul, sehr viel schneller und umfassender als im Herzen des ländlichen, insbesondere östlichen Anatoliens mit seiner konservativen Bevölkerung, die auch in der Folge dem Bildungs- und Elitensystem der neuen Türkei eher fern blieb. Trotz aller Säkularisierungs- und Entislamisierungsbemühungen blieb der Islam für einen Großteil der türkischen Gesellschaft ein entscheidender Identifikationsrahmen. Man bemühte sich in der neuen Wirklichkeit der türkischen Republik sodann um eine Neudefinition des Verhältnisses von Islam und Moderne. Jahrzehnte später führte dieser Prozess dazu, dass eine dezi-

diert islamische Partei wie die *AKP* im Lande Atatürks an die Macht kommen konnte.

Neben den heute weitgehend als „positive Verwestlichung“ wahrgenommenen Veränderungen in der türkischen Gesellschaft waren Atatürk und Gefolge auch vor problematischem europäischen Gedankengut nicht gefeit: Sie importierten mit dem europäischen Fortschrittsgedanken zugleich auch sozialdarwinistischen Rassismus, aggressiven Nationalismus und autoritäre Herrschaftsmuster. Als Auswüchse des Versuchs, die islamische Religion durch ein anderes Identifikationsobjekt zu ersetzen, können die pseudo-wissenschaftliche „Türkische Geschichtsthese“ (*Türk Tarih Tezi*), die Zentralasien und namentlich Anatolien als Wiege der Menschheit und die Türken als Begründer der Zivilisation propagierte, und die sogenannte „Sonnensprachtheorie“ des dubiosen serbischen „Sprachpsychologen“ Hermann Feodor Kvergić gelten, der das Ur-Türkische als erste Sprache der Menschheit identifiziert haben wollte. In der Republik bediente man sich dieser scheinbar wissenschaftlich verbürgten Genialität der türkischen Nation nur allzu gerne, um die eigene Überlegenheit gegenüber anderen Völkern herauszustreichen und die osmanische Geschichte, mit der man brechen wollte,<sup>19</sup> stillschweigend zu übergehen.

Der quasi-religiöse Personenkult um die Symbolfigur Mustafa Kemal, der 1938 starb, trieb teils bizarre Blüten:<sup>20</sup> 1954 hatte ein junger Hirte in der ostanatolischen Provinz eine Erscheinung. In einem Schatten, den die Sonne auf einen Hügel warf, wollte er den Republikgründer erkannt haben und meldete das „Wunder“ den lokalen Behörden, die es sogleich öffentlich verkündeten. Seit 1997 wird am Schauplatz des Geschehens alljährlich ein Festival veranstaltet, zu dem unzählige Besucher anreisen, um das „Wunder“, das bei entsprechenden Tageszeit- und Lichtverhältnissen schlicht und einfach einen Schatten in Form der umliegenden Hügel zeigt, mit eigenen Augen zu sehen. 2004 aber ereignete sich Ungeheuerliches, eine „Respektlosigkeit sondergleichen“, „Hochverrat“, wie ein türkischer Parlamentsabgeordneter wissen ließ: Ein nichtsahnender Schäfer war just in dem Moment, in dem der Schatten sich zeigte, in die Silhouette Atatürks hineingelaufen. Die Menge tobte vor Zorn.

16 Lange vor der Umsetzung in vielen europäischen Ländern wurde das aktive Frauenwahlrecht schon in den 1920er Jahren eingeführt; 1934 folgte auch das umfassende passive Wahlrecht. Die türkische Frauenbewegung wurde von Atatürk und seinen Gefährten freilich nur so weit unterstützt, als sie sich dem republikanischen Programm unterwarf und eine kleine Elite an Vorzeigefrauen produzierte. Von einer umfassenden gesellschaftlichen Umwälzung des Verhältnisses von Mann und Frau blieb die Türkei sehr weit entfernt und ein großer Teil der Bevölkerung seinen konservativen familiären Traditionen verhaftet, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 212 ff.

17 Das „Familiennamengesetz“ schaffte das verwirrende Namenssystem der osmanischen Zeit ab: Personen waren durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Namen und Umschreibungen bezeichnet worden, die neben Eigennamen etwa auch Rückschlüsse auf den Vater oder den Herkunfts-ort zuließen. Dabei waren Verwechslungen von Personen mit ähnlichen „Merkmalen“ an der Tagesordnung, vgl. Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 216.

18 So bediente er sich vor 1923 trotz der eigentlichen Verachtung, die er für die Religion übrig hatte, durchaus islamischer Rhetorik, da er dies angesichts einer stark muslimisch geprägten Gesellschaft als erfolgversprechend erkannte. Dasselbe galt für die Verwendung pseudo-kommunistischer Sprachformeln, die es ihm erlaubte, sich die sowjetische Großmacht gewogen zu halten. Vgl. das Kapitel „Islamischer Kommunismus? Der Türkische Befreiungskrieg“, in: Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 102–141.

19 Haniöğlu betont die lange vernachlässigten Kontinuitäten der spätosmanischen zur türkisch-republikanischen Geschichte: Er verweist insbesondere auf intellektuelle Strömungen im Osmanischen Reich, die schon längst Gedanken beinhalteten, die Atatürk später für sich allein beanspruchen sollte. Auch die Reformbemühungen der Tanzimat-Zeit sprechen für eine längere Tradition der allmählichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse.

20 Die Szene ist beschrieben bei Haniöğlu (wie Anm. 6), S. 22 f.



Diyarbakir, die „heimliche Hauptstadt der Kurden“ in Ostanatolien, außerhalb seiner Stadtmauern. Armut und Arbeitslosigkeit ist in der Region wesentlich stärker verbreitet als in westlicheren Gebieten der Türkei.

Foto: Kristina Milz

Während die Republik ihren Staatsgründer nach wie vor als Nationalhelden nahezu hagiographisch verehrt, steht sein politisches Erbe längst am Abgrund: Das Land wird von einer dezidiert islamisch geprägten Regierung geführt. Und es befindet sich im Krieg. An den Außengrenzen muss es sich mit dem militant-terroristischen Islamismus gegen eine Ideologie wehren, die Mustafa Kemal zutiefst verachtete; im Inneren kämpft sie mit den Geistern der Vergangenheit, die Atatürk mit der Nationalstaatsgründung einst besiegt zu haben glaubte: mit Unabhängigkeitsbestrebungen; heute in Gestalt vieler – aber längst nicht aller – Kurden, die das türkische Staatsgebiet ernsthaft infrage stellen.

### Ein Land im Krieg

Ankara, Hauptbahnhof, 10. Oktober 2015: Junge Menschen ziehen am Gebäude vorbei in Richtung *Sihhiye*-Platz. Sie fordern ein Ende des Konflikts zwischen der türkischen Regierung und der PKK, der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“. Zur Demonstration hatte ein Bündnis linker Parteien und Gewerkschaften aufgerufen; als Hauptorganisator fungiert die kurdisch geprägte HDP. Zwei Sprengsätze explodieren. Mehr als 100 Menschen sterben; mehr als 500 werden verletzt. Es ist der schwerste Terrorangriff in der Geschichte der Türkei. Die Regierung machte schnell den selbsternannten „Islamischen Staat“ für die Tat ver-

antwortlich, gegen den sich die Türkei seit dem Sommer 2015 im Krieg befindet.<sup>21</sup> Nach dem Motto „Cui bono?“ sehen Gegner der regierenden AKP diese in der Mitverantwortung: Direkt getroffen wurde vor allem die politische Opposition, zudem gilt: Eine verängstigte Bevölkerung tendiert zur Wahl von vermeintlich sicherheitsgarantierenden Parteien. Realistische Szenerie oder Verschwörungstheorie? Die Spaltung der türkischen Gesellschaft jedenfalls wurde durch den Schock über die Ereignisse verschärft.

Der Mann am Bosphorus ist nicht geheilt. Tatsächlich zeigt die jüngere Entwicklung in der Türkei krisenhafte Symptome, die strukturell an die Probleme aus der Endphase des Osmanischen Reichs erinnern: Die kurdische Unabhängigkeitsbewegung – als Begehren der einzigen aus dem Vielvölkerstaat ererbten großen Minderheit – ist zwar bereits seit Jahrzehnten ein Stachel im Fleisch der

.....  
 21 Der IS hat sich bis heute nicht zu dem Anschlag von Ankara bekannt. Es ist eher untypisch für die Terrormiliz, sich ihrer Schreckenstaten nicht umgehend öffentlich zu brüsten, wie auch jüngst wieder nach den verheerenden Anschlägen von Paris beobachtet werden konnte. Andererseits könnte die Provokation genau solcher Überlegungen eine perfide Strategie der Fundamentalisten sein, um die Regierung in Ankara und damit die Türkei im Inneren zu destabilisieren. Nach außen jedenfalls zeigte die Unsicherheit über die Drahtzieher bereits ihre Wirkung: Die internationale Solidarität mit der Türkei nach dem Anschlag in Ankara fiel auffällig verhalten aus.

Republik: Die PKK, 1978 in einem Dorf in der Provinz Diyarbakır gegründet, versetzte mit ihren Anschlägen auch auf zivile Ziele, Selbstmordattentaten, Besetzungen und Selbstverbrennungen nicht nur die Türkei, sondern auch westeuropäische Städte in Angst und Schrecken; der türkische Staat schlug hart zurück. Der Konflikt forderte tausende Menschenleben.<sup>22</sup> Dass die Türkei aber freiwillig die kurdisch bevölkerten Gebiete im Herzen Ostanatoliens aus ihrem Staatsgebilde entlässt, ist nahezu undenkbar.

Das abermalige Scheitern des Friedensprozesses im Sommer 2015 zwischen Staat und PKK, der von Erdoğan's Partei einst so hoffnungsvoll eröffnet wurde, zeigt, wie fragil, möglicherweise sogar irreparabel die Beziehungen zwischen Türken und ihren Kurden sind. Der Friedensprozess wurde von der Regierung des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu aufgekündigt. Kurdische Lesart: wegen des Erfolges der HDP mit Spitzenkandidat Selahattin Demirtaş bei den Parlamentswahlen im Juni 2015, der die Partei als ernstliche Konkurrenz erscheinen ließ.<sup>23</sup> Nach Ansicht der bis dahin alleinregierenden AKP wurde der Prozess dagegen beendet, weil die PKK die „nationale Einheit und Brüderlichkeit“ angreife. Nach dem Anschlag von Suruç im Juli 2015 mit über 30 Toten (für den die Regierung zwar den IS verantwortlich machte, in dem viele Kurden jedoch eine Mitschuld der Regierung sehen, da diese die Aktivitäten der Terrormiliz zu lange geduldet habe) verübte der militärische Arm der PKK mehrere Attentate auf türkische Polizisten. Das türkische Militär bombardiert seither rigoros PKK-Stellungen und nimmt dabei auch zivile Opfer – eigene Staatsbürger – in Kauf.

Bei dieser Diskussion sollte allerdings nicht vergessen werden, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden in der Türkei nicht zuletzt von mangelnden staatlichen Integrationsbemühungen im Hinblick auf die kurdischen Gebiete im Osten des Landes zumindest befeuert wurden und werden. Eine Reise in die Region um Diyarbakır, das als „heimliche Hauptstadt der Kurden“ gilt, macht auch heute noch eine frappierende strukturelle Unterentwicklung sichtbar; betroffen sind unter anderem Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen. Nachdem den

22 Die ausufernde Gewalt insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren wurde bis heute auf keiner der beiden Seiten aufgearbeitet.

23 Als erster kurdisch geprägter Partei gelang es der „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) bei den Parlamentswahlen im Sommer 2015, die Zehn-Prozent-Sperrklausel – sie erreichte 13,12 Prozent der Stimmen – zu überwinden und damit ins Parlament einzuziehen. Zu den Ergebnissen der Wahl vgl. das amtliche Ergebnis <http://www.ysk.gov.tr/ysk/content/conn/YSKUCM/path/Contribution%20Folders/SecmenIslemleri/Secimler/2015MV/D.pdf> [Stand: 16.11.2015].



Das Amara-Kulturzentrum in der türkischen Grenzstadt Suruç an der Grenze zu Syrien. Am 20. Juli 2015 wurden hier mehr als 30 Menschen vermutlich von einem IS-Attentäter bei einem Selbstmordanschlag ermordet. Der Anschlag war der Auslöser für die Beendigung des Waffenstillstands zwischen der PKK und dem türkischen Staat. Aufnahme: Suruç, 20. Oktober 2015. Foto: ullstein bild/Fotograf: Christian Ditsch

Kurden in Artikel 62 des Vertrags von Sèvres Autonomie zugesagt wurde und sogar die staatliche Unabhängigkeit in Aussicht gestellt worden war, blieb dieser Anspruch mit der Revidierung des Vertrags unerfüllt. Im Vertrag von Lausanne kam der Passus nicht mehr vor. Im Zuge der Neuordnung der europäischen Staatenwelt nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ waren die Kurden, die sich als eigenes Volk identifizierten, also schlicht übergangen worden – heute leben sie in Teilen der Türkei, des Iran, Irak und Syriens. Bei vielen Beobachtern stößt die „kurdische Sache“ vor diesem Hintergrund auf Verständnis, bei manchen – insbesondere links-intellektuellen Gruppen in Europa – aber ist geradezu eine sehr problematische Romantisierung der PKK festzustellen.<sup>24</sup> Die

24 Einen interessanten Eindruck aus Diyarbakır dazu liefert die Journalistin Muriel Reichl: Die linke Kurdenfolklore, in: Zeit Online vom 10.08.2015, online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/pkk-kurden-linke-tuerkei> [Stand: 15.11.2015]. Die sozialistische Rhetorik der PKK, vor allem in den Schriften ihres Anführers Abdullah Öcalan nachzulesen, ist für so manchen westlichen Beobachter eine willkommene und als weniger bedrohlich wahrgenommene „Abwechslung“ zur islamistischen Ausrichtung vieler anderer Gruppen der Region. In einer gewissen Revolutionsromantik wird – neben den indiskutablen Terrorakten mit etlichen zivilen Opfern – oft vergessen, dass es zum Beispiel gerade die erzkonservativen kurdischen Familientraditionen sind, die etliche junge Frauen als Kämpferinnen in die Berge zur PKK ziehen lassen, um vermeintliche Freiheiten zu erlangen – schwerlich also ein Signal für die kurdische Fortschrittlichkeit in Sachen Frauenemanzipation.



Kurden sind indes mitnichten ein homogener Block; vielmehr finden sich einzelne Gruppierungen in wechselnde Allianzen zusammen. Die PKK darf nicht mit den von der Bundesrepublik unterstützten Peschmerga-Kämpfern (den Streitkräften der Autonomen Region Kurdistan im Irak), oder den kurdisch-syrischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) verwechselt werden, die sich in jüngster Zeit erbitterte Kämpfe mit dem IS lieferten. Die PKK gilt der Europäischen Union bis heute als terroristische Vereinigung.

Ebenso wenig gleichgesetzt werden dürfen die PKK und die HDP (*Halkların Demokratik Partisi*). Letztere beansprucht für sich, eine türkische Partei zu sein, die sich – entgegen der Beschuldigungen von Seiten der Regierung – nicht mit der Sache der PKK gemein machen möchte. Auch viele nicht-kurdische Türken hatten die Partei gewählt. Das Wahlergebnis vom Juni 2015 war als Abstrafung der seit 2002 alleinregierenden AKP des langjährigen Ministerpräsidenten und derzeitigen Präsidenten Erdoğan zu deuten. Diese hatte in den vergangenen Jahren ihre Machtbefugnisse in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler überstrapaziert – was sich etwa im gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstranten, den osmanischen Großmachtphantasien Erdoğan und den jüngsten Bestrebungen, die türkische Demokratie in ein Präsidialsystem umzubauen, offenbarte. Die AKP reagierte auf die Wahlniederlage, die die Partei erstmals in eine Koalitionsregierung gezwungen hätte, mit Härte: Gegen Gegner im Inneren, also insbesondere die HDP und die Anhänger des in den USA lebenden konservativ-islamischen Predigers Fethullah Gülen<sup>25</sup> wurde noch schärfer als zuvor vorgegangen, die Presse- und Meinungsfreiheit beschnitten. Anstatt sich dem Wählerwillen zu beugen und eine Koalition zu bilden, rief die Regierung Davutoğlu zu Neuwahlen auf.

.....

25 Der Streit zwischen Erdoğan und Gülen eskalierte im Dezember 2013, als Staatsanwälte, die letzterem nahestehen sollen, Ermittlungen wegen Korruption gegen Minister der Regierung Erdoğan einleiteten. Mit der Devise „Baut Schulen statt Moscheen“ hat die Gülen-Bewegung – einst politische Weggefährten Erdoğan – geschickt ein ideologisches Gegengewicht innerhalb des islamischen Lagers in der Türkei aufgebaut. Die Gefahr, die von ihr ausgeht, wird dabei höchst unterschiedlich bewertet: Die einen sehen sie als religiöse Kraft, die den Islam mit der Moderne versöhnen möchte, die anderen als sektenartige Bewegung vergleichbar mit *Opus Dei*, die in Wahrheit den türkischen Staat destabilisieren oder sogar einen Gottesstaat nach dem Vorbild Irans errichten möchte. Vgl. Özlem Topçu: Der Feind im eigenen Lager, in: Zeit Online, 13.02.2014, online: <http://www.zeit.de/2014/08/tuerkei-guelen-bewegung/komplettansicht> [Stand: 15.11.2015].

Interessante Hintergründe liefert auch Günther Seufert, tendiert dabei aber entschieden zu den Verteidigern Gülen: Die Gülen-Bewegung in der Türkei und Deutschland, in: bpb, 01.09.2014, online: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184979/guelen-bewegung> [Stand: 16.11.2015].

### Ein Roman vor Gericht

Der faktische Ablauf der jüngsten Wahlen wurde von Wahlbeobachtern zwar als weitgehend fair eingestuft, doch die Einschränkung der Meinungsfreiheit während des Wahlkampfs spricht eine andere Sprache. Angriffe auf HDP-Wahlkampfbüros durch AKP-Anhänger waren an der Tagesordnung, und die Stürmung oppositioneller Fernsehsender, die zum Teil live in deren Programmen zu verfolgen war, zeigte eine Unerschrockenheit, wie sie in der Türkei lange nicht beobachtet werden konnte. Das Vorgehen gegen Andersdenkende darf dabei nicht als absolutes Novum durch die politischen Umstände interpretiert werden: Seit Jahren häufen sich die Berichte über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Türkei. Derzeit bekleidet das Land den Rang 149 von 180 Staaten im internationalen Ranking der Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“.<sup>26</sup>

Schlaglichter auf den Umgang mit anderen Meinungen in der Türkei werfen die Fälle der Journalistin Canan Coskun und der Schriftstellerin Elif Şafak: Für erstere, die für die Oppositionszeitung *Cumhuriyet* schreibt, forderte die türkische Staatsanwaltschaft 23 Jahre und 4 Monate Haft, nachdem sie über verbilligte Luxuswohnungen für regierungstreue Richter und Staatsanwälte geschrieben hatte. Dieser Tage beginnt ihr Prozess wegen „Beleidigung der Justizvertreter“. Die Schriftstellerin Şafak musste sich in einem anderthalbjährigen Prozess wegen „Beleidigung des Türkentums“ verantworten, weil sie sich in ihrem Roman „Der Bastard von Istanbul“<sup>27</sup> der Geschichte der Armenier-Verfolgung widmete: „So surreal es auch war, vor Gericht musste mein Anwalt die fiktiven armenischen Charaktere aus meinem Roman verteidigen“, schreibt sie im Vorwort zur deutschen Ausgabe.<sup>28</sup>

Auch wenn die AKP mit dem neuen Wahlergebnis, das ihr wieder die absolute Mehrheit der Sitze und damit eine Alleinregierung ermöglicht, deutlich zufriedener sein dürfte als mit jenem vom Juni, so hat sie doch zwei wesentliche Ziele mit den Neuwahlen nicht erreicht: Zur verfassungsändernden Mehrheit von 367 Stimmen und damit zur Einführung des von Erdoğan gewünschten Präsidialsystems – bisher ist seine verfassungsmäßige Stellung in etwa mit dem repräsentativen Charakter des deutschen Bundespräsidenten zu vergleichen – fehlen der Partei nach

.....

26 Die Rangliste 2015 ist online einsehbar: [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2015/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2015.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf) [Stand: 16.11.2015].

27 Erstausgabe: Elif Şafak: *The Bastard of Istanbul*, New York/London 2006.

28 Elif Şafak: *Der Bastard von Istanbul*, Berlin 2015, S. 7.

wie vor 13 Stimmen.<sup>29</sup> Und die HDP konnte trotz der Stimmenverluste ihren Einzug ins Parlament verteidigen.

Dabei war Erdoğan einst der Hoffnungsträger der Nation, als er 2003 erstmals das Amt des türkischen Ministerpräsidenten übernahm. Als Aufsteiger, der als Kind auf den Straßen Istanbuls die berühmten *Simits* – Sesamkringel – verkaufte, verkörperte er einen neuen Politikertypus, dem sogar Liberale und Intellektuelle zutrauten, das säkulare und religiöse Lager der Türkei zu versöhnen. Nach einer langen Tradition des Misstrauens in die Politik – wenig verwunderlich nach diversen Militärputschen in der Türkei nach der Ära Atatürk<sup>30</sup>, insbesondere der Erfahrung einer gewaltsamen Militärregierung zu Beginn der 1980er Jahre – wurde ihm und seiner Partei, die eine Zurückdrängung des militärischen Einflusses versprach, nach der Jahrtausendwende Vertrauen entgegengebracht.

Ein wahlentscheidendes Moment zugunsten der AKP Erdogans war stets die Wirtschaftskompetenz, die der Partei von Millionen Wählerinnen und Wählern zugesprochen wurde. Und in der Tat ging es in der Türkei zu Beginn des neuen Jahrtausends wirtschaftlich rasant bergauf:<sup>31</sup> Den Status eines Agrarlandes hat sie nun längst hinter sich gelassen; sie zählt zu den industriellen Schwellenländern. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat mit 60 Prozent der Dienstleistungssektor, gefolgt von der Leicht- und Schwerindustrie.<sup>32</sup> Die wirtschaftspolitischen Strukturreformen der AKP-Regierung seit 2002 trugen nach einer Krise in den Jahren 2000/2001 zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzsektors und damit der gesamten türkischen Wirtschaft bei. Der radikale Reformkurs Erdogans – gepaart mit der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts – sorgte dafür, dass die Türkei sich mit ihrem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen global gesehen schon bald im oberen Mittelfeld befand.<sup>33</sup> Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist regional jedoch

.....  
29 Zu den Ergebnissen der Neuwahl vgl. Anm. 2.

30 Der immer wieder aufflammende Konflikt zwischen Militär und Politik führte zu mehreren Stürzen von Regierungen und Verfassungsänderungen. Das Militär, das sich selbst stets als Verteidiger des Kemalismus erachtete, spielte bis zu den EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei und der Regierung Erdoğan, im Zuge derer seine Macht eingeschränkt wurde, die entscheidende politische Rolle. Vgl. dazu Şahin Alpay: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39/40 (2009), S. 9–15.

31 Vgl. Heinz Kramer: *Wirtschaft und Gesellschaft*, in: *Türkei* (wie Anm. 1), S. 40–50.

32 Vgl. hier und im Folgenden die Angaben des Auswärtigen Amtes: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html) [Stand: 18.11.2015].

33 2013 befand sich das Land nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) immerhin auf Platz 65 von 186 Staaten.



Von Ankara nach Teheran: In Tatvan, einer osttürkischen Kleinstadt am Vansee, hält der Trans-Asia-Express. Auf die Fähre kommt nur der Gepäckwagen des Zugs. An der anderen Seite des Sees wartet der Zug, der die Reisenden dann über die türkisch-iranische Grenze bringt. Die iranischen Touristen kurbeln die Wirtschaft in der Türkei an: Es ist das einzige Land, in das sie ohne Visum reisen dürfen.

Foto: Kristina Milz

nach wie vor sehr verschieden; hinzu kommen strukturelle Probleme wie die niedrige Erwerbsquote von Frauen, der hohe Anteil von Schwarzarbeit, der nach wie vor insbesondere in ländlichen Regionen verbreitete Analphabetismus und die hohe Abhängigkeit der türkischen Industrie von Energie- und Rohstoffimporten.

Seit 2014 hat sich das Wirtschaftswachstum in der Türkei stark abgeschwächt: Es lag nur noch bei 2,9 Prozent, während es in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 4,7 Prozent aufwies. Die türkische Lira hat seit Beginn des Jahres mit 30 Prozent massiv abgewertet und steht nach wie vor stark unter Druck, wodurch die Inflation angefeuert wird; die Realeinkommen sinken. Das führt dazu, dass insbesondere die ärmeren Bevölkerungsschichten trotz eines Mindestlohns von rund 1.200 Lira am Rande des Existenzminimums leben. Die Zahl der sogenannten „arbeitenden Armen“ wächst.

Aktuell zerbrechen sich türkische Wirtschafts- und Sozialpolitiker zudem den Kopf darüber, wie angesichts sinkender Geburtenraten mit einer alternden Bevölkerung umzugehen ist. Dabei wird auch die Entwicklung in Deutschland aufmerksam beobachtet, wo sich die demografischen Veränderungen deutlich früher als in der Türkei vollziehen. Belastet wird das soziale Sicherungssystem in der Türkei derzeit aber insbesondere von der Arbeitslosigkeit: Seit der Krise der Weltwirtschaft im Jahr 2008 wächst die Zahl der Erwerbslosen, jüngste Angaben der Regierung sprechen von

10,1 Prozent.<sup>34</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Jugendarbeitslosigkeit noch sehr viel höher ist (s. Länderdaten). Jährlich drängen mehr als eine halbe Million junger Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, können von diesem aber nicht vollständig absorbiert werden. Die Regierung versucht, der Arbeitslosigkeit mit Investitionsprogrammen, einer Fort- und Weiterbildungsoffensive für Fachkräfte sowie der Verbesserung beruflicher Ausbildungssysteme entgegenzuwirken und hofft auf 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in den kommenden drei Jahren. Die AKP muss wirtschaftlich insbesondere deshalb reagieren, weil die ärmere, ländliche Bevölkerung unter einer schwächelnden Konjunktur ganz besonders leidet – also die traditionelle Zielgruppe der Partei, die zugleich stark konservativ-religiös geprägt ist. Viele wandern auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen in die Städte und industriellen Zentren und verstärken damit das starke Gefälle zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen zusätzlich.



Die „Hagia Sophia“, einst Kirche, dann Moschee, dient heute als Museum.  
Wie lange wohl noch?  
Foto: Kristina Milz

Die Türkei unter Erdoğan entfernte sich im Laufe der Zeit immer weiter von ihren vorsichtigen religiösen Grundfesten – Kritiker sprechen von einer aggressiven gesellschaftlichen Islamisierung des Landes. Besonders auffällig

34 Offizielle Angabe für August 2015 des Statistischen Instituts der Türkei: <http://www.tuik.gov.tr/Start.do;jsessionid=WGOjWKsT9rgmcrzBfy1gThhGbpZvp00dBNbrrhHnZqM1wwDf2xPZ11547865707> [Stand: 16.11.2015].

wurden diese Bemühungen im April 2015, als in der Istanbuler Hagia Sophia erstmals wieder, im Rahmen der Eröffnungsfeier einer Ausstellung, von einem Imam koranische Suren zitiert wurden. Die Hagia Sophia, die bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen religiöser Mittelpunkt der christlichen Orthodoxie war, diente über Jahrhunderte als Moschee *Ayasofya*. Mit der Säkularisierung in der Ära Atatürk war eine erneute Umwidmung des Bauwerks verbunden: Seither ist es ein Museum. Von islamisch-konservativen Kreisen in der Türkei wird jedoch immer wieder eine Rückführung zur Moschee gefordert. Daher wurden die Ereignisse vom April international als Statement der Regierung Erdoğan interpretiert.

Kappadokien im Frühjahr 2014: Die malerische Landschaft mit ihrer einzigartigen, aus weichem Tuffstein herausgehauenen Höhlenarchitektur in Zentralanatolien ist neben den Badeparadiesen wie Antalya im Süden der Türkei einer der Touristenhotspots des Landes. Die Gegend lebt von den aus- und inländischen Besuchern; die meisten der Bewohner finden ihr Auskommen als Touristenführer oder Restaurantbetreiber. Ausgerechnet hier stellen Touristen verduzt fest, dass nach 22 Uhr in den Geschäften offiziell kein Alkohol mehr verkauft wird. Türkische Polizisten, zufällig anwesend, genehmigen den illegalen Verkauf unter der Ladentheke jedoch manchmal, nachdem sie sich vergewissert haben, dass man es mit Ausländern zu tun hat.

Die Grundlage dafür ist ein Gesetz, das das türkische Parlament im September 2013 verabschiedete: Es schränkt den Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und die Werbung für Alkohol stark ein. Es verbietet zudem den Verkauf von Alkohol zwischen 22 und 6 Uhr und erhöhte die Steuern auf alkoholische Getränke drastisch. Erdoğan ließ sich sogar dazu hinreißen, Republikgründer Atatürk und den ersten Ministerpräsidenten der Türkei zu beleidigen, indem er verlauten ließ, das „Gesetz Gottes“ verbiete den Alkoholkonsum und sei wichtiger als die „Gesetze von zwei Betrunkenen“.<sup>35</sup> Der Versuch, die säkulare Republik wieder verstärkt religiös-islamischen Vorstellungen zu unterwerfen, wird als eine der Ursachen für die Monate währenden Proteste im Frühjahr und Sommer 2013 gewertet, die insbesondere die Großstädte Istanbul, Ankara und Izmir in Atem hielten. Der Auslöser – die Abholzung von Bäumen im am Istanbuler

35 Hier und im Folgenden vgl. Yaşar Aydın: Protest und Opposition in der Türkei – Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, in: bpb, 18.06.2013, online: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei> [Stand: 18.11.2015].  
Es ist allgemein bekannt, dass Atatürk gerne dem Alkohol zusprach. Er starb 1938 an den Folgen einer Leberzirrhose.



Taksim-Platz gelegenen Gezi-Park –, der den Protesten ihren Namen geben sollte, war zweifelsohne nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Erstmals für alle sichtbar wurde bei den Protesten das große Oppositionspotential innerhalb der türkischen Gesellschaft: Die Mehrheit der Demonstranten war überdurchschnittlich gebildet; Umfragen zufolge besaßen mehr als die Hälfte einen Universitätsabschluss, ein weiteres Drittel waren Studenten. Das gewaltsame Vorgehen der türkischen Polizei gegen die Demonstranten mit Tränengaspatronen und hunderten Verhaftungen trugen dazu bei, dass sich zahlreiche Menschen den Protesten erst anschlossen und sich die Bewegung „Occupy Gezi“ zu türkeiweiten Demonstrationen gegen die Regierung Erdoğan ausweitete.

Das Schwächeln der türkischen Wirtschaft nach Jahren des Wachstums, die gesellschaftlichen Islamisierungsbemühungen, das gewaltsame Vorgehen gegen demokratische Demonstrationen: Zu Beginn der Regierungszeit Erdoğan als Ministerpräsident war all dies noch nicht absehbar. Das in Anlehnung an die asiatischen „Tigerstaaten“ als „anatolischer Tiger“ bezeichnete Wirtschaftswunder erblühte; Erdoğan zeigte sich offen, modern, aber wertkonservativ. Seine AKP gerierte sich als eine Art türkische CDU: Ähnlich dem C im Namen des deutschen Vorbilds, wollte Erdoğan seine Partei den Islam als Wertefundament achten und erhalten; von islamistisch-dogmatischen Ansätzen war man scheinbar weit entfernt. Hinzu kamen die Bemühungen um einen Frieden mit den Kurden. Erdoğan versprach Demokratie, Achtung der Rechte von Minderheiten und bemühte sich intensiv um einen EU-Beitritt.

### Syrien als Nagelprobe des Verhältnisses der EU zur Türkei

Heute erscheint dies als das vielleicht größte Versäumnis der jüngeren EU-Geschichte: Eine Türkei Erdoğan in den frühen 2000er Jahren hätte unter Umständen in die Europäische Union integriert werden können – jedenfalls viel mehr als heute. Während sich die Politik in Brüssel und die Regierungschefs in den europäischen Ländern nach zum Teil absurd wirkenden Beitrittsverhandlungen aber nicht dazu durchringen konnten, einem muslimisch geprägten Land, das noch dazu von einer islamischen Regierung geführt wurde, in ihren Kreis aufzunehmen,<sup>36</sup>

36 Als Hindernisse werden von Seiten der EU Demokratie-Defizite und die Nichtanerkennung der zur EU gehörenden Insel Zypern angeführt. Zu letzterem siehe Gülistan Gürbey: Der Zypern-Konflikt, in: bpb, 30.10.2014, online: <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/185876/der-zypern-konflikt> [Stand: 18.11.2015].

orientierte sich die Türkei unter einem immer wieder im Amt bestätigten und erstarkenden Erdoğan um. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb der Türkei ist seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen deutlich gesunken. Der nicht unbegründete Eindruck, dass die EU die Türkei lange hingehalten habe, ohne jedoch ihren Beitritt tatsächlich zu wollen, spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Ironischerweise fällt dieses Desinteresse an der EU in der Türkei – die insbesondere aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus von einem Beitritt nach wie vor erheblich profitieren würde – genau mit der Situation zusammen, in der die EU-Staaten und insbesondere auch Deutschland die Türkei verglichen mit den vergangenen Jahrzehnten am dringendsten als Partner benötigen: Die Türkei ist mit rund 2,5 Millionen Menschen derzeit das Land mit den meisten Flüchtlingen – global.

Mehr als zwei Millionen Syrer haben vor den Bomben des Assad-Regimes und der Schreckensherrschaft des IS Zuflucht in der Türkei gefunden. Der Anreiz für diese Menschen, die Türkei zu verlassen und in die EU weiterzuziehen, ist dabei relativ hoch, da es für sie in der Türkei kaum Perspektiven gibt. Auch dürften sich die Flüchtlinge im Land seit den jüngsten Anschlägen und dem Kampfeinsatz gegen den IS weniger sicher fühlen. Andere Gründe sprechen dagegen dafür, dass die Syrerinnen und Syrer gerne in der Türkei bleiben wollen: Zum Beispiel die geographische Nähe zu ihrer Heimat, in die sie hoffen, bald zurückkehren zu können. Die Menschen wurden nach Ansicht vieler Beobachter angesichts der Unsicherheit Europas in der Flüchtlingspolitik – in welcher viele nicht noch weitere tausende Asylsuchende an den EU-Grenzen sehen wollen – nichtsdestotrotz von Erdoğan im Wahlkampf als eine Art Faustpfand benutzt.

„Es hat einen bedeutenden Rückgang im Bereich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegeben“,<sup>37</sup> war von der EU-Kommission zu vernehmen, als sie ihren jüngsten EU-Fortschrittsbericht über die Türkei veröffentlichte, der seinem Wesen nach vielmehr ein Rückschrittsbericht ist.<sup>38</sup> Weitaus umstrittener als sein Inhalt jedoch war der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung: Der kritische Bericht der EU-Kommission wurde zurückgehalten und erst nach den Neuwahlen veröffentlicht. Statt den Termin einzuhalten,

37 Zit. nach der Agenturmeldung „EU kritisiert Türkei wegen Einschränkung von Grundfreiheiten“, in: Zeit Online, 10.11.2015, online: <http://www.zeit.de/news/2015-11/10/eu-eu-kritisiert-tuerkei-wegen-einschraenkung-von-grundfreiheiten-10091802> [Stand: 16.11.2015].

38 So betitelte denn auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihre Berichterstattung: Hendrik Kafsack: Brüsseler Rückschrittsbericht. EU bescheinigt Türkei Defizite, in: FAZ vom 11.11.2015, S. 5.



Der türkische Präsident Tayyip Erdoğan in einer Arbeitssitzung der G-20 in Antalya, 15. November 2015.  
Foto: ullstein bild – Reuters/POOL

wurde der türkische Präsident Erdoğan in Brüssel empfangen. Hinzu kam ein Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Erdoğan in der Türkei zwei Wochen vor der Wahl – im Gepäck das Angebot der Visafreiheit für Türken in der EU und umfassende finanzielle Hilfen in der Flüchtlingspolitik –, der dazu beitrug, das Gebaren der EU für Kritiker als aktive Wahlkampfhilfe für Erdoğan's AKP erscheinen zu lassen. Andererseits hätte Merkel über die Koordinierung der Flüchtlingspolitik mit niemand anderem sprechen können als mit Erdoğan, da dieser zu diesem Zeitpunkt der einzige demokratisch legitimierte Ansprechpartner in der Türkei war – und zudem bei den Parlamentswahlen gar nicht offiziell zur Wahl stand. Regierungschef Davutoğlu war Erdoğan im Amt des Ministerpräsidenten nachgefolgt, ohne bisher in einer demokratischen Wahl bestätigt worden zu sein und zudem seit den Verlusten der AKP empfindlich angeschlagen. Ein Besuch bei Übergangspremier Davutoğlu wäre wohl noch stärker als Wahlkampfhilfe interpretiert worden. Trotz dieser formalen Neutralität blieb in der medialen Wahrnehmung dieser europäischen Gesten ein ungutes Gefühl: Die EU wurde in diesem Zusammenhang als Institution wahrgenommen, die ihre Werte je nach politischer Großwetterlage verteidigt und Beitrittskandidaten dementsprechend kritisiert oder auch nicht.

Dabei ist der Umgang mit der Türkei derzeit ein Problem, das vielleicht mehr denn je nach realpolitischen und

pragmatischen Lösungen verlangt: Neben der Flüchtlingspolitik ist auch eine Lösung des Syrienkonfliktes ohne die Türkei aufgrund seiner geographischen Lage und politischen Bedeutung schlicht undenkbar<sup>39</sup> – und dieser Konflikttherd ist schließlich das Land, das seit dem Zweiten Weltkrieg die größte Flüchtlingsbewegung hervorgerufen hat und noch immer hervorruft. Ein Dilemma, denn: Sollte das Bemühen um eine Befriedung Syriens dazu führen, dass man die Unterdrückung ziviler und oppositioneller Kräfte in der Türkei akzeptiert, wäre das eine moralische Bankrotterklärung aller Beteiligten. Für die Türkei würde es bedeuten, dass das große Potential des Landes, die junge und gut ausgebildete „Generation Gezi“, verheizt würde. ▀

.....

39 Die Haltung der türkischen Regierung in der Syrienfrage ist seit Jahren konsequent: Man spricht sich entschieden gegen jeden weiteren Machtanspruch des Assad-Regimes aus. Kritiker sind der Meinung – und hierfür gibt es viele Anhaltspunkte – dass deshalb den Aktivitäten des IS, der ja mittlerweile zu einem Hauptgegner des syrischen Regimes geworden ist, auch auf türkischer Seite der Grenze viel zu lange geduldet wurde. Die Türkei galt vielen als Transit- und Rückzugsgebiet der IS-Kämpfer. Regierungsanhänger betonen dagegen, dass der IS bereits 2013 auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt wurde.

Die türkische Haltung im Syrien-Konflikt widerspricht jedenfalls diametral den Interessen des Kremls, der das russophile Assad-Regime an der Macht halten will. Nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch die Türkei am 24. November 2015 dürfte eine Einigung der beiden Akteure in der Syrienfrage noch schwieriger werden.

# Vorschau 2016

Die folgende Übersicht zeigt eine Auswahl der geplanten Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale (Stand: Dezember 2015). Die Ankündigungen weiterer Projekte finden Sie zu gegebener Zeit unter [www.blz.bayern.de](http://www.blz.bayern.de).

Geplante Veranstaltungen	
16.–18. Februar 2016	126. Parlamentsseminar 1/16
19.–27. Februar 2016	Europäern begegnen – Europa erleben, Themenwoche 55plus in Europa
April 2016	Hingschaut! Politiker unter der Lupe. Mittelschüler treffen Abgeordnete
23. Mai 2016	Gedenkstättenpädagogisches Seminar für Referendare im Förderschulbereich mit dem Max-Mannheimer-Studienzentrum
30. Juni – 4. Juli 2016	„Zurück ins Leben“ – Kinder und Jugendliche des DP-Lagers Kloster Indersdorf als Überlebende des Holocaust (Zeitzeugengespräche an Schulen und Lehrerfortbildung)
31. Mai – 2. Juni 2016	127. Parlamentsseminar 2/16
Mitte 2016	Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Die Thematisierung des Genozids an Sinti und Roma im schulischen Unterricht“
Juli 2016	rezitiert & diskutiert: 70 Jahre Bayerische Verfassung
10.–14. Oktober 2016	Seminar Lehrerfortbildung in Berlin: „Bundesrat, Bundestag und Föderalismus im Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland“
Herbst 2016	Wie weit geht Europa? Ein Theaterprojekt für Schulklassen
Herbst 2016	Das Recht des Menschen ist ..., Tagung zum Thema Menschenrechte
November 2016	Medien und Gewalt
29. Nov. – 1. Dez. 2016	128. Parlamentsseminar 3/16
ganzjährig	Lernort Staatsregierung



Geplante Veranstaltungen	
ganzjährig	Interkulturelle Stadtspaziergänge Bayerische Schülerinnen und Schüler zeigen Ü-Klassen ihre Stadt
ganzjährig	Europe after work – abendliche Gesprächsrunden zu aktuellen Themen rund um Europa
ganzjährig	Hilfe – oder wir kommen! Ein Projekttag an Schulen zum Thema Flüchtlinge in Europa
ganzjährig	Internationale Bildungszusammenarbeit mit Israel, Tschechien und Polen
ganzjährig	Fachgespräche zum politischen und religiösen Extremismus sowie zu den Herausforderungen durch Migration
ganzjährig	Unter welchen Voraussetzungen kann für Mittelschulen der Gedenkstättenbesuch verbindlich vorgesehen werden? Ein Pilotprojekt
ganzjährig	Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit (u.a. Betreuung der Entwicklung der Gedenkstätte „Mühldorfer Hart“)
ganzjährig	Erinnerungsort Olympia-Attentat München 1972
ganzjährig	Projekt „Grenzgeschichten“ im Rahmen der bayerisch-tschechischen Bildungszusammenarbeit
ganzjährig	Zeitzeugengespräche mit Sinti und Roma – mit Begleitung durch Studierende
ganzjährig	Argumentationstraining gegen Politikverdrossenheit
ganzjährig	Projekt „Perspektivwechsel“ mit Gemeinsam Mensch e.V.

Digitale Medien
1 GrenzApp – 40 Orte entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zwischen Bayern und Thüringen
2 Kurzfilme zum Thema „auf der Flucht, unterwegs & ankommen“
3 Grenzgeschichten.net

## Geplante Publikationen (Auswahl)

4 Hefte „Einsichten und Perspektiven“, 2–3 Themenhefte

Bayerische Verfassung/Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Geschichte des modernen Bayern – völlig überarbeitete Neuauflage

Deutschland und die böhmischen Länder

Das Bundesverfassungsgericht – völlig überarbeitete Neuauflage

Medienlandschaft Deutschland – völlig überarbeitete Neuauflage

Die Soziale Marktwirtschaft

Islam und Gesellschaft

Willkommen in Bayern – ein interaktiver Ordner für junge Erwachsene, die in Bayern eine neue Heimat finden

Wandzeitung Europas kulturelle Vielfalt: Südosteuropa

Politische Bildung im Kontext: demokratie.elementar, menschenrechte.elementar, weltkulturerbe.elementar, fußball.elementar, religion&toleranz.elementar

Wer macht was? Ein haptisches Spiel im Rahmen der Bausteine Religion & Toleranz

Wandzeitung Sinti & Roma

Migration: Argumentationshilfen zum Debattieren

Handreichung „Tommy – zum dritten Geburtstag in Theresienstadt“

# Neue Publikationen der Landeszentrale

## Zeitgeschichte/Holocaust Education



**Otto Dov Kulka: Landschaften der Metropole des Todes, München 2013**

Der Autor, selbst Historiker, erzählt von einer Reise nach Polen im Jahr 1978, die ihn nach Auschwitz-Birkenau führt, wo er in dem ehemaligen nationalsozialistischen Lager als Kind mit seiner Mutter inhaftiert war. Nach und nach erfährt der Leser Kulkas Geschichte als

Häftling, von den Leidensgeschichten seiner Mithäftlinge, vom Lageralltag, von den Folter- und Hinrichtungspraktiken der SS, vom Tod seiner Mutter. Mit diesen persönlichen Erinnerungen kontrastiert bzw. verbunden werden Reflexionen über Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit. Auch literarische Zeugnisse sind eingebunden.



**Walter Koschmal (Hg.): Für Tommy – zum dritten Geburtstag in Theresienstadt, Regensburg 2015**

Tommy – zum dritten Geburtstag in Theresienstadt ist ein einzigartiges Zeitdokument. Es handelt sich

um ein teil-faksimiliertes Bilderbuch mit knappen Texten auf Tschechisch, die ins Deutsche übertragen wurden. Ralph Giordano schrieb viel später, Theresienstadt sei damals der einzige Ort in Europa gewesen, „wo sich geistige Kraft gegen Gewalt behaupten konnte“. Das Bilderbuch eröffnet gerade für eine jüngere Zielgruppe Zugänge zum Thema Holocaust, Leben in Theresienstadt sowie Kunst zwischen Verzweiflung und Lebensmut.



**Abba Naor: Ich sang für die SS. Mein Weg vom Ghetto zum israelischen Geheimdienst, München 2014**

Abba Naor, häufig in bayerischen Schulen auftretender Zeitzeuge des Holocaust, erzählt seine Lebensgeschichte; dabei geht es unter anderem um die Todesmaschinerie der Nationalsozialisten, aber auch die Geschichte der Auswanderung vieler

jüdischer Menschen nach Israel. Es wird deutlich, wie die Bundesrepublik (und der Freistaat) sich nach 1945 ihrer Verantwortung stellen. Das Buch eignet sich besonders gut für Studierende und Schülerinnen/Schüler der Oberstufe, sowie auch für Multiplikatoren.



**„Aber heute will ich nicht mehr hassen. Jugendliche im Gespräch mit Überlebenden des Holocaust“**

Das „Einsichten-und-Perspektiven“-Themenheft 1/2015 dokumentiert ein bemerkenswertes Zeitzeugenprojekt des Nürnberger Dürer-Gymnasiums, bei dem Schülerinnen und Schüler Überlebende des

Holocaust in Tel Aviv zu ihrer Lebensgeschichte interviewt haben. Umrahmt werden die Interviews durch eine historische Einordnung von Robert Sigel und Peter Zinke und einem sozialpsychologischen Kommentar von Dr. Gudrun Brockhaus.





**Andreas Heusler/Andrea Sinn (Hg.): Die Erfahrung des Exils. Vertreibung, Emigration und Neuanfang. Ein Münchner Lesebuch, Berlin/Boston 2015**

Der Band – hervorgegangen aus einem Projekt des Münchner Stadtarchivs – beleuchtet mit wissenschaftlichem Rahmen 24 Erinnerungen von Münchnerinnen

und Münchnern, die in der NS-Zeit ihre Heimat verlassen mussten, zum Teil unter dramatischen Umständen; manche von ihnen sind nach dem Krieg nach München zurückgekehrt. In der Einführung umreißen die Herausgeber Umstände von Flucht im 20. Jahrhundert, das häufig als „Jahrhundert der Flüchtlinge“ bezeichnet wird. Sie beschreiben das Ausgrenzungs- und Vertreibungsgeschehen so, dass auch ein Vergleich mit der heutigen Situation möglich wird. Dabei entsteht ein plastisches Bild der Münchner Stadt- und Alltagsgeschichte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.

**Pädagogik/Didaktik**



**Meinolf Arens u.a.: Wandzeitung Südosteuropa**

Bestandteile: Länderplakate Teil I: Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien, Montenegro, Kosovo, Albanien, Mazedonien; Län-

derplakate Teil II: Ungarn, Rumänien, Moldawien, Griechenland, Bulgarien, Türkei

Die Wandzeitung zu den südosteuropäischen Ländern (Teil I) besteht aus insgesamt acht (Teil I) bzw. sechs (Teil II) Länderplakaten der Größe DIN A3 und liefert Informationen zu dem jeweiligen Land, zur politischen Lage, zum geschichtlichen Hintergrund und zeigt ihren Weg in die Gegenwart. Alle Plakate können zu einem großen Plakat kombiniert werden. Eine kurze Lehrerhandreichung bietet darüber hinaus methodische und didaktische Anregungen für die Praxis. Vor allem werden Anregungen zu erkenntnisleitenden Zusammenhängen zum Thema Migration dargestellt.

Einsetzbar ab Sekundarstufe I aller weiterführenden Schularten.



**Tom Segev: Es war einmal in Palästina, München 2005/ Neuauflage 2015**

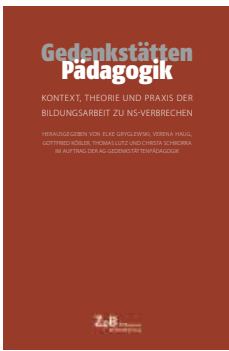
„Es war einmal in Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels“ von Tom Segev gilt bis heute als eines der besten Bücher zum Thema. Der Autor beschreibt plastisch die Entwicklung der politischen Situation

Palästinas in der höchst komplizierten Lage bis 1948 und verdeutlicht insbesondere auch die Rolle der Kolonialmacht Großbritannien, die die entscheidenden Weichen für die israelische Staatsgründung stellt, letztlich aber in seiner Kolonialpolitik scheitert und diese Verantwortung den Vereinigten Staaten überträgt. Ausführlich und personalisiert werden die entscheidenden Akteursgruppen dargestellt und kritisch beleuchtet.



**Ulrich Baumgärtner: Wegweiser Geschichtsdidaktik. Historisches Lernen in der Schule, Paderborn 2015**

Diese Publikation eignet sich vor allem für (angehende) Geschichtslehrer und Geschichtsdidaktiker, die als Multiplikatoren an Schulen und Universitäten eine wichtige Rolle spielen. Das 253 Seiten umfassende Studienbuch von Ulrich Baumgärtner verfügt über eine knappe, aber verständliche Darstellung mit vielen Schaubildern, eine hervorragende Kombination von Theorie und Methodik, einen unideologischen Standpunkt (kontroverse didaktische Theorien werden gleichwertig und kontrovers diskutiert). Es liefert darüber hinaus sehr gute Literaturhinweise zur Weiterarbeit, neue Methoden („*sound history*“) werden genauso wie lang erprobte („*oral history*“) dargestellt. Zudem ist die Darstellung durch ihre methodischen, theoretischen und inhaltlichen Ansätze auch über die Schule hinaus nutzbar.



**Elke Gryglewski u.a. (Hg.):  
Gedenkstättenpädagogik.  
Kontext, Theorie und Praxis der  
Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen,  
Berlin 2015**

In dem Handbuch wird die Gedenkstättenpädagogik auf 363 Seiten in mehreren Hauptkapiteln umfassend beschrieben. 28 Autorinnen und Autoren stellen das

fachliche, pädagogische und politische Umfeld der Gedenkstättenpädagogik dar.

Eingeteilt sind die Beiträge in drei Kapitel: Das erste zeichnet „Rahmen und Perspektiven“ anhand einiger Eckpunkte. Die anderen beiden Kapitel schreiten vom Allgemeinen weiter zum Besonderen. Das zweite reflektiert Kernelemente der pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten als „Stärken und Herausforderungen“. Im dritten Kapitel folgen „Zugänge und Methodik“ aus der Praxis. Die zentrale Rolle der „Zeugenschaft für die Bildungsarbeit“ entspringt aus ihrer persönlichen Erfahrung, die zugleich für die gesamte Geschichte spricht.



**Europapuzzle**

„Was ist eigentlich Europa?“ Mit Fragen wie diesen sehen sich nicht nur Erwachsene, sondern vor allem auch Kinder immer wieder konfrontiert. Mit dem aus 72 Teilen

bestehenden Puzzle lässt sich Europa gut nachstellen. Die 43 Staaten sowie 5 Zwergstaaten Europas werden zudem zusammen mit deren Einwohnerzahl aufgelistet, auf der Landkarte selbst werden entsprechend der angegebenen Legende bedeutende Städte der abgebildeten Länder gemäß der Einwohnerzahl farblich hervorgehoben. Darüber hinaus werden Staaten, die Mitglied der Europäischen Union sowie der Eurozone sind, gekennzeichnet.

Das Puzzle eignet sich sowohl zum Einsatz im Unterricht ab der Grundschule als auch zum privaten Gebrauch.

Diese und viele weitere Publikationen der Landeszentrale sind beziehbar unter: [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de) [[>> Politische Bildungsarbeit](#)].

**Impressum**

Einsichten und Perspektiven  
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Monika Franz  
Praterinsel 2  
80538 München

Redaktion dieses Heftes:  
Monika Franz, Uta Löhner

Titelfoto: ullstein bild/Fotograf: Christian Ditsch  
(s. S. 68)

Gestaltung: Brandungen GmbH  
Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: alpha printmedien AG, Darmstadt

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

